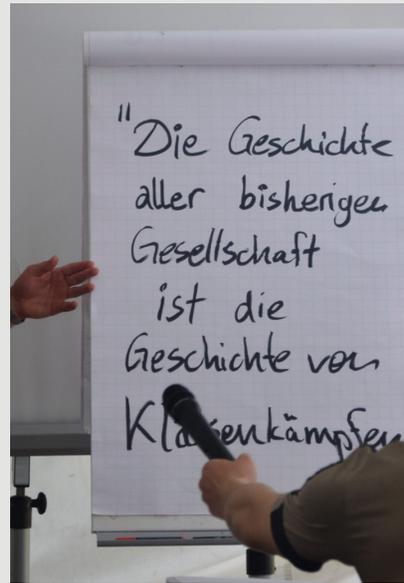


# EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen



## INHALTSANGABE

- 05** **VORWORT**  
**Die Krise des Kapitalismus und Imperialismus vertieft sich**  
ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI - ARBEIT ZUKUNFT
- 06** **BRASILIEN**  
**Covid-19, die Impfung und die kapitalistische Gier**  
REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI BRASILIENS (PCR)
- 12** **BURKINA FASO**  
**Die Kämpfe der Jugend in der Sahel-Sahara-Subregion gegen die militärischen Interventionen und Besetzungen der imperialistischen Mächte: Ablehnung der neokolonialen imperialistischen Herrschaft**  
REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI VOLTAS
- 18** **CHILE**  
**Das Verfassungskonvent: „Lasst uns alles ändern, damit sich nichts ändert.“**  
REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI CHILES
- 22** **DÄNMARK**  
**Das politische Bewusstsein der Arbeiterklasse über das Scheitern des Kapitalismus vertiefen**  
KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI DÄNEMARKS (APK)
- 27** **ECUADOR**  
**Die Proletarische Revolution und die innerimperialistischen Widersprüche**  
MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI ECUADORS (PCMLE)
- 37** **FRANKREICH**  
**150. Jahrestag der Pariser Kommune: Treten wir in die Fußstapfen der Kommunarden**  
KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICHS
- 41** **ITALIEN**  
**Ein Jahr der pandemischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise in Italien - eine katastrophale Pandemie mit klaren Verantwortlichkeiten**  
KOMMUNISTISCHE PLATTFORM – FÜR DIE KOMMUNISTISCHE PARTEI DES PROLETARIATS ITALIENS
- 45** **NORWEGEN**  
**Energie und Elektrifizierung - Schlüssel zum Erfolg des Sozialismus**  
REVOLUSJON NORWEGEN
- 49** **PAKISTAN**  
**Pakistans Arbeiterbewegung in der Vergangenheit und Gegenwart**  
ARBEITERFRONT
- 54** **SERBIEN**  
**Ist China ein sozialistisches Land?**  
REVOLUTIONÄRER ARBEITERBUND SERBIEN
- 60** **TÜRKEI**  
**Was ist Faschismus, was nicht?**  
PARTEI DER ARBEIT TÜRKEI (EMEP)
- 74** **USA**  
**Wahlen werden den Faschismus nicht besiegen, das können nur wir**  
PARTEI DER ARBEIT USA

# EINHEIT & KAMPF

Organ der internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen

## Herausgeber

Organisation für den Aufbau einer Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands

**Verlag** „Arbeit Zukunft“, **Postfach** 401051, 70410 Stuttgart **Web** [www.arbeit-zukunft.de](http://www.arbeit-zukunft.de)

**Mail** [info@arbeit-zukunft.de](mailto:info@arbeit-zukunft.de) **Tel.** 07159 - 4200174 **Fax** 07159 - 4200175

**V.i.S.d.P.:** D. Möller, c/o Verlag AZ, Postf. 401051, 70410 Stuttgart

**Preis** Deutschland 4,00 € - Österreich 4,50 € - Schweiz 5,00 CHF

Erste Auflage, Oktober 2021

# VORWORT

## Die Krise des Kapitalismus und Imperialismus vertieft sich

Diethard Möller

**D**ie in dieser Ausgabe enthaltenen Analysen spiegeln die sich entwickelnde allgemeine Krise des Kapitalismus und Imperialismus wieder.

Ein zentrales Thema ist Covid 19 und die damit verbundene, sichtbar gewordene Misere im Gesundheitssystem, die extreme Verschlechterung der sozialen Lage von Millionen Menschen und die tiefe ökonomische Krise, wie in den Beiträgen aus Brasilien und Italien analysiert.

In den Beiträgen aus Chile, Burkina Faso und Pakistan wird ausführlich die voranschreitende anti-imperialistische Bewegung der Völker und der Kampf der Arbeiterklasse mit ihren Erfolgen und Schwächen betrachtet. Passend dazu wird im Beitrag aus Ecuador analysiert, wie die innerimperialistischen Widersprüche für diesen Kampf ausgenutzt werden können und wie nicht.

Sehr grundlegend beschäftigt sich der Beitrag aus der Türkei mit der Frage, was Faschismus ist und was nicht. Von der praktischen Seite des Kampfes in den USA gegen zunehmende Tendenzen der Faschisierung wird dies durch den Beitrag aus den USA ergänzt.

Der Beitrag aus Serbien zeigt auf, dass die Behauptung vieler linker Kräfte, China sei auf dem Weg

zum Sozialismus oder bereits sozialistisch, falsch ist und die wahre Position des heutigen China verschleiert.

Abgerundet werden die Themen durch die Beiträge aus Frankreich über die Pariser Kommune, aus Norwegen zur Bedeutung von Energie und Elektrifizierung für den Sieg des Sozialismus und aus Dänemark über das politische Bewusstsein der Arbeiterklasse vom Scheitern des Kapitalismus.

Diese Ausgabe spiegelt damit auch die umfassende und reichhaltige Tätigkeit und theoretische Arbeit der Mitglieder der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen (IKMLPO) wieder. Es wird darin auch der voranschreitende Kampf der Arbeiter und der Völker in aller Welt sichtbar. Es ist ermutigend, wie die sich vertiefende allgemeine Krise des Kapitalismus und Imperialismus immer mehr Menschen auf der Welt in Bewegung bringt - zum Kampf gegen dieses System, für den Sozialismus!

Vielen Dank an alle, die mit großem Einsatz zur Herausgabe von „Einheit & Kampf“ beitragen. Die Arbeit lohnt sich. Das Ergebnis sollte weit verbreitet und diskutiert werden.

**ORGANISATION FÜR DEN AUFBAU EINER KOMMUNISTISCHEN ARBEITERPARTEI (ARBEIT ZUKUNFT)**



# BRASILIEN

## Covid-19, die Impfung und die kapitalistische Gier

Luiz Falcão

Das SARS-CoV-2-Virus hat, seit es Ende 2019 in der chinesischen Provinz Wuhan nachgewiesen wurde, mehr als drei Millionen Menschen weltweit getötet. Allein in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA), dem wichtigsten und reichsten kapitalistischen Land der Welt, verloren 580.000 Menschen durch Covid-19 ihr Leben. Brasilien steht mit fast 500.000 Toten an zweiter Stelle bei der Zahl der Todesfälle.

Von der Bourgeoisie als die Zeit der technologischen Entwicklung, der 4. industriellen Revolution, des Internets der Dinge und 5G gefeiert, sehen wir mitten im 21. Jahrhundert wie ein Virus Regierungen dazu zwingt, Grenzen zu sperren, Industrie, Handel und Schulen zu schließen, Reisen innerhalb des eigenen Landes zu verbieten oder Lockdowns und Ausgangssperren zu verhängen.

Um die Unfähigkeit zu rechtfertigen, sagen die bürgerlichen Regierungen, Covid-19 habe alle überrascht. Da jedoch die zweite Welle weltweit mehr Todesfälle verursacht hat als die erste und eine dritte Welle sowie neue Mutationen des Virus sich

in Dutzenden Ländern ausbreiten, wurde dieser Trugschluss entlarvt.

In Wirklichkeit ist das Covid-19-Virus alles andere als unerklärlich. Wissenschaftler und internationale Organisationen warnen seit Jahren davor, dass die Bedingungen, die der Kapitalismus der Natur und den Menschen auferlegt, die globale Erwärmung und die Verschlechterung der Lebensbedingungen das Auftreten von Viren verursachen, die das menschliche Leben selbst bedrohen. Die herrschende Klasse, mit der Vergrößerung ihres Reichtums beschäftigt, gab jedoch vor, nichts zu wissen. Es sei darauf hingewiesen, dass die Zwischenstaatliche Wissenschaftspolitische Plattform zu Biodiversität und Ökosystemleistungen (IPBES), eine mit den Vereinten Nationen (UN) verbundene Einrichtung, am 30. Oktober 2020 einen Bericht mit dem Titel *Era of Pandemics* veröffentlichte, in dem sie festhielt:

*„Es gibt kein großes Geheimnis um die Ursache der Covid-19-Pandemie – oder jeder beliebigen modernen Pandemie. Dieselben menschlichen Ak-*

*tivitäten, die den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt vorantreiben, erhöhen durch ihre Auswirkungen auf unsere Umwelt auch das Pandemierisiko. Veränderungen in der Art und Weise, wie wir das Land nutzen; die Ausweitung und Intensivierung der Landwirtschaft; und nicht nachhaltige Formen von Handel, Produktion und Konsum stören die Natur und verstärken den Kontakt zwischen Wildtieren, Vieh, Krankheitserregern und Menschen. Das ist der Weg zu Pandemien.“*

Die Arbeit hebt auch hervor, dass 70 % der weltweit neu auftretenden Krankheiten wie Ebola und Zika und fast alle Pandemien (Influenza, HIV/Aids, Covid-19) Zoonosen sind, also von Mikroben verursacht werden, die ursprünglich Tiere infiziert haben. Und der Anstieg dieser Krankheiten bei den Menschen beschleunigt sich – sie berechnen fünf neue pro Jahr. Die Forscher schätzen, dass es etwa 1,7 Millionen Viren geben könnte, die derzeit unbekannt sind und Säugetiere als Wirte haben, insbesondere Fledermäuse – wie es bei Covid-19 selbst passiert ist – oder Vögel. Von diesen könnten zwischen 540.000 und 850.000 die Fähigkeit haben, den Sprung zu weiteren Spezies zu schaffen und Menschen zu infizieren.

Die Autoren der Studie stellen klar, dass man der Natur keinen Vorwurf machen sollte, sondern

*„verstehen, dass Krankheiten nur entstehen, weil wir die Umwelt, in der die Mikroben ruhig sind, beeinflussen. Abholzung, landwirtschaftliche Expansion, Tierhandel bringt uns ihnen näher“.*

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Reaktion auf Krankheiten nach ihrem Auftreten, insbesondere die schnelle Entwicklung und Verbreitung neuer Impfstoffe und Therapieansätze,

*„ein langsamer und unsicherer Weg ist und weit verbreitetes menschliches Leiden zudem nicht verhindert“.*

Die Direktorin der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Dr. Maria Neira, erklärte ihrerseits in einem Interview mit der Zeitung EL PAÍS:

*„Mit der Abholzung des Waldes, um ihn durch eine intensive und umweltschädliche Landwirtschaft zu ersetzen, erleben die Tiere an diesen Orten,*

*die der Mensch bislang noch nicht betreten hatte, tiefgreifende Veränderungen. Es treten Arten auf, mit denen wir keinen Kontakt hatten und die Krankheiten übertragen können. Der Anbau mit Düngemitteln und Pestiziden, die noch nie in dieses Ökosystem eingedrungen waren, verändert die Art der Vektoren, die die Viren übertragen können. Die Abholzung ist eine Form, diese Umweltbarriere zwischen den Arten zu überwinden, die uns auf natürliche Weise schützt. Ein klares Beispiel für dieses Phänomen ist das Ebola-Virus, das von Flughunden in den Wäldern Westafrikas auf den Menschen übersprang und die Ansteckung auslöste. Das Schwerwiegende ist, dass das gleiche mit AIDS und SARS (Schweres Akutes Respiratorisches Syndrom) passiert ist. Etwa 70 % der jüngsten Epidemieausbrüche, die wir erlebt haben, haben ihren Ursprung in der Abholzung von Wäldern und in diesem gewaltsamen Bruch mit den Ökosystemen und ihren Arten.“ (EL PAÍS, 02.06.2021)*

Die Realität ist: Zwischen 540.000 und 850.000 noch unbekannte Viren können Menschen infizieren und neue Pandemien können auftreten. Und dies ist nicht mehr weit: Am 20. Februar meldete Russland der Weltgesundheitsorganisation (WHO) die ersten Fälle einer Kontamination des Menschen mit einem neuen Stamm des Vogelgrippevirus namens H5N8, nachdem im Dezember des vergangenen Jahres eine Grippewelle am Arbeitsplatz ausgebrochen war. (G1, 20.02.2021)

### **Die Impfung: Gemeinschaftseigentum oder Privateigentum?**

Mit der angekündigten Tragödie, die auf allen Kontinenten Todesfälle verursachte, begann die herrschende Klasse, „Erlösung“ durch die Impfung, die Immunisierung der Menschen und die Zerstörung des Virus zu versprechen. Damit würden wir zum „alten Frieden“ und zur „alten Normalität“ zurückkehren.

Im Chor der Regierungen mangelte es nicht an Experten, die bestätigten, dass noch nie ein Impfstoff so schnell entwickelt wurde. Auf diese Weise wurde versucht, den veralteten und obsoleten Charakter des kapitalistischen Regimes zu verbergen und es als perfektes und effizientes System darzustellen. Als die ersten Menschen geimpft wurden, war die Weltbevölkerung voller Hoffnung und Freude und

glaubte, dass die Covid-19-Pandemie wirklich kurz vor dem Ende stehe.

Die Wahrheit ist leider eine andere. Die pharmazeutischen Labore sind überwiegend private Unternehmen, die kleinen Kapitalistengruppen gehören und darauf abzielen, ihren Eigentümern (Aktionären) Gewinne zu erwirtschaften. Die Folge dieses Modells ist eine ungerechte und ungleiche Verteilung des Impfstoffs auf der Welt.

Tatsächlich kauften die reichsten Länder, obwohl sie nur 16% der Weltbevölkerung ausmachen, mehr als 70% der Impfdosen, die in diesem Jahr produziert werden. Die Vereinigten Staaten haben Impfstoffe für 230% der Bevölkerung gekauft und werden in den kommenden Monaten weitere 1,8 Milliarden Dosen erhalten. Erinnern wir uns, dass die Bevölkerung der Vereinigten Staaten 330 Millionen beträgt. Kanada hat sechsmal mehr Impfstoffe gekauft als die Bevölkerung des Landes, und das Vereinigte Königreich hat angekündigt, bis Juli die gesamte erwachsene Bevölkerung zu impfen.

Unterdessen warnten die Vereinten Nationen (UN) am 18. Februar, dass nur 10 Nationen (die reichsten) 75% aller Impfdosen verabreicht und 130 Länder noch keinen Impfstoff erhalten haben. Diese Realität wird laut WHO von Dauer sein: 90% der Bevölkerung in 70 Ländern haben praktisch keine Chance, im Jahr 2021 geimpft zu werden.

Nicht einmal die Worte des Generaldirektors der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Adhanom Ghebreyesus, dass

*„die Welt vor einem katastrophalen moralischen Versagen steht und dass der Preis für dieses Versagen mit Menschenleben der ärmsten Länder bezahlt wird“*

waren genug, um die Bourgeoisie und ihre Regierungen zu sensibilisieren, um dieses Bild zu ändern. Nichts steht über dem unantastbaren Privateigentum und dem unaufhörlichen Streben, eine wohlhabende Minderheit zu bereichern. Kurz gesagt, die egoistische bürgerliche Ideologie enthüllt ihre ganze Perversität, indem sie verhindert, dass Milliarden von Menschen geimpft werden, weil sie

nicht das Geld haben, die Impfstoffe zu kaufen.

## **Gewinn um jeden Preis**

So starteten kurz nach Beginn der konstatierten Covid-19-Pandemie Anfang 2020 ein Dutzend mächtige Labore der Pharmaindustrie eine gigantische kommerzielle Operation, um mit dem Verkauf ihrer Aktien Milliarden zu verdienen. Gleichzeitig führte jedes Labor isoliert Forschungen durch und hielt seine Entdeckungen über das Virus unter Verschluss. Der Menschheit wurden wichtige Informationen vorenthalten und Wissenschaftlern, die in die Forschungen involviert waren, wurden Interviews durch sogenannte Vertraulichkeitsklauseln in den von ihnen unterzeichneten Verträgen untersagt. Nach elf Monaten wurde der Impfstoff angekündigt, einem Zeitraum, in dem mehr als zwei Millionen Menschen starben.

Einige Fragen sind jedoch notwendig: Wenn alle Wissenschaftler kollektiv, als Team arbeiten und Studien und Erkenntnisse austauschen würden, wie lange hätte die Herstellung des Impfstoffs gedauert?

Wenn die beiden Labore in China, eines im Vereinigten Königreich, drei in den Vereinigten Staaten, zwei in Russland usw., anstatt ihre Forschungen und Erkenntnisse vor ihren Konkurrenten zu verstecken, diese zum Wohle der Menschheit teilen würden, wäre der Impfstoff nicht wirksamer?

Was würde passieren, wenn Wissenschaftler zusammenarbeiten würden, Wissen teilen und ein großes Weltforschungszentrum bilden würden, mit dem Ziel Leben zu retten?

Ist es nicht offensichtlich, dass wir auf diese Weise den Impfstoff schneller und wirksamer hätten, der es uns erlauben würde, Tausende von Menschenleben zu retten?

Es ist klar, dass ein aus dieser kollektiven Arbeit resultierender Impfstoff kein Privateigentum sein kann, sondern ein Gemeingut, das allen Völkern zur Verfügung gestellt wird, der gesamten Bevölkerung, egal ob sie in Afrika, Europa, Amerika oder Asien lebt.

Darüber hinaus hat keiner der 13 produzierten Impfstoffe einen Schutz gegen alle Stämme von SARS-Cov-2 und das Covid-19-Virus hat mehrere Mutationen erfahren.<sup>1</sup>

Schauen wir uns zwei Beispiele an:

Am 7. Februar beschloss das südafrikanische Gesundheitsministerium, nachdem sich bestätigt hatte, dass der AstraZeneca-Impfstoff gegen die im Land vorhandene Variante des Coronavirus nicht schützte, die Impfung auszusetzen.

In der Stadt Osnabrück in Deutschland wurden 14 ältere Menschen, die zwei Dosen des von BioNTech-Pfizer hergestellten Impfstoffs erhalten hatten, positiv auf die B117-Variante des Coronavirus getestet, die erstmals in Großbritannien entdeckt worden war. Basierend auf diesen und anderen Fällen kamen Wissenschaftler zu dem Schluss, dass die meisten Impfstoffe zwar verhindern können, dass das Virus schwere Krankheitsbilder verursacht, aber nicht verhindert, dass Personen sich infizieren oder selbst das Virus übertragen. Es sei auch daran erinnert, dass kein Impfstoff der Welt einen vollständigen Schutz garantiert – während das Virus zirkuliert und mutiert, besteht die Möglichkeit einer Krankheit sogar bei geimpften Personen. Tatsächlich glauben viele, dass aufgrund unzureichender Impfungen und der ansteckenderen und aggressiveren neuen Coronavirus-Varianten die sogenannte Herdenimmunität nicht vor 2022 erreicht wird.

Trotz alledem weigert sich die kapitalistische Pharmaindustrie, auf die Komplizenschaft der Regierungen zählend, Studien über Impfstoffe zu teilen, was die Gesellschaft daran hindert, ein besseres und effizienteres Immunisierungsmittel zu haben. Tatsächlich präsentieren sie diese Anarchie, die sich aus der kapitalistischen Konkurrenz ergibt, als Hebel für den Fortschritt, obwohl sie in Wirklichkeit die Entwicklung behindert und völlig vermeidbare Todesfälle verursacht.

### **Private Labore und Profite mit Krankheiten**

Dass kein Sinn für Humanismus oder wissenschaftlichen Fortschritt die Besitzer der weltweiten Pharmaindustrie bewegte, beweist die Orgie

an den Börsen seit Beginn der Pandemie. Tatsächlich feierten die Aktionäre der Labore mit jedem Anstieg der Zahl der Todesfälle die Bewertung der Aktien. Stephane Bancel, einer der Besitzer des Moderna-Labors in den USA, erklärte diesen „animalischen Spirit“:

*„Als ich meinen Aktienverkaufsplan vorbereitete, hatten wir noch niemandem den Impfstoff injiziert. Ich wusste von nichts.“ (Neofeed, 25.05.2020)*

Am 20. November 2020 trug die Website Investnews, nachdem die Zahl der Todesopfer 1.300.000 überschritten hatte und noch bevor irgendein Impfstoff produziert worden war, eine euphorische Schlagzeile:

*„Pharmaunternehmen der Impfstoffe haben bereits 97 Milliarden an der Börse gewonnen“.*

Im Februar, nachdem weltweit mehr als zwei Millionen Menschen gestorben waren, setzte sich die Euphorie fort:

*„Milliardengewinn: Pharmaunternehmen erreichen eine Wertsteigerung ihrer Aktien von mehr als 1.000% an der Börse“. „Pharmazeutische Unternehmen, die Covid-19-Impfstoffforschung betreiben, erzielten milliarden schwere Gewinne an der Börse.“ (JB, 15.02.2021)*

Das chinesische Pharmaunternehmen Sinovac, mit Sitz in Peking, aber registriert in der Steueroase Antigua und Barbudo, verkaufte für 2,6 Milliarden Brasilianische Real (rund 430 Millionen Euro) – 15% ihrer Anteile – an Sino Biopharmaceutical Limited.

### **Öffentliche Gelder finanzieren private Labore**

Bemerkenswert ist, dass die mächtigen Labore der Pharmaindustrie nicht nur mit der milliarden schweren Aufwertung ihrer Aktien an den Börsen hohe Einnahmen erzielten, sondern auch Milliarden an öffentlichen Geldern für die Forschung zu Covid-19 erhielten.

Ein von der KENUP Foundation, einer europäischen Organisation, die Forschungen im Gesundheitsbereich begleitet, veröffentlichter Bericht ergab, dass Regierungen in 11 Monaten Forschung zu

SARS-Cov-2 93 Milliarden Dollar in private Labore investierten. 32% dieser Gelder kamen von der US-Regierung, 24% von den Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands und 13 % von Japan und Südkorea.<sup>2</sup> (BBC, 16.12.2020)

Der „größte Treiber“, um die Investitionen der Labore zu beschleunigen, war daher die öffentliche Finanzierung, die die Legende zerstört, dass ohne die private Initiative der Impfstoff nicht entdeckt worden wäre.

Es gibt noch mehr: Obwohl sie private Labore finanzierten, unterzeichneten die Regierungen der imperialistischen Länder, ihre immense Unterordnung unter die Kapitalistenklasse beweisend, Verträge mit Geheimklauseln, die sie daran hinderten, von den durchgeführten Studien zu erfahren, den gezahlten Preis für jede Impfstoffdosis offenzulegen oder die Lieferung zu den festgelegten Terminen zu verlangen, zusätzlich zur Tatsache, dass sie die Labore von jeglicher Verantwortung für Nebenwirkungen der Impfstoffe freisprachen. Es ist erwähnenswert, dass der von Indien in der Welthandelsorganisation (WTO) verteidigte Vorschlag, angesichts der Weltkatastrophe das Impfstoffpatent von Covid-19 zu widerrufen, von den imperialistischen Regierungen sofort abgelehnt und zurückgewiesen wurde. Dies ist ein weiterer Beweis dafür, dass die derzeitigen Regierungen als wahre Diener des Kapitals handeln; im Gegenzug erhalten sie gute Gehälter und Bestechungsgelder für ihre Parteien im Wahlkampf.

### **Der Preis des Menschenlebens im Kapitalismus**

Tatsächlich haben Impfstoffe, wie die übrigen von Laboren hergestellten Medikamente gegen Krankheiten, die von der kapitalistischen Gesellschaft selbst verursacht wurden, die Pharmaindustrie zu einem hochprofitablen Unternehmen gemacht.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit, die zunehmende Ausbeutung der Arbeiter, die Erhöhung der Arbeitszeiten, der Mangel an Freizeit, das Leid, das denen auferlegt wird, die keine Arbeit finden und keine Aussicht auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Familien haben, erhöhen die Anzahl der Krankheiten in der Welt. Covid-19 ist somit eine weitere Ergänzung dieser langen Liste von Krankheiten, die den Menschen in der modernen kapitalistischen Gesellschaft treffen. Der sogenannte Grippemarkt zum

Beispiel bewegt, obwohl es bereits seit Jahrzehnten einen Impfstoff gibt, mehrere Milliarden Dollar pro Jahr. Mit anderen Worten, Medikamente und Impfstoffe ermöglichen der Pharmaindustrie und den Milliardären, die Anteile an diesen Unternehmen besitzen, enorme Gewinne. Mit anderen Worten, während für 99% der Weltbevölkerung Krankheiten und Viren eine Qual sind und die Zerstörung ganzer Familien und immenses Leid bedeuten, ist all dieser Schmerz für die Kapitalistenklasse nur eine hervorragende Gelegenheit, Geld zu verdienen und reicher zu werden. Das ist das Gesetz des Kapitalismus: Wer Geld hat, hat das Recht auf einen Impfstoff; wer nicht, wartet auf den Tod durch Hunger, das Covid-19-Virus oder eine andere Krankheit. Wie viele sind schließlich schon gestorben, weil sie nicht geimpft wurden?

Was die Mächtigen der Welt, die Ausbeuterklasse interessiert, ist immer mehr Reichtum, die Ausplünderung von Nationen und die Ausbeutung von Arbeitern.

### **Das kapitalistische Gemetzel stoppen**

Diese Realität zwingt jeden, der sich um das Überleben der Menschheit sorgt, dazu, sich zu fragen, was zu tun ist, um, anstatt Menschen zu begraben, dieses archaische und verrottete kapitalistische System zu zerstören. Schließlich sind es nicht nur Viren, Bakterien und Krankheiten, die der kapitalistische Imperialismus den Völkern der Welt aufzwingt.

Tatsächlich hat die kapitalistische Globalisierung, anstatt das Leben der Arbeiter zu verbessern, die Arbeitslosigkeit und das Elend erhöht und Hunderte von Viren weltweit verbreitet. Nach Angaben der ILO (International Labour Organization) wurden während der Pandemie 255 Millionen Arbeitsplätze geschlossen und 436 Millionen Unternehmen in ihrem Betrieb beeinträchtigt. Weltweit haben 75% der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen keinen Zugang zu Absicherungen wie Krankengeld oder Arbeitslosenversicherung. In der sogenannten informellen Wirtschaft arbeiten insgesamt zwei Milliarden Menschen ohne festes Gehalt, Sozialschutz oder sonstige Rechte. Davon sind 740 Millionen Frauen, deren Einkommen im ersten Monat der Pandemie um 60% eingebrochen ist.

Unter den Millionen Arbeitslosen befinden sich

Flüchtlinge aus imperialistischen Kriegen und Hungersnöten, die unter erbärmlichen Bedingungen in den Konzentrationslagern Europas und der Vereinigten Staaten leben, getrennt von ihren Familien und unter strikter Rationierung von Nahrung, Wasser und ohne Besuche und Nutzung von Telefonen.

Neben der Arbeitslosigkeit gibt es aber auch die Hungerepidemie. Laut Feeding America, der größten Organisation zur Bekämpfung des Hungers in den USA, mit 200 Essensausgaben im ganzen Land, haben 54 Millionen Menschen, darunter Erwachsene und Kinder, also jeder sechste Einwohner, nichts zu essen. In der reichsten Stadt der Welt und Wirtschaftshauptstadt der USA, New York, bilden täglich eineinhalb Millionen Einwohner riesige Schlangen, auf der Suche nach Nahrung, um zu überleben.

In der Welt leben laut dem Bericht Global Humanitarian Vision mindestens 736 Millionen Menschen in extremer Armut, und jeden Tag sterben zwischen 6.000 und 12.000 Menschen an Hunger, während Billionen von Dollar in Papiere, Aktien, Derivate, öffentliche Anleihen oder Kryptowährungen investiert werden. Die Realität ist: Hunderte Millionen Menschen haben kein Geld, um Essen zu kaufen, geschweige denn für Masken oder Desinfektionsmittel.

Aber im selben Jahr, in dem Millionen von Menschen an Covid starben, erhöhten die 100 als Börsenmeister geltenden Unternehmen ihren Marktwert um 3 Billionen Dollar. Inmitten des gigantischen Anstiegs von Todesfällen, Hunger, Elend und Arbeitslosigkeit und angesichts einer der größten Pandemien und Krisen, mit denen die Menschheit jemals konfrontiert war, haben die zehn größten Milliardäre von 18. März bis 31. Dezember 2020 540 Milliarden US-Dollar angehäuft (Oxfam, Bericht The Inequality Virus, 2021). In China war das nicht anders: Das Vermögen chinesischer Milliardäre stieg von April 2019 bis Juli 2020 zusammen um mehr als 40%. Insgesamt erreichten die reichsten Bürger dieses Landes ein Vermögen von 1,7 Billionen US-Dollar.

Das ist das Spiegelbild des kapitalistischen Systems: Einerseits Überproduktion von Autos und Smartphones, andererseits Milliarden Menschen ohne Woh-

nung, Wasser, Abwasser, Nahrung und nun auch ohne Impfstoff. Darüber hinaus lässt die wachsende Rivalität zwischen imperialistischen Ländern, insbesondere zwischen den USA und China, die Möglichkeit eines neuen Weltkriegs real werden, wie die ständige Demonstration militärischer Macht und Investitionen in die Kriegsindustrie zeigen.

Die Tatsachen zeigen deutlich: Die Existenz des Menschen, das Überleben der Menschheit, hängt von der Veränderung des gegenwärtigen kapitalistischen Systems, dem Ende der bürgerlichen Herrschaft und der schändlichen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ab. Selbst wenn im Kapitalismus Fortschritte gemacht werden, wie zum Beispiel beim Impfstoff, geht dies auf Kosten von Millionen von Toten und kommt nur der reichen Klasse zugute. Dies ist das Dilemma, in dem sich die Menschheit befindet: Entweder lebt sie, um eine Minderheit kapitalistischer Vampire zu ernähren, die das Leben und den Planeten töten, oder sie revoltiert und organisiert sich selbst, um eine neue, wirklich gerechte Gesellschaft aufzubauen.

Alle Arbeiter und Arbeiterinnen der Welt leiden unter dieser Unterdrückung und kapitalistischen Ausbeutung. Sie wissen jedoch nicht, was der Ursprung dieser Übel ist und ob es möglich ist, diesen Schmerz und dieses Elend zu beenden. Um unsere Befreiung zu erlangen, müssen daher die jungen und die alten Generationen der ganzen Welt energischere revolutionäre Agitation betreiben, um in den Massen schnell ein Bewusstsein für die Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution zu entwickeln. Wie Lenin sagte, ist es eine Aufgabe, die enorme Schwierigkeiten bereitet, aber jede Minute, die dieser Arbeit gewidmet wird, wird belohnt, indem wir „den letzten Nagel in den Sarg der kapitalistischen Gesellschaft schlagen“.

<sup>1</sup>Die Corona-Virus-Varianten, die als am ansteckendsten gelten, sind: die britische Variante (B.1.1.7), die brasilianische Variante mit Ursprung im Amazonas (P.1) und die südafrikanische Variante (B.1351(501Y.V2)).

<sup>2</sup>Johnson & Johnson, der Weltmarktführer bei Hygiene- und Reinigungsprodukten und eines der größten Unternehmen der Welt, erhielt für die Herstellung seines Impfstoffs eine 100-prozentige öffentliche Förderung. Das anglo-schwedische Labor Astra-Zeneca, führend im Verkauf von Krebsmedikamenten und Onkologie, erhielt 80% Förderung, zusätzlich zur Zusammenarbeit mit der Universität Oxford. Pfizer, eines der 500 größten globalen Unternehmen, verband sich mit dem deutschen Labor BionTech und erhielt zudem 65% Finanzierung aus öffentlichen Geldern. (BBC, 16.12.2020).

## REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI BRASILIENS (PCR)

# BURKINA FASO

## Die Kämpfe der Jugend in der Sahel-Sahara-Subregion gegen die militärischen Interventionen und Besetzungen der imperialistischen Mächte: Ablehnung der neokolonialen imperialistischen Herrschaft

In jüngster Zeit haben die kämpferischen Bewegungen ein bedeutendes Wachstum erfahren, trotz des Zusammenfallens mit der Gesundheitskrise von Covid 19, die von den neokolonialen Mächten instrumentalisiert wurde, um die Volkskämpfe zu ersticken. In verschiedenen Ländern erleben wir Straßendemonstrationen, die die militärischen Interventionen der imperialistischen Mächte unter dem Deckmantel des Kampfes gegen terroristische Angriffe durch dschihadistische Gruppen anprangern. Die Menschen in Mali, Niger, Burkina Faso usw. sind sich aufgrund ihrer Erfahrungen des Wiederaufflammens der Angriffe und ihrer dramatischen Folgen für die Bevölkerung, die gezwungen ist, ihre Dörfer zu verlassen und in Flüchtlingslager zu ziehen, wo sie mit Hunger, Gesundheitsproblemen und Unsicherheit konfrontiert ist, bitter bewusst.

Das Volk ist sich sehr wohl bewusst, dass diese ausländischen Truppen, die heute auf 5.100 Soldaten geschätzt werden, trotz ihres militärischen Arsenal, seit der Serval-Operation, Barkhane und

der Gründung der G5 1 unter der Herrschaft des französischen Imperialismus, terroristische Angriffe mit ihrem Anteil an grausamen Morden gegen die Zivilbevölkerung fortsetzen, und die Truppen als Kanonenfutter verschickt werden, während die Spitzen der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte sich in den Hauptstädten verstecken, wo sie durch alle Arten von Handel und Wirtschaftsverbrechen Geschäfte machen.

In diesen Aktionen, bei denen der Abzug ausländischer Militärs aus der Sahelzone und Afrika gefordert wird, sind junge Menschen besonders aktiv und stellen sich den Repressionskräften der neokolonialen Staaten entgegen.

Einige Beispiele zur Veranschaulichung: In Mali wurden mehrere Demonstrationen organisiert, um den Abzug der französischen Militärs zu fordern, wie z. B. die am 23. September 2020 in den Straßen der Hauptstadt Bamako. Junge Leute hielten Plakate mit Parolen hoch, die gegen den französischen Imperialismus gerichtet waren. In den nördlichen

und zentralen Regionen, die mit terroristischen Angriffen konfrontiert sind, organisierte die Bevölkerung, insbesondere Frauen und Jugendliche, eine Demonstration vor dem Gebäude der MINUSMA (Multinationale Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali) in Sévaré bei Mopti. Sie überfielen die Hallen des Lagers und bedienten sich an Lebensmitteln und Ausrüstung.

In Niger werden trotz staatlicher Verbote Märsche und Versammlungen von verschiedenen demokratischen Organisationen organisiert: „Alternative Espace Citoyen“, „Tourner la page Niger“ und „Urgence Panafricaniste“. Diese Demonstrationen finden in der Hauptstadt Niamey und in anderen Städten des Landes statt. Junge Menschen, vor allem Schüler und Studenten, nehmen aktiv an diesen Demonstrationen teil und prangern die militärische Präsenz der imperialistischen Mächte auf dem nationalen Territorium an, indem sie Plakate hochhalten: „Nein zur Präsenz ausländischer Militärbasen auf unserem Territorium...“.

In Burkina Faso sind die „antiimperialistischen Tage“ im Laufe der Jahre zu einem Rahmen für die internationalistische Zusammenkunft von Jugendlichen aus verschiedenen afrikanischen und anderen europäischen Ländern, insbesondere aus Frankreich, gegen die imperialistische Vorherrschaft geworden. Die revolutionär-demokratische Bewegung und die Revolutionär-demokratische Jugendorganisation haben die Kämpfe gegen militärische Interventionen unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Terrorismus auf die Tagesordnung der letzten Treffen gesetzt. Sie haben deutlich die Notwendigkeit zum Ausdruck gebracht, den Kampf gegen den Terrorismus mit dem Kampf gegen den Imperialismus zu verbinden. Die Parole „Ausländische bewaffnete Truppen, raus aus Burkina, raus aus der Sahelzone und raus aus Afrika!“ wird bei den Demonstrationen immer häufiger öffentlich skandiert. Die Anwesenheit der bewaffneten dschihadistischen Gruppen ist untrennbar mit den Manövern und Aktionen der imperialistischen Mächte verbunden, die sie in ihrer Strategie der Besetzung der Territorien einsetzen. Ihre Komplizenschaft wird von den Völkern der Sahara-Subregion Westafrikas zunehmend durch ihr konkretes Handeln vor Ort wahrgenommen. Von der Revolutio-

nären Kommunistischen Partei Voltas (PCR) wird klar gesagt: „Die dschihadistischen Terrorbewegungen sind das Produkt der internationalen und subregionalen Politik des internationalen Imperialismus, insbesondere des französischen. Die ersten Gruppen in Ägypten mit der Muslimbruderschaft und die Bin Laden-Gruppe in Afghanistan wurden von der CIA und der französischen DGSE 2 gebildet, ausgebildet und finanziert, um gegen den sowjetischen Sozialimperialismus in Afghanistan und die nationalistische Herrschaft Nassers in Ägypten zu kämpfen.“

Der aktuelle Dschihadismus im Sahel-Sahara-Streifen hat durch die französische, amerikanische und britische Intervention zur Zerstörung des libyschen Staates, der ihren Plänen im Wege stand, an Macht gewonnen.“

### **Umfeld und Problem der Aktionen und Kämpfe der Jugend des Volkes in der Sahel-Sahara-Subregion Westafrikas**

Diese Aktionen und Kämpfe der Volksjugend finden in einem Kontext der sich vertiefenden Krise des imperialistischen Weltsystems und ihrer ernstesten Auswirkungen in den Neokolonien statt. Die jungen Menschen in den Städten und auf dem Land sind im Rahmen dieses gescheiterten neokolonialen Systems mit Elend, mangelnder Versorgung, Analphabetismus, Hunger, Durst, Prekarität und Massenarbeitslosigkeit ohne Perspektive konfrontiert. Sie leben vom der Hand in den Mund, mit der Gewalt dieses Systems, das in der sich verschärfenden Situation der Pandemie von Covid 19 noch mehr seine notorische Unfähigkeit bewiesen hat, den Menschen und der Jugend ein würdiges Leben zu sichern.

Die Jugend in den verschiedenen afrikanischen Ländern steht an der Spitze von Aktivitäten und Straßendemonstrationen, um bessere Lebens- und Studienbedingungen, das Recht auf Arbeit, demokratische Freiheiten, Bewegungsfreiheit, das Recht auf Gesundheit zu fordern. Sie prangern die Blut- und Wirtschaftsverbrechen der an der Macht und nicht an der Macht befindlichen bürgerlichen Fraktionen an, die in ihren Rivalitäten um die Eroberung oder den Erhalt der neokolonialen Staats-

macht die Länder in reaktionäre Bürgerkriege und allgemeines Chaos stürzen.

Einige junge Menschen wählen den Weg der Auswanderung nach Europa unter Einsatz ihres Lebens auf dem Mittelmeer oder durch die Wüste und in den Fängen der von der Mafia kontrollierten Netzwerke. Zudem sind sie mit repressiven und polizeilichen Maßnahmen der Mitgliedsländer der Europäischen Union konfrontiert, die Migrantinnen und Migranten durch massive Menschenrechtsverletzungen kriminalisieren.

Angesichts dieser vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme führt die Jugend der westafrikanischen Länder, wie auch die Jugend auf internationaler Ebene, vielgestaltige Kämpfe, um demokratische und soziale Rechte einzufordern. Diese Kämpfe nehmen zunehmend einen aufständischen Charakter an, mit gewaltsamen Konfrontationen mit den Verteidigungs- und Sicherheitskräften. Dies hat zu Tötungen und zahlreichen Verletzungen geführt, da die Repressionskräfte mit scharfer Munition auf Demonstranten schießen, darunter auch junge Teenager im Alter von 12 bis 14 Jahren. Es gibt viele Beispiele für kriminelle Gewalt, wie bei den machtvollen Demonstrationen im Senegal im März 2021 gegen die willkürliche Verhaftung eines Gegners des reaktionären Regimes von Macky Sall, zur Verteidigung demokratischer Freiheiten und besserer Lebensbedingungen. In Mali stand die Jugend an der Spitze der Aufstandsbewegungen gegen das korrupte Marionettenregime von Ibrahim Boubacar Kéita und die imperialistische Herrschaft, insbesondere die französische. Der Schwung dieser Kämpfe wurde durch einen Militärputsch gebrochen.

In Burkina Faso geht das MPP-Regime von Roch Kaboré mit Todesdrohungen und gezielten Attentaten gegen Aktivisten, Demokraten und Revolutionäre vor, wobei ihm Todesschwadronen zu Diensten stehen. So wurden zwei Kämpfer der Demokratischen Jugendorganisation (ODJ), Fahadou Cissé und Hama Balima, in der Provinz Yagha kaltblütig hingerichtet, nachdem sie von den örtlichen Behörden und bestimmten Elementen der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte mit dem Tod bedroht wurden.

Diese Kämpfe der Volksjugend sind im Grunde Kämpfe gegen das bankrotte neokoloniale System. Sie haben trotz ihrer spontanen Natur in vielen Situationen eine antiimperialistische Dimension. Sie brauchen die klarsichtige Führung der Partei der Arbeiterklasse, um ihre Irreleitung durch reformistische und opportunistische Organisationen aller Couleur oder ihre Wiedergewinnung durch die Fraktionen der reaktionären Bourgeoisie zu verhindern.

**Die Jugendbewegung für eine gerechte demokratische, antiimperialistische und revolutionäre Orientierung braucht die Führung durch die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse**

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Voltas (PCRV) hat seit ihrer Gründung am 1. Oktober 1978 unermüdlich für die Gründung des Kommunistischen Bundes der Jugend von Obervolta (UJCHV) am 1. Oktober 1980 gearbeitet. Sie drückte es deutlich in ihrem Programm so aus:

*„Die Revolutionäre Kommunistische Partei Voltas kämpft und wird mit aller Kraft dafür kämpfen, den Impuls der Jugend, ihre revolutionären Bestrebungen mit dem Impuls und den Bestrebungen der Arbeiterklasse zu verbinden, um sie - durch Klassenkämpfe, den Kampf gegen Reformismus, den Revisionismus in all seinen Formen, gegen Opportunismus und Karrierismus - auf dem richtigen Weg zu erziehen und zu führen, der zur nationalen und sozialen Befreiung führt“.*

Die UJCHV ist der rechte Arm der Partei und trägt die Alternative der Partei in die verschiedenen Schichten der Jugend unseres Landes hinein (Arbeiter-, Bauernjugend, Schüler, Studenten, junge Arbeiterinnen und Arbeiter aus verschiedenen Zweigen, Jugendliche aus dem informellen Sektor, Schüler und Studenten). Mit dem Bund der Kommunistischen Jugend muss die Volksjugend sich mit ihrem Kampf in die Perspektive der Nationalen, Demokratischen und Volksrevolution (RNDP) einbringen. Die UJCHV leitet die Arbeit, um der Jugend zu helfen, sich die politische Aktionsplattform für einen revolutionären Wandel anzueignen, die die PCRV in ihrem Aufruf an das Volk und die

Volksjugend vorschlägt, sich mit ihr zu organisieren,

*„um den Imperialismus, insbesondere den französischen Imperialismus, zu vertreiben, die Klassen und sozialen Schichten zu stürzen, die als seine Basis der Unterstützung in unserem Land dienen, den neokolonialen Staatsapparat zu zerstören, die ausländischen Militärbasen zu schleifen und die imperialistischen Besatzungstruppen aus unserem Land zu vertreiben.“*

Eine solche Alternative gilt auch für die Völker der Sahara-Subregion Sahel in Westafrika, die mit den Angriffen dschihadistischer Terrorgruppen, militärischen Interventionen und der Besetzung ihrer Territorien durch die militärischen Truppen der imperialistischen Mächte konfrontiert sind. Es ist zwingend notwendig, die Solidarität des Kampfes zwischen den Völkern und der Volksjugend Westafrikas durch Initiativen wie die westafrikanischen antiimperialistischen Tage zu entwickeln.

Die von der Union der Kommunistischen Jugend von Obervolta vorgeschlagene Plattform des antiimperialistischen und patriotischen Kampfes der Volksjugend Westafrikas stellt heute einen wichtigen und rettenden Schritt dar.

**Anlage zum Artikel:  
Für eine Plattform des antiimperialistischen und  
patriotischen Kampfes der Volksjugend  
Westafrikas**

- In Anbetracht dessen, dass die Herrschaft des internationalen Imperialismus, insbesondere des französischen, britischen und amerikanischen, den Schlüsselfaktor darstellt, der unsere Länder in der großen Nacht der Armut, der wirtschaftlichen, militärischen, wissenschaftlichen und kulturellen Abhängigkeit hält;
- In Anbetracht dessen, dass diese Herrschaft dank der reaktionären und vaterlandslosen sozialen Schichten und Klassen möglich ist, die den imperialistischen Mächten als Stütze dienen, mit denen sie die Ausplünderung und die schamlose Ausbeutung der afrikanischen Arbeitermassen organisieren;
- In Anbetracht der Tatsache, dass die Mechanismen der imperialistischen Vorherrschaft (wirtschaftlich, militärisch, kulturell usw.) manchmal in geheimen und Knebelungs-Verträgen verankert sind, ganz im Sinne des Kolonialpakts;
- In Anbetracht der Tatsache, dass es unter den gegenwärtigen Bedingungen (politisch und ökonomisch, etc.) keine Zukunft und keine Perspektive für die Volksjugend außer des Kampfes für den Bruch mit dem neokolonialen System gibt, ist dies der einzige Weg, etwas zu verändern und wirklichen sozialen Fortschritt zu erreichen;
- In Anbetracht der Tatsache, dass die afrikanischen Völker nach dieser wirklichen Veränderung streben, die eine bessere Zukunft bringen wird, und sich dafür täglich in vielgestaltigen Kämpfen engagieren;
- In Anbetracht der Tatsache, dass die afrikanische Volksjugend ein enormes revolutionäres Potenzial in sich birgt und mit Entschlossenheit an der Seite der Völker im Kampf für ihre nationale und soziale Emanzipation kämpft;
- Im Bewusstsein, dass die afrikanische Volksjugend an diesem Prozess der Volkskämpfe für wirkliche Veränderung ohne avantgardistische Ansprüche teilnehmen muss;
- In dem Bewusstsein, dass die westafrikanische Volksjugend trotz ihrer Vielfalt (Arbeiter, Arbeitslose, Studenten und Schüler, Jugendliche in Uniform, Mädchen und Jungen usw.) mit den gleichen Problemen konfrontiert ist (miserable Lebensbedingungen, Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit, Unfreiheit, Kriminalisierung von

Kämpfen, Schwierigkeiten beim Zugang zu Wissenschaft und Technik, Schwierigkeiten beim Zugang zu Land, zu Krediten, zu echten Freizeitaktivitäten usw.) und sich unbedingt zu einem Block mit dem Volk zusammenschließen muss;

vereinigen wir uns , junge Frauen und Männer, Demokraten, Patrioten und Revolutionäre, überzeugt davon, dass sich nur der Kampf auf gerechten und organisierten Grundlagen lohnt, um die folgende Plattform des antiimperialistischen Kampfes und treten für sie ein:

### **Auf politischer und militärischer Ebene**

- 1.** Gegen die imperialistische Vorherrschaft, insbesondere die französische, englische und amerikanische und ihre lokalen Verbündeten, die reaktionären und vaterlandslosen Klassen und sozialen Schichten, die als ihre Unterstützungsbasis in unserer Region und unseren jeweiligen Ländern dienen, zu kämpfen;
- 2.** Gegen den Neokolonialismus , der die Jugend und die Völker in Elend und Perspektivlosigkeit stürzt, zu kämpfen;
- 3.** Alle Abkommen, einschließlich der geheimen Abkommen zwischen den verschiedenen reaktionären Mächten und den imperialistischen Mächten aufzukündigen;
- 4.** Die Militärbasen der imperialistischen Mächte (insbesondere Frankreichs, Großbritanniens und der USA) die in Wirklichkeit dazu dienen, die kämpfenden Völker anzugreifen, die Unsicherheit und die Risiken des dschihadistischen Terrorismus zu erhöhen (siehe die Anschläge in Bamako, Ouagadougou, Grand-Bassam usw.) anzuprangern und deren Abbau zu fordern;
- 5.** Die Volkskämpfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu unterstützen und einen Beitrag zum Aufbau gutnachbarschaftlicher Beziehungen auf

der Grundlage von Gleichheit und echter regionaler Integration zu leisten.

### **Auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene**

- 1.** Für die Währungssouveränität und den Bruch mit der Abhängigkeit vom französischen Imperialismus, der den CFA-Franc als Geisel genommen hat [mehr als 14.000 Milliarden Francs der BECEAO- (Zentralbank der westafrikanischen Staaten) und BEAC- (Bank der zentralafrikanischen Staaten) -Zone, die 2011 auf dem Konto der französischen Staatskasse eingefroren wurden], zu kämpfen;
- 2.** Die Abkommen zur Wirtschaftspartnerschaft (EPAs) als eine Strategie anzuprangern, die afrikanischen Länder in Unterentwicklung und Abhängigkeit zu halten;
- 3.** sich für die Kontrolle und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, insbesondere des Bergbaus, zum Nutzen der Völker Afrikas einzusetzen;
- 4.** gegen die Monopolisierung von landwirtschaftlichen Flächen zu kämpfen, indem sichergestellt wird, dass das Land denen gehört, die es bearbeiten, nämlich den Kleinbauern;
- 5.** Den Strukturanpassungsplan (SAP) und seine blassen Kopien, unter welchen verschiedenen Namen auch immer (CSLP, Strategie für beschleunigtes Wachstum und nachhaltige Entwicklung, Nationaler Entwicklungs-, Wirtschafts- und Sozialplan usw.) sie präsentiert werden, zu kündigen.

### **Auf kultureller, wissenschaftlicher und technischer Ebene**

- 1.** Für den demokratischen Zugang zu Wissenschaft und Technologie für die Kinder des Volkes zu kämpfen;
- 2.** Gegen die Sabotage der Ausbildung der Volksjugend durch die ungeeigneten

und liberalen Bildungsreformen (insbesondere PAS, LMD), die die konkrete Realität nicht berücksichtigen, zu kämpfen;

**3.** Die Institutionen wie CAMES (Afrikanischer und Madegassischer Rat für Höhere Bildung), den Club der Gauner und Kumpane, die die jungen Talente durch das mittelalterliche System des „Bonzentums“ ersticken, aufkündigen.

Tapfere Volksjugend Westafrikas, junge Mädchen und junge Burschen aller Kategorien,

- Ihr, die mit Mut für Gerechtigkeit und Freiheit kämpft, aber im aktuellen politischen System ohne Perspektive seid;
- Ihr, die ihr von Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, um euch als junge Menschen zu verwirklichen, geplagt seid,

mobilisieren wir uns um diese Plattform des anti-imperialistischen und patriotischen Kampfes, damit wir gemeinsam, in Verbindung mit den Völkern der Subregion, alle imperialistischen Mächte (amerikanische, französische, britische, chinesische usw.) aus unserer Region vertreiben, damit die Völker Westafrikas ihr Schicksal in die Hand nehmen.

**Es leben die antiimperialistischen Tage Westafrikas!**

**Solidarität des Kampfes, für Veränderung, weil eine andere Welt möglich ist!**

**Die Jugend ist das Leben und „wer lebt, der kämpft“!**

**Die Zukunft gehört uns! <sup>1</sup>**

## **REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI VOLTAS**

Anmerkungen (Arbeit Zukunft):

1) G5 = G5 Sahel: institutioneller Rahmen für die Koordination und finanzielle Kontrolle der regionalen Zusammenarbeit in entwicklungs- und sicherheitspolitischer Hinsicht. Er wurde am 17. Feb. 2014 durch 5 Staaten des Sahel, Mauretanien, Mali, Burkina Faso, Niger und Tschad gegründet und steht unter dem völligen Einfluss der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich.

# CHILE

## Der Verfassungskonvent: „Lasst uns alles ändern, damit sich nichts ändert“

Der soziale Aufruhr im Oktober 2019 erschütterte die bürgerliche Demokratie und das von den großen Monopolen beherrschte Wirtschaftssystem Chiles bis ins Mark und brachte die gesamte Stabilität der kapitalistischen Ordnung ins Wanken. Aufgrund seines spontanen Entstehens war es keine Revolution, denn es mangelte an Führung und die treibenden Kräfte stammten hauptsächlich aus dem kleinbürgerlichen Milieu. Es handelte sich eher um eine anarchische Protestwelle ohne allgemein anerkannte Wortführer, die als Verhandlungspartner in Erscheinung hätten treten können. Dennoch gelang es hier, die großen Städte und industriellen Zentren lahmzulegen: Santiago, Valparaíso und Concepcion.

Diese Massenbewegung nahm schon lange vor ihrem ebenso spontanen wie völlig überraschenden Erscheinen auf der politischen Bühne ihre Konturen an. Ihre Anfänge liegen begründet in der endgültigen Hinwendung Chiles zum neoliberalen Modell, die von der Regierung unter Ricardo Lagos und Michelle Bachelet (Sozialistische Partei) zu Beginn des Jahres

2000 vollzogen wurde. Bereits ein Jahr später kam es zu einem radikalen Wandel in der wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Die Zentralbank entthob den Kapitalfluss jeglicher Beschränkungen und gab auch den Wechselkurs der heimischen Währung völlig frei, was die Wirtschaft des Landes schutzlos den Schwankungsbewegungen und Krisenfällen der internationalen Märkte auslieferte (1999-2002, 2008-2009 und 2013-2017). Das Bruttoinlandsprodukt fiel von 7% auf 4%, was ein Absinken der Kennziffer bei der Einkommensverteilung von 5,5 auf 3,5 zur Folge hatte. Diese scharfe neoliberale Politik hatte einen unmittelbaren Einfluss auf die Lebensqualität der Arbeiter zur Folge, sowohl was ihren Zugang zu den Leistungen des Erziehungs- und Gesundheitssystems als auch den Zustand der Rentenversicherung anbetraf, deren Kapitalstock bis zum Jahr 2020 um 16,49% einbrach. Im Gefolge dieser einschneidenden Ereignisse kam es zu einer Serie von Massenmobilisierungen unter den Bürgern. Im Jahr 2006 entstand die „Revolution der Pinguine“, eine Protestbewegung von Oberschülern, die ihrem Verlangen nach einer unentgeltlichen und qualitativ hochwertigen Ausbildung Ausdruck

verliehen. Im Jahr 2009 setzte sich dann die Bürgerbewegung „Patagonien ohne Staudämme“ in Szene, die ihre Stimme gegen eine Reihe von Elektrifizierungsprojekten durch Wasserkraftgewinnung erhob. In 2011 war es der „Marsch der Regenschirme“, mit dem zahlreiche Studenten Verbesserungen im Bildungswesen erkämpfen wollten. Das Jahr 2016 sah dann die Initialzündung der Bürgerbewegung NO + AFP (Administratoren der Pensionsfonds), die die Errichtung eines Rentensystems auf der Grundlage des Solidaritätsprinzips statt wie bisher nach dem Individualvorsorgeprinzip einforderte. Auch die weiblichen Mitglieder der Studentenschaft mobilisierten sich in 2018. Die Massenbewegung erhob massiv ihre Stimme und konnte auf ihrem Höhepunkt auf den Straßen der Hauptstadt 400.000 Menschen versammeln, die alle von sozialen Organisationen ohne größere Beteiligung politischer Parteien angeführt wurden. Die Volksvertreter im Parlament nahmen all diese Forderungen zur Kenntnis und versprachen, im Rahmen ihrer Gesetzgebung diese Begehren in die Tat umzusetzen. Aber alle Gesetzesvorhaben, die auf eine Befriedigung der berechtigten Forderungen der Massenbewegung abzielten, fielen im Parlament der Blockade zum Opfer. Zerredet durch endlose Diskussionen und Abänderungsvorschläge, wurden alle entsprechenden Entwürfe letztendlich eingefroren. Das Zusammenwirken aller Faktoren führte zu einer Aneinanderreihung von Mobilisierungen und Protestkundgebungen, zur Apathie gegenüber den politischen Parteien und zunehmender Wahlenthaltung, was schließlich zu einem qualitativen Sprung des sozialen Aufstiegs führte.

### **Ein einvernehmlicher Ausweg**

Angesichts der Gefahr eines ökonomischen Desasters entschloss sich die wirtschaftsfreundliche Regierung unter Sebastian Pinera, einen Aufruf an die gesamte Opposition zur Rettung der bürgerlichen Demokratie zu richten. Sämtliche Oppositionsparteien, angefangen von den Sozialdemokraten über die Christdemokraten bis hin zur sogenannten Breiten Front, nahmen die Einladung zum Dialog an. Eine Ausnahme bildete lediglich die revisionistische Kommunistische Partei. Am 6. Dezember 2019 hatten sich Regierung und Opposition auf eine gemeinsame Formel geeinigt, um den bourgeoisen Staat und seine Regierungsform zu retten. Eine Verfassungsreform unter

dem Namen „Abkommen für Frieden und die neue Verfassung“ sollte den Weg ebnen für eine Volksabstimmung zur Wahl eines Verfassungskonvents, der dann seinerseits den Entwurf für eine neue Verfassung liefern sollte, um damit die alte Version aus dem Jahr 1980 zu ersetzen, die auf dem Höhepunkt der Pinochet-Diktatur in Kraft getreten war. Die Ankündigung der Abhaltung dieser Volksabstimmung führte zu einem Ausweg aus der Krise. Es kam zu einem Abklingen der Proteste, zumal die Bewegung bereits erodierte, hatten doch zunehmend gewalttätige Exzesse, deren Urheber aus anarchistischen Kreisen und dem Lumpenproletariat entstammten, zu einer Entfremdung des Kleinbürgertums von den Zielen der Bewegung geführt. Dessen Vertreter fanden scheinbar eine angemessene Antwort auf ihre vielfältigen Forderungen, und sie wurden in ihrem Glauben bestärkt von den Versprechungen der Sozialdemokratie, dass eine neue Verfassung alle seit Jahrzehnten aufgestauten Probleme lösen würde. Zu diesem Zweck einigten sich die vertragschließenden Parteien des Abkommens auf die Wahl eines Fachausschusses, der die genaue Form dieses Konvents und das dabei angewandte Wahlsystem festlegen sollte. Der Ausschuss setzt sich nunmehr zusammen aus 14 Rechtsanwälten aus den Fachgebieten Verfassungsrecht und der Politikwissenschaft, 7 aus dem Regierungslager und 7 aus den Reihen der Opposition. Viele von ihnen sind verbunden mit bedeutenden Akteuren aus der Ökonomie, beispielsweise Arturo Fernandis, bekannt als Lobbyist für große Unternehmen wie Cencosud, der chilenischen Bankenvereinigung oder dem Gesamtverband Chilenischer Handelskammern. Des Weiteren tritt hier Gaston Gomez in Erscheinung, der die Interessen der Vereinigung AFP, des Chilenischen Reederverbandes und von Vapores Austral, einer südamerikanischen Schifffahrtlinie, vertritt.

### **Die Regeln des Spiels**

Es wurde eine 2/3 Quorumsregel festgelegt. Eine solche Regel besagt, dass im Rahmen des Quorums bereits eine Abstimmungsminderheit von 33 % plus einer Stimme jede von Seiten der Mehrheit beschlossene Initiative torpedieren kann. Sollte also eine Mehrheit die Abschaffung der fondsgebundenen Rentenversicherung durchsetzen wollen, so kann bereits eine entsprechend quantifizierbare Minderheit

dieses Ansinnen blockieren. Nach Paragraph 135 des Gesetzes Nr. 21,200 wird die derzeit gültige Verfassung für die Dauer des Konvents in Kraft bleiben. Die höchste Gewalt liegt in den Händen der verfassungsmäßig festgelegten Organe, also des Parlaments, des Verfassungsgerichtshofes, des Obersten Gerichtshofes und der Regierung. Abschließend betrachtet wird die neue Verfassung nicht den Rechtsrahmen eröffnen, um paraphierte und bereits ausgeführte höchstichterliche Entscheidungen abzuändern, ebenso wenig die Gesamtheit aller derzeit in Kraft befindlichen von Chile ratifizierten internationalen Verträge. Bei dieser Konstellation wird es schlicht unmöglich sein, gegen die großen ausländischen Monopole vorzugehen, die mit den einheimischen Großunternehmen im Bunde stehen und in den Rentenfonds, dem Gesundheitssektor, dem Bildungswesen und bei der Nutzbarmachung der natürlichen und strategischen Ressourcen ihre Investitionen getätigt haben. In Übereinstimmung mit Paragraph 141 des Gesetzes werden in den 155 Wahlbezirken des Landes sowohl die Delegierten des Verfassungskonvents als auch die Parlamentsabgeordneten nach dem D'Hondtschen Verfahren (*Koeffizient nach D'Hondt, einer Form des Verhältniswahlrechts- Anmerkung des Übersetzers*) mit einer dementsprechenden Sitzverteilung gewählt werden. Dieses Wahlverfahren begünstigt große Zusammenschlüsse von Kandidatenlisten, da ungeachtet des Stimmenanteils eines einzelnen Kandidaten auf einer Liste die Sitze in Entsprechung zum Stimmenanteil der Gesamtliste vergeben werden. Dies erzeugt das Paradoxon, dass Kandidaten mit einem Stimmenanteil von nur 1,5% der Einzug in das Gremium gelingt, während einer kleineren Allianz oder einem unabhängigen Kandidaten mit einem höheren Stimmenaufkommen der Zugang in die Institution verwehrt bleibt. Außerdem wurden eine ganze Reihe von „besonderen Mandaten“ separat bereitgehalten zugunsten von Repräsentanten der indigenen Völker und um die Parität unter den Geschlechtern sicherzustellen. Aber diese Maßnahmen dienten letztlich nur dazu, vor der Öffentlichkeit den Anschein einer vollständigen Inklusion aller Mitglieder der Gesellschaft zu erzeugen, während in Wirklichkeit das vorgesehene Wahlsystem einer Einbeziehung aller Menschen im Lande hohe Hürden setzte. Das Gesetz Nr. 21,200, von der Regierung Pinera am 23. Dezember 2019 verkündet, sorgte für eine wirksame Abschirmung des Abkommens durch eine vorsorgli-

che Abänderung des Abschnitts XV der gegenwärtigen Verfassung sowie durch die Ausarbeitung eines Regelkatalogs, das den verfassungsgemäßen Ablauf der Prozedur sichern sollte. Dieser Katalog trug den Titel: „Verfahren zur Einführung einer neuen Verfassung für die Republik“. Dies hat zur Folge, dass die Delegierten des Konvents keine Gelegenheit haben werden, die von ihnen entwickelten Regularien formal zu billigen oder auch nur eingehend zu besprechen. Eine Gesamtbetrachtung des Vorgangs ergibt also, dass dieser Verfassungskonvent weit davon entfernt ist, eine mit allen rechtmäßigen Kompetenzen ausgestattete konstituierende Versammlung zu sein, von der man behaupten könnte, dass sie die höchste mit Regierungsgewalt ausgestattete Körperschaft darstellt, solange nicht der absolute Souverän, das Volk, durch seine Wahlentscheidung bekundet hat, welchen politischen und ökonomischen Kurs das Land einschlagen soll, wie auch immer die neuen Regeln aussehen mögen, die die Machtbefugnisse des Staates und den Ablauf zur Ausrufung und Durchführung von Wahlen konkretisieren.

### Die Linke

Nachdem eine Mehrheit im Lande im Oktober 2020 durch ihr Plebiszit den Konvent absegnete, sah sich die revisionistische Kommunistische Partei genötigt, sich doch zu einer Beteiligung an den Wahlen durchzuringen, um nicht gänzlich außerhalb der oppositionellen Wahlbündnisse zu stehen und gegenüber der Breiten Front nicht an Boden zu verlieren. Sie forderte alle Parteien der außerparlamentarischen Linken auf, der von ihnen gegründeten Wahlliste „Nehmt Würde an“ beizutreten, um so die für den Erhalt ihrer Repräsentationsmacht notwendigen Stimmen zu sammeln. Das führte zu einem Meinungsumschwung bei allen Parteien, die bislang dem verfassungsgebenden Prozess ablehnend gegenübergestanden hatten und auf großen Zuspruch hin alternativ die Bildung regionaler Versammlungen präferiert hatten. Somit scharten auch diese sich hinter dem Revisionismus. Selbst als die revisionistische KP ihre Bereitschaft bekundete, einen Teil der ihnen zukommenden Sitze für unabhängige Kandidaten freizumachen, wollten sich nicht alle linken Strömungen dieser Offerte anschließen. Auch viele Anführer sozialer Organisationen distanzieren sich, weil sie sich von den traditionellen politischen Parteien nicht re-

präsentiert fühlten. Regierung und Opposition waren allerdings gleichermaßen von der Sorge erfüllt, dass diese Gruppierungen durch Aufrufe zur Wahlenthaltung oder offenen Boykott für die Unterminderung der vorgesehenen Wahlen sorgen könnten. Demzufolge entschloss man sich zur Verabschiedung eines Gesetzes zur erleichterten Registrierung unabhängiger Kandidaten, dergestalt dass lediglich 300 Unterschriften oder Unterstützungserklärungen zur Aufnahme ins Register nachzuweisen sind, und nicht mehr wie bisher 0,5% aller Stimmen, die bei der letzten Abgeordnetenwahl pro Wahlbezirk zu verzeichnen waren. Diese Unterschriften werden elektronisch im Wählerverzeichnis registriert ohne den Zwang zur notariellen Beglaubigung und den damit verbundenen Kosten. So wird eine Einbeziehung der gesamten Gesellschaft in den Prozess gewährleistet und somit diesem ein höheres Maß an Legitimität verliehen. Es werden also im Schnitt 42 unabhängige Kandidaten pro Wahlbezirk partizipieren bei einer Gesamtzahl von 79 Listen, was insgesamt aber nur zu einer Zersplitterung zum Nachteil der linken Kräfte führen dürfte. Die Kräfte der Rechten aber haben ihre Reihen fest geschlossen bis hin zur Integration der rechtsextremen Pro Pinochet Bewegung, während die Sozialdemokratie gespalten ist, was der extremen Rechten umso mehr zum Vorteil gereicht. Die drei im Konvent vertretenen Hauptgruppierungen werden folgende sein:

Die Rechte mit 43%, gefolgt von den Sozialdemokraten und den Christdemokraten mit 31,6% sowie der Kommunistischen Partei und ihren Verbündeten mit zusammen 19,6%. Die Unabhängigen kommen nicht über 1,2% hinaus. Keiner der großen Blöcke wird eine 2/3 Mehrheit erreichen, so dass eine engere Fühlungnahme zwischen der Rechten und den konservativeren Flügeln der Christlichen Demokraten zu erwarten ist, die dann im Wesentlichen die Tagesordnung eines in seiner Handlungsfreiheit stark eingeschränkten Konvents bestimmen werden. Es

stellt sich die Frage nach dem Sinn einer Beteiligung der Linken an Wahlen, die zweifellos eine Ausgeburt rechter Umtriebe unter Hilfestellung der Sozialdemokratie darstellen, die die aktuellen Verhältnisse zementieren sollen, indem sie die Instrumente des bürgerlichen Staates nutzen, um im Volk und bei den Arbeitern den trügerischen Eindruck eines tiefgreifenden Wandels zu vermitteln, bis der nächste Aufruhr die allgemeine Lethargie beendet. Der Mangel an revolutionärer Perspektive bei der chilenischen Linken ist deutlich erkennbar. Einmal mehr legt sie ihre kämpferischen Positionen beiseite und begibt sich zu nutzlosen Urnengängen. Obwohl sie das Ergebnis schon kennen, lassen sie nicht die Hoffnung fahren, eines Tages das Forum zu haben, von dem aus sie die Massen zur Revolte aufrufen werden.

In der Zwischenzeit bleibt den chilenischen Marxisten Leninisten die Aufgabe vorbehalten, ihre Partei weiter zur Avantgarde auszubauen und ihre Präsenz innerhalb jeder Gewerkschaft, jeder Fabrik und jeder Unternehmung zu sichern. Um im Klassenkampf zu bestehen, muss sie kampfkraftige Verbände organisieren, die den Willen zur Macht haben, sie muss an einer starken Gewerkschaftsbewegung mitwirken, die es mit den großen Monopolen aufnehmen kann. Sie muss das Schwergewicht auf eine schlagkräftige Volksbewegung legen, die für einen der Allgemeinheit erschwinglichen Wohnungsbau, für Erziehung und Bildung, Gesundheitsfürsorge und Wohlbefinden sorgt und die die revolutionäre Jugend angemessen organisiert. Kurz gesagt, es geht um eine breit angelegte Massenbewegung unter Führung der Marxisten Leninisten, die eine Einheitsfront bildet mit allen Parteien und Organisationen, die für eine Volksregierung kämpfen als einen ersten Schritt für die Organisationsmacht der Arbeiter und die Bündelung der Macht des Volkes, denn nur dies eröffnet die Möglichkeit zum Aufstand der Massen hin zu einer demokratischen Volksrevolution, die den Weg zum Sozialismus ebnet wird.

## **REVOLUTIONÄRE KOMMUNISTISCHE PARTEI CHILES**

# DÄNEMARK

## Das politische Bewusstsein der Arbeiterklasse über das Scheitern des Kapitalismus vertiefen

Dorte Greena

*Dieses Dokument wurde auf der Jahreskonferenz der APK im November 2020 zur Stärkung der Parteiarbeit in der aktuellen Situation der Krise des Kapitalismus und der Pandemie vorgestellt.*

Die APK verfolgt eine Politik für einen revolutionären Ausweg aus dem Kapitalismus und seinen Krisen – für Revolution und Sozialismus. Bereits im März 2020, zwei Tage nach dem Corona-Lockdown, präsentierte die Partei eine politische Plattform, in der sie sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schutz der Arbeiterklasse und des Volkes forderte und verlangte, dass das Kapital und die Reichen für die eigene kapitalistische Krise bezahlen sollen. Es ist gleichzeitig eine Plattform für die Schaffung von Einheit, die Organisation einer Klassenkampfpolitik und mit einer klaren Perspektive für ein neues Gesellschaftssystem mit der Arbeiterklasse an der Macht.

Es ist klar, dass sich der Kapitalismus in einer allgemeinen und akuten Krise befindet. Es ist gleichzeitig eine wirtschaftliche, politische und soziale

Krise, die durch die Covid-Pandemie noch weiter verschärft wird und eine Gesundheitskrise hinzufügt. Die Folgen davon sind täglich zu sehen, zu hören und zu spüren. Es gibt jedoch viel mehr Unsicherheit und Zweifel innerhalb der Arbeiterklasse und des Volkes, warum die Lösungen der Krise der Bourgeoisie nicht funktionieren können und warum ein revolutionärer Bruch mit dem Kapitalismus als der wirklichen und langfristigen Lösung notwendig ist.

Die Frage ist also, wie können wir diese Zweifel und Mehrdeutigkeiten ändern, reduzieren und am Ende beseitigen? In unserer Propaganda und Agitation müssen wir die Erfahrungen aus dem Alltag der Arbeiterklasse reflektieren und nutzen. Wir müssen Wissen über die laufenden Kämpfe und Proteste und die Erfahrungen im Klassenkampf verbreiten. Aber das ist nicht genug. Teile unserer Propaganda beschränken sich jedoch darauf. Andere Teile gehen mit komplizierten Analysen und der Anhäufung sogenannter wissenschaftlicher Fakten in die entgegengesetzte Richtung. Wir müs-

sen beide Formen verwenden, aber mit einem revolutionären Inhalt versehen, der nicht nur durch den Gebrauch des Wortes Revolution entsteht. Wir müssen der Arbeiterklasse eine revolutionäre Perspektive geben, die Schritte, Richtung und Perspektive im Klassenkampf aufzeigen, und wir müssen noch besser darin sein, die revolutionäre Theorie des Marxismus-Leninismus zu integrieren.

Ein Bruch mit dem Kapitalismus erfordert in der Arbeiterklasse ein großes Bewusstsein dafür, dass es nicht anders geht. Ein Bewusstsein der Tatsache, dass man das kapitalistische System nicht flicken oder davon überzeugen kann, human und gerecht zu werden, wie es die linken Opportunisten innerhalb der Parteien der Europäischen Linken vertreten. Dies ist eine große Aufgabe in einem Land wie Dänemark, in dem die Arbeiterklasse seit mehr als hundert Jahren von der sozialdemokratischen Klassenzusammenarbeit beeinflusst wird. Zum Beispiel werden heute noch Ansichten in progressiven militanten Arbeitergruppen geäußert, wie zum Beispiel: Wir sollten nur die Schlachten austragen, von denen wir sicher sind, dass wir sie gewinnen. Das sind Ansichten, die tatsächlich die Entwicklung des Klassenkampfes bremsen. Oder Ansichten, den Klassenkampf nur auf diejenigen zu beschränken, die innerhalb des Systems der Klassenkollaboration der Gewerkschaftsjustiz unter der Führung der reformistischen Gewerkschaftsführer und der Arbeiteraristokratie geführt werden, die sich auf den Nur-Gewerkschaftertum beschränken.

Ein Bruch und ein revolutionärer Weg erfordern Wissen und Überzeugung, verbunden mit den eigenen Erfahrungen des Klassenkampfes, um ein notwendiges revolutionäres Bewusstsein zu entwickeln. Dies erfordert die Organisation des Denkens, der Menschen, der Kämpfe, der Revolutionäre. Ein entscheidendes Element dabei ist die Kommunistische Partei als politisches Zentrum für einen revolutionären Weg, das den wissenschaftlichen Sozialismus aufrechterhalten und im Kampf der Arbeiterklasse und unter den klassenbewusstesten Arbeitern vermitteln kann.

## Klassenzusammenarbeit

Überall auf der Welt, auch in Dänemark, werden Krisenlösungen umgesetzt, in denen erneut die Arbeiterklasse und die einfachen Leute für die Krise bezahlen müssen. Währenddessen erhalten die großen Monopole und das Kapital staatliche Beihilfen, um nicht nur die Krise zu überstehen, sondern auch, um gestärkt aus einem erneuten imperialistischen Wettbewerb und Rivalität hervorzugehen.

Wie die ICMLPO betont hat, entstanden die Wirtschaftskrise und die Covid-Krise in einer Situation zunehmender Klassenkämpfe, großer Protestbewegungen und Volksaufstände gegen die unerträglichen Lebensbedingungen, die Perspektiven des Kapitalismus und all die neoliberalen Reformen. Nicht umsonst besteht die große Sorge der herrschenden Klasse darin, zu viel sozialen Protest und Widerstand zu vermeiden. Gerade jetzt sehen wir, wie die extreme Rechte voranschreitet – in Dänemark mit staatlich finanzierten Parteien wie Stram Kurs, die eine Fahrt nach Schweden unternommen haben, um den Koran öffentlich zu verbrennen. Oder es gibt religiöse islamistische Fanatiker, die einem französischen Lehrer den Kopf abschlagen. Nazis protestieren auf den Straßen von Rom und Berlin gegen Corona-Beschränkungen und bewaffnete Milizen in US-Großstädten. Und rund um die extreme Rechte demonstriert in Europa eine wachsende rechtspopulistische Bewegung für Freiheiten und Rechte gegen die Pandemie-Beschränkungen. Alles, um die Frustration und den Widerstand in die falsche Richtung zu lenken und den Volkswiderstand mit „Recht und Ordnung“, Angst, Gewalt und chaotischen Zuständen zu bekämpfen.

Wir sahen im Frühjahr 2020, als der Covid-Lockdown der Regierung umgesetzt wurde, wie die demokratische parlamentarische Fassade über Nacht verschwand und durch das Epidemie-Gesetz, das 2021 durch ein noch repressiveres, ersetzt wurde. Wir haben gesehen, wie die Regierung in neuer Form als „Krisenarbeitsgruppe“ mit den wichtigsten Ministern, den größten Monopolbesitzern, dem Militär und der Polizei im Einklang stand. Später sahen wir, wie die Führer des Nationalen Gewerkschaftsbundes von hinter den Kulissen auf die Bühne gerufen wurden, um nicht nur befristete Lohn-

ausgleichsregelungen zu sichern, sondern auch, um einige Tarifrechte zu entziehen. Dies geschah in einer offenen Klassenzusammenarbeit innerhalb des „dänisch-nordischen Modells“, durch nationale Vereinbarungen zwischen Staat, Arbeitgebern und dem Nationalen Gewerkschaftsbund.

Die Klassenkollaborationspolitik und die Chefs der Arbeiteraristokratie sind derzeit die beste Wahl für das dänische Kapital, um seine Politik zur Stabilisierung des Kapitalismus und die neoliberale Krisenpolitik so reibungslos wie möglich umzusetzen. Sie ist gleichzeitig das größte politische und ideologische Hindernis für die Einheit der Arbeiterklasse auf klassenkämpferischer und revolutionärer Basis. Deshalb müssen wir sie entlarven, indem wir ihre Taten, ihre Klassenzugehörigkeit und ihre reformistische Politik aufdecken. In unserer Propaganda und Arbeit dazu müssen wir uns sowohl der rechten als auch der linken Abweichungen bewusst sein, die uns beide von den fortgeschrittenen Gewerkschaftskämpfern und Arbeitern trennen würden.

### **Der Kapitalismus kann nicht mit mehr Kapitalismus geheilt werden**

Die Covid-19-Pandemie hat die bestehende Krise beschleunigt und gezeigt, wie zynisch der Kapitalismus ist, kalt und gleichgültig gegenüber dem Leben und den Bedürfnissen der Arbeiter und der Arbeitskräfte, die er nicht mehr braucht. Er will nur möglichst billige Arbeitskräfte. In Indien, Lateinamerika, den Vereinigten Staaten, Europa und überall sonst sehen wir die Folgen der Lösung namens „Rettet die Profite“: Hunderttausende Tote, Millionen neue Verhungerte, Zerstörung von Arbeitsplätzen und Gemeinschaften, Zerstörung öffentlicher Gesundheits- und Bildungssysteme. Die industriellen, technischen und digitalen Entwicklungen kommen der sozialen Entwicklung und dem Leben der Arbeiter und Menschen nicht zugute. Sie werden nur verwendet, um die Ausbeutungsräder schneller am Laufen zu halten und unter den Wenigen in der herrschenden Klasse immer mehr Reichtum, Wert und imperialistische Macht zu schaffen.

Wir könnten davon ausgehen, dass dies für jeden offensichtlich zu sehen und verstehen ist. Aber un-

ter den Jugendlichen in den Ghettos und Vorstädten und unter den jungen Arbeitern kennen viele das Wort und den Begriff Kapitalismus vielleicht nicht einmal, wenn wir es in unsere Flugblätter schreiben, und können es nicht nachvollziehen. Wir müssen es daher mit dem verbinden, was sie selbst erleben und sehen sowie klarstellen, dass dies das kapitalistische System in Aktion ist. Aufgrund der Tatsache, dass die Wurzel ihrer Probleme das kapitalistische System ist, kann ihre Zukunft durch Revolution und Sozialismus verändert werden. Es gibt ein wachsendes revolutionäres Interesse, nicht zuletzt bei einer ganz neuen Generation, der die „Corona-Krise“ die Augen öffnen kann, um das Wesen und die Gesetze des Kapitalismus zu verstehen. Und wir als Revolutionäre erfassen die Möglichkeiten, die der Gegenwart innewohnen.

Weder die bürgerliche Lösung der „neuen Normalität“ des Neoliberalismus mit allem, was sie mit sich bringt: flexiblere Arbeitszeiten, niedrigere Löhne, mehr Heimarbeitsplätze mit weniger Möglichkeiten, soziale Kontakte und eine Kampfgemeinschaft aufzubauen, noch der sozialdemokratische Neo-Keynesianismus, bei dem der Staat aktiv riesige Geldsummen in die Wirtschaft pumpt, ohne im Gegenzug einen Nutzen für die Gesellschaft zu erhalten, können die kapitalistische Krise auf irgendeine Weise lösen. Was wir jetzt sehen, ist, dass die Regierung und eine breite Mehrheit im Parlament auf eine Mischung dieser beiden Krisenpolitiken setzen – Neoliberalismus und Keynesianismus. Die Sparpläne der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie helfen nur dem Großkapital, den Monopolen, dem größten Finanzkapital und Unternehmern sowie imperialistischen Institutionen wie der Europäischen Union, dem IWF, der Weltbank und der Staatsmacht. Die spielen dabei eine aktive direkte Rolle.

Während die Folgen weitgehend klar sind, hat die Partei eine große Aufgabe darin, die Ursache dafür ebenso deutlich zu machen, warum ihre Lösungen nicht funktionieren und nicht funktionieren können, Arbeitsplätze und Soziales nicht retten und warum Hilfe für Großunternehmen nicht jene sichern, wie es die Regierung und die bürgerlichen Parteien versprechen.

Das Finanzgesetz ist eine konkrete Umsetzung der Krisenpolitik der Regierung. Es reicht uns nicht, auf die Klassenungerechtigkeit hinzuweisen. Wir müssen es nutzen, um Illusionen über die Rolle des Staates, die parlamentarischen Illusionen in den sozialen Protestbewegungen abzubauen und die Notwendigkeit aufzuzeigen, die isolierten kommunalen Aktionen vor Ort zu erweitern und eine nationale politische Perspektive und Forderungen hinzuzufügen.

Die Partei muss den Marxismus-Leninismus und die politische Ökonomie viel mehr als ein politisches und ideologisches Instrument nutzen, um zu zeigen, dass der Plan und die Politik des Kapitals, den Kapitalismus mit mehr Kapitalismus zu stärken und zu heilen, niemals funktionieren kann, dass jeder einzelne Schritt, den sie tut, ein konkreter Ausdruck ihrer falschen Politik zur Lösung der Krise ist. Wir müssen das Bewusstsein dafür schärfen, dass der Kapitalismus und die Klasse an der Macht wirklich keine Lösung für die Krise haben, sondern eine revolutionäre Politik der Arbeiterklasse. Wir müssen dies nicht nur in unseren Medien tun, in dem, was wir schreiben, sondern auch in Diskussionen und Debatten mit den Aktivisten, Mitkämpfern und Militanten.

Zu wissen, wie der Kapitalismus funktioniert und warum er niemals die notwendigen Veränderungen herbeiführen kann, ist die eine Seite der Medaille. Die andere ist die Stärkung der Arbeiterklasse mit dem revolutionären Verständnis, Bewusstsein und der Theorie, wie diese Veränderung in ihrem Klassenkampf umgesetzt werden kann.

### **Sackgasse**

Um die Einheit auf revolutionärem Weg zu fördern, muss die Partei ihre Ideen, Ziele und konkreten Forderungen und Handlungen deutlich und bekannt machen und mit der fortgeschrittenen Arbeiterschaft und Jugend diskutieren. Gleichzeitig müssen wir all die Irrwege und Sackgassen aufdecken, in die nicht nur der Reformismus, sondern auch der Revisionismus und der linke Opportunismus den Klassenkampf führen werden. Wir müssen den politisch-ideologischen Kampf mit der Entwicklung der konkreten Aktionen des Klassenkampfes ver-

binden und ihre Strategie und politischen Plattformen aufdecken.

Wir sehen nicht nur, dass sich der Klassenkampf intensiviert und es Bewegungen innerhalb der Arbeiterklasse, des öffentlichen Dienstes und der Jugend gibt. Daneben sehen wir die opportunistischen politischen Strömungen unter den Flügeln der Sozialdemokratie nach rechts und gleichzeitig in Worten und Symbolen der Arbeiterklasse nach links. Dies soll nicht den Klassenkampf voranbringen, sondern verschleiern, wie unzulänglich und rückständig ihr Denken und Handeln ist.

Die Sozialdemokraten und ihre Regierung sprechen von einer neuen sozialdemokratischen Politik mit den sozialdemokratischen Kernwerten der Vergangenheit und der großen Solidaritätsgemeinschaft, die uns alle durch die Krise trägt. Sie versuchen sogar, sich in Worten von früheren Arbeitsmarkt- und neoliberalen Reformen zu distanzieren. Aber gleichzeitig gehen sie einen extremen Kurs zur nationalen Klassenvereinigung ein und erweitern in einer manipulierten Angst- und Katastrophenstimmung Gesetzgebung und Staatsmacht mit faschistischen Zügen und neuen Wegen für Kapital und Arbeitgeber auf, um die Ausbeutung von Arbeitskräften zu verstärken. Die Entlarvung und der politisch-ideologische Kampf gegen die Politik des Reformismus und des linken Opportunismus sind Teil der Vertiefung eines revolutionären Bewusstseins in der Arbeiterklasse und Jugend.

### **Schlussfolgerungen**

Fassen wir einige Kernpunkte zu der eingangs gestellten Frage zusammen: Wie können wir das politische Bewusstsein des Scheiterns des Kapitalismus und eines revolutionären Weges innerhalb der Arbeiterklasse und der Jugend vertiefen?

Die harte Realität der Krise bedeutet nicht, dass sich der Kampf der Arbeiterklasse für wirtschaftliche und soziale Verbesserungen spontan oder automatisch zu einem politischen Kampf für Veränderungen oder zu einer Vertiefung des revolutionären Bewusstseins in der Arbeiterklasse entwickelt. Sie muss durch die Umsetzung revolutionärer Theorie, Politik, Ideologie und Aktion im Klassenkampf und

in der Arbeiterklasse zustande kommen – in einer Sprache und mit Methoden, die verständlich sind und sich den spezifischen Problemen und Bedürfnissen des Klassenkampfes und der Arbeiterklasse und Menschen stellen. Dazu müssen wir als Partei selbstkritisch sein, wie wir mit diesen Aufgaben umgehen und wie wir diese Seite der Parteiarbeit weiterentwickeln können. Und dazu müssen wir daran arbeiten, das marxistisch-leninistische Be-

wusstsein und die politisch-ideologische Ebene der Partei selbst zu entwickeln, nicht nur der Verantwortlichen für die Propagandaarbeit, sondern aller Parteimitglieder.

Keine revolutionäre Aktion ohne revolutionäre Theorie. Keine revolutionäre Theorie ohne revolutionäres Handeln.

## **KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI DÄNEMARKS (APK)**

# ECUADOR

## Die Proletarische Revolution und die innerimperialistischen Widersprüche

Pablo Miranda

**W**ir proletarischen Revolutionäre bekräftigen Lenins Analyse, dass wir uns in einer Ära des Imperialismus und den ihm antagonistisch gegenüber stehenden proletarischen Revolutionen befinden.

Der weltweite Imperialismus ist der Hauptfeind der Arbeiterklasse und aller Völker. Seine arrogante Herrschaft beruht nicht nur auf Überausbeutung von Millionen von Arbeitern in allen Ländern und auf allen Kontinenten, sondern auch auf dem Raubbau an allen natürlichen Ressourcen und somit der Zerstörung der Natur über den ganzen Erdball hinweg und der Eroberung von Gebieten, Regionen und ganzen Ländern im Rahmen der Errichtung der eigenen Dominanz. Diese macht sich vor allem im harten Ringen um Gebiete von hoher ökonomischer, politischer und strategischer Relevanz bemerkbar, wobei der Kampf um Märkte und deren Ausbeutung das treibende Kraftmoment darstellen. Dieser imperialistische Hegemonialanspruch verstärkt sich noch durch rigorosen Kapitalexport und das permanente Agieren von ökonomischen und

militärischen Machtzirkeln, die eine Neuaufteilung der Welt anstreben. Der Imperialismus wird durch militärische Macht errichtet und gesichert, sei es durch Eroberungszüge und Raubkriege, den Einsatz von Besatzungstruppen und die Einsetzung von Marionettenregierungen in den abhängigen Staaten. Der Imperialismus verteidigt seine Positionen mit einer reaktionären Ideologie, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen verfolgt wird, als ginge es darum, in rückständigen Ländern Entwicklung und Zivilisation voranzutreiben. Dies soll ihren Ausdruck finden in der Verteidigung unternehmerischer Freiheit, in barrierefreiem internationalem Handelsaustausch und der Freiheit des Individuums, wobei hier auch der pure Idealismus, metaphysische Positionen und der sogenannte Postmodernismus zelebriert werden.

Der früher existierende Wettbewerb zwischen den Unternehmern und Bankern ist heute durch die stete Bildung von Monopolen innerhalb des kapitalistischen Systems auf ein Mindestmaß geschrumpft. Es gibt ihn nur noch zwischen den

verschiedenen imperialistischen Ländern auf der Ebene der monopolistischen Akteure, die untereinander in gegenseitiger Konkurrenz stehen. All diese Widersprüche liegen in der systemimmanenten Tendenz zur Akkumulation und Konzentration von Kapital begründet, die eben die Bildung von Monopolen und das Entstehen einer Finanzoligarchie begünstigt. Diese Widersprüche finden des Weiteren ihren Ausdruck im verbissenen Wettbewerb um die Aneignung aller Quellen von Humanressourcen und Rohstoffen. Jede Konfrontation im Bestreben um Märkte und Einflussphären zeigt alle widersprüchlichen Aspekte innerhalb des imperialistischen Sektors auf, die in Abhängigkeit von den jeweiligen unterschiedlich ausgeprägten systemischen und lokalen Rahmenbedingungen sich jederzeit verschärfen und offene Zusammenstöße zwischen verschiedenen Akteuren auslösen können. Weltweit haben sie sogar schon innerimperialistische bewaffnete Konflikte ausgelöst.

Der Kapitalismus des freien Wettbewerbs hat alle nationalen Grenzen durchbrochen und zur Bildung von Monopolen geführt. Die agierenden Monopolisten haben sich zugleich der daraus heranreifenden imperialistisch geprägten Staaten bemächtigt. Nach der Lehre Lenins weist der Imperialismus fünf fundamentale Merkmale auf:

1. „Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, daß sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben die entscheidende Rolle spielen;
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer Finanzoligarchie auf der Basis dieses „Finanzkapitals“;
3. der Kapitalexport, zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung;
4. es bilden sich internationale monopolistische Kapitalistenverbände, die die Welt unter sich teilen, und
5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte

ist beendet.“ (LW, Bd. 22, S.270-271)

Die Entwicklung sämtlicher Produktionsmittel und überhaupt aller produktiven Kräfte als Ergebnis der wissenschaftlichen und technischen Revolution, alle erdenklichen Erfindungen und Entdeckungen, die heutigen Ausmaße der Kommunikation, der Biotechnologie, der Informationstechnologie und der Automatisierung haben auf dem ganzen Planeten den imperialistischen Ländern und Monopolen riesige Krakenarme verliehen. Diese Phänomene lassen sich mit dem einen griffigen Wort „Globalisierung“ zusammenfassen.

Die ideologischen Wortführer des Imperialismus rühmen die Globalisierung als eine fortgeschrittenere Entwicklungsphase des imperialistisch-kapitalistischen Systems, in dem die von den Monopolen forcierten und von Herrschaft und Ausbeutung determinierten Beziehungsstrukturen angeblich mit der Zeit verschwinden würden und durch eine Interdependenz von miteinander verbundenen Völkern und Nationen ersetzt würden. Die globale Expansion des Monopolkapitals mit ihren Instrumenten des Kapitalexports, direkter Investitionen und der Kreditvergabe nach räuberischen Kriterien, die den Monopolisten einen ungeheuren Vermögenszuwachs ermöglicht, bedingt letztendlich die Rekrutierung von Millionen von Arbeitskräften in den beteiligten Unternehmen, die in zahlreichen Ländern auf allen Kontinenten angesiedelt sind, in denen die menschliche Arbeitskraft billig verfügbar ist.

In allen Ländern wächst die Arbeiterklasse wie nie zuvor. Die Aneignung des von den Werktätigen geschaffenen Reichtums ist heute die Hauptquelle des entstandenen Mehrwerts und somit die Basis des kapitalistisch-imperialistischen Akkumulations- und Konzentrationsprozesses. Die Arbeiterklasse ist wie ehemals auch in dieser Zeit von fundamentaler Bedeutung. Ihre körperliche und geistige Arbeit erzeugt den vom Mehrwert getragenen materiellen Wohlstand, der dann von einer überschaubaren Anzahl multinationaler Konzerne und imperialistischer Staaten angeeignet wird.

Um den von Millionen von Arbeitern in allen möglichen Ländern produzierten Reichtum an sich zu

reißen, hat das kapitalistisch-imperialistische System seine ökonomische und politische Herrschaft durchgesetzt, die jeweils herrschende Klasse eines jeden betroffenen Landes den eigenen Interessen dienstbar gemacht und so eine Allianz zwischen Regierungen und Monopolisten etabliert. Die imperialistische Herrschaft über die abhängigen Staaten beruht sowohl auf der Unterwerfung als auch der Unterstützung der dortigen reaktionären Kreise mittels Nötigung, Erpressung und Drohungen, der Schaffung von Übereinkünften und Verpflichtungserklärungen, die die örtlichen führenden Kasten zwar zu Partnern der Monopolisten erheben, aber auch zu Dienern machen.

Bei objektiver Betrachtung erscheinen die führenden Klassen der abhängigen Nationen nur als politische, ideologische, militärische und polizeiliche Handlanger der imperialistischen Herrschaft.

Die schuftende Arbeiterklasse, Frauen und Jugendliche und überhaupt die Völker der unterworfenen Länder sind die Opfer der Ausbeutung durch das Monopolkapital in der Gestalt von Unternehmern, Bankern und der lokalen Bourgeoisie. Diese verhindern das Abstreifen der durch Ausbeutung und Unterdrückung entstandenen Ketten, sie verfestigen die Plünderung der natürlichen Ressourcen und die Versklavung und Knechtung ihrer Nationen. Die Arbeiter aber sehnen sich nach ihrer Emanzipation und nehmen den Kampf für ihre Befreiung auf. Das Banner des Freiheitskampfes der Arbeiter und Völker in den abhängigen Staaten steht im scharfen Gegensatz zum Herrschaftsanspruch des imperialistischen Großkapitals und der Klasse der ihm ergebenen einheimischen Kapitalisten. Die Hauptziele der sozialen Revolution des Proletariats sind soziale und nationale Befreiung, die Sprengung der durch die Lohnsklaverei auferlegten Ketten, die Entfesselung aller produktiven Kräfte in ihren Ländern sowie ein Ende der Abhängigkeit. Diese hoch gesteckten Ziele sind Teil eines einzigen Programms und einer Organisation. Keines dieser Ziele gespalten erreicht werden. Um den Imperialismus zu besiegen, ist es unerlässlich, die herrschenden Klassen zu bekämpfen und zu stürzen. Um soziale Emanzipation zu erreichen, ist es notwendig, die Macht des Großbürgertums zu brechen und die Ketten der Unterwerfung zu brechen.

In den entwickelten kapitalistischen Ländern werden die Fesseln der Abhängigkeit ebenfalls von einheimischen Monopolisten einerseits und den imperialistischen Vormächten andererseits geschlungen. Die Arbeiterklasse und das Volk werden von den jeweiligen nationalen Kapitaleignern und internationalen Monopolisten unterdrückt und ausgebeutet. Der Kampf für die soziale Revolution des Proletariats sorgt für die Konfrontation der Arbeiterklasse in diesen Ländern mit den Vertretern der einheimischen und internationalen Bourgeoisie, also den Repräsentanten des Imperialismus.

Die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern wird ebenfalls von den Kapitalisten und den imperialistischen Monopolinhabern ausgebeutet und unterdrückt, auch wenn sie ihrerseits zu einem geringeren Teil zu den Nutznießern der Quellen des Reichtums gerechnet werden können, die durch die Schaffenskraft von Abermillionen Arbeitern auf diesem Planeten ins Werk gesetzt werden. Die proletarische Revolution aber drängt auch in den imperialistischen Ländern zum Kampf gegen die großen Profiteure himmelschreiender Ungerechtigkeit. Die Arbeiter und Kommunisten kämpfen für die Freiheit, für den Sozialismus und gegen die imperialistischen Monopole, unter deren Ausbeutung und Repression sie leiden. Zugleich wollen sie die Tyrannei der selben Monopolisten in den unterworfenen Ländern zerschlagen. Die organisierten Kampfformen der Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern müssen mit dem Ringen der Klasse der Werktätigen in den abhängigen Ländern zusammen gehen und sich zu einem einzigen großen Kampf vereinigen, der auch das Streben der Völker nach ihrer nationalen Befreiung beflügelt. In unserer heutigen Zeit wird einzig der Sturz der kapitalistischen Klasse und eine endgültige Zerschlagung der imperialistischen Dominanz jedem Land und jeder Region am Ende die soziale Befreiung und die Abschaffung der Lohnsklaverei bringen.

In seinen „Grundlagen des Leninismus“ stellt Stalin richtigerweise fest:

*„Der Leninismus hat den Beweis erbracht, und der imperialistische Krieg und die Revolution in Rußland haben bestätigt, dass die nationale Frage nur*

*im Zusammenhang mit der proletarischen Revolution und auf dem Boden der proletarischen Revolution gelöst werden kann, dass der Weg zum Siege der Revolution im Westen über das revolutionäre Bündnis mit der Befreiungsbewegung der Kolonien und der abhängigen Länder gegen den Imperialismus führt. Die nationale Frage ist ein Teil der allgemeinen Frage der proletarischen Revolution, ein Teil der Frage der Diktatur des Proletariats.“*  
(Stalin Werke, Bd. 6, S. 76)

Das imperialistisch-kapitalistische System ist der Todfeind des Proletariats und aller Völker der Welt. Die proletarische Revolution steht dem Imperialismus in allen Ländern gegenüber.

Die Monopole und die imperialistischen Länder machen gemeinsame Sache, um sich die Weltherrschaft zu sichern, um das kapitalistische System zu verteidigen, für den Erhalt einer internationalen Ordnung, die ihnen eine sichere Position gestattet, aus der heraus sie den Wettstreit um die Hegemonie aufnehmen können, um den von den Arbeitern millionenfach geschaffenen Reichtum an sich zu reißen, um die natürlichen Ressourcen und Rohstoffe der Erde zu verwenden und um Märkte und Einflussphären zu erobern. Diese von widersprüchlichen Elementen getragenen Handlungsmuster erkennt man auf allen Gebieten, ob im Handelsverkehr, bei direkten Investitionen und der Kreditvergabe, ob in der Diplomatie oder in der Politik und im Rahmen militärischer Auseinandersetzungen, seien sie auch lokal begrenzt.

Das imperialistisch-kapitalistische System besteht zur Zeit aus international agierenden Monopolisten, multinationalen Konzernen sowie diversen imperialistischen Ländern. Die Vereinigten Staaten, die in ihrem Inneren die zunehmenden Symptome und Erscheinungen von Zerfall und Dekadenz nicht mehr verbergen können, bleiben trotz ihres unbestreitbaren Niedergangs auf absehbare Zeit die stärkste wirtschaftliche, politische und militärische Macht. China, der Welt zweitstärkste Wirtschaftsmacht und ein imperialistischer Gigant, kämpft um das Erreichen des ersten Ranges. Russland, das Vereinigte Königreich und Japan schwingen das Zepter über bestimmte Gebiete, kämpfen aber nicht nur um den Erhalt des Status Quo, sondern haben auch Ambitionen zu expan-

dieren. Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien und die Niederlande sind Teil der Europäischen Union, sie alle aber haben Expansionsgelüste und sind aktiv verwickelt in die Konkurrenz um Märkte und Einflussgebiete.

Die Monopole und die imperialistischen Länder entwickeln sich uneinheitlich, aber die Tendenz zu fortlaufenden und ansteigenden Akkumulationsprozessen und das Streben nach Hegemonie sind Bestandteile des gesetzmäßigen kapitalistischen Entwicklungsprozesses, dem diese Monopole und die imperialistischen Länder unterworfen sind. Diese Gesetzmäßigkeiten bestimmen die Interessen aller beteiligten Monopolgruppierungen und imperialistischen Staaten.

Die heutige Welt ist der Schauplatz eines mit harten Bandagen geführten Streits um die Fortführung und Erweiterung der Kapitalakkumulation unter den verschiedenen imperialistischen Staaten, und im Zusammenhang mit den dabei auftretenden Widersprüche gibt es zahlreichen Vereinbarungen und Bündnisse, wobei Gruppen von imperialistischen Ländern mit bestimmten Zielvorstellungen ihre eigenen hochentwickelten Strukturen mit denen bestimmter abhängiger Länder zusammenführen, um diesen Zielvorstellungen nachgehen zu können.

Militärbündnisse strotzen vor Kraft: die Signatarmächte des Nordatlantikpaktes, also die NATO unter der jahrzehntelangen Führung der US-Administration, die Unterzeichner des Südostasiapaktes SEATO, die ebenfalls unter dem Bann der amerikanischen Vorherrschaft stehen, und die Vertragsstaaten der Organisation für Gemeinsame Sicherheit, CSTO, unter der Ägide Russlands, das hier seinerseits eine Reihe ehemaliger Republiken der Sowjetunion versammelt hat. Diese drei Exponenten kriegerischer Bündnisse umfassen die imperialistischen Großmächte und ihre willfährigsten Verbündeten. Die imperialistischen Staaten sind in einem intensiven Rüstungswettlauf involviert, der sich auf nahezu alle anderen Staaten ausgedehnt hat, die ihre derzeit laufenden, aber noch örtlich begrenzten Konflikte mit Waffengewalt zu beenden hoffen. Aber die auf diese Weise angefachten Konflikte beschwören nur die Gefahr eines viel

größeren generalisierten Krieges herauf, an dem aber nun einmal Waffenhändler und Waffenhersteller sehr gut verdienen.

Auf den Feldern von Handel und Wirtschaft verschärfen sich die Interessenkonflikte unter den imperialistischen Großmächten sowie gegenüber anderen imperialistisch orientierten Ländern im täglichen Rhythmus. Wenn es um die Wahrung der Interessen von Monopolen und der imperialistischen Staaten geht, verblassen die Losungen von der Freiheit des Handels und von offenen Grenzen zum Wohle aller zu hohlen Phrasen. Die Welthandelsorganisation WTO, nach offizieller Darstellung ein Vorreiter und Bewahrer der Globalisierung und des freien Handels, beschränkt sich nur noch auf eine Reihe von Abkommen, deren vertragliche Verpflichtungen nur noch in den abhängigen Ländern wortgetreu zu erfüllen sind. Die USA und China haben im Zuge ihres Handelskrieges längst wieder Zoll- und Handelsschranken errichtet. Handelsvereinbarungen und Freihandelsabkommen sind nicht mehr als die Aufteilung von Märkten und Einflusszonen unter den imperialistischen Staaten, in der Hauptsache die USA, die EU, China und Russland. Der in jüngster Zeit ausgebrochene Handelskrieg zwischen den USA und China beinhaltet die Auflegung von Handelszöllen auf die Produkte des jeweils anderen Landes. Bei diesen orchestrierten Manövern stehen unzählige Milliarden Dollar auf dem Spiel, die dann wiederum in einer Kampagne aus Maßnahmen und Gegenmaßnahmen versenkt werden. Die Biden-Administration scheint die wahre Größenordnung dieser Konflikte nicht zu verkennen. Dieser chinesisch-amerikanische Handelskrieg hat Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Handelsbeziehungen einer ganzen Reihe von abhängigen Staaten, die dem Treiben der Monopolisten unterworfen sind. Die Trump-Administration ihrerseits hat diesen Handelskrieg sogar auf die Länder der EU und Kanada ausgedehnt.

Die Aggressions- und Raubkriege, die die Natur des Imperialismus zum Ausdruck bringen, sind gewissermaßen eine Konstante, um den Zugang zu natürlichen Ressourcen zu sichern, eigene Einflussphären zu errichten und zu vergrößern sowie eigene Positionen zu verteidigen, die durch die Einmischung anderer Mächte gefährdet sind. Die

USA greifen regelmäßig zum Mittel der militärischen Intervention unter dem Banner von Freiheit und Demokratie, so geschehen in Libyen und Syrien. Derweil bedrohen sie den Iran, Palästina und Nordkorea. Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die EU sind ebenfalls klar erkennbar in die Konflikte in den genannten und auch noch in weiteren Ländern verwickelt, um die USA zu unterstützen, aber auch um eigene Interessen zu verfolgen. Frankreich interveniert politisch, ökonomisch und militärisch in seinen ehemaligen Kolonien in Afrika. Russland ist aktiv engagiert in Syrien und Libyen, um eigene wirtschaftliche Interessen zu verteidigen und um die militärische Einkreisung durch die USA zu sprengen. In gleicher Weise verfährt Russland in den zentralasiatischen Ländern, die der CSTO angeschlossen sind. Japan befindet sich auf einem gefährlichen Weg der Wiederaufrüstung und seine Legislative ebnet mit entsprechenden Gesetzesvorhaben den Weg für militärische Interventionen außerhalb des japanischen Territoriums. Bis jetzt hat China noch keinerlei militärische Interventionen lanciert, ist aber die drittstärkste globale Militärmacht und rüstet kontinuierlich auf. Es verfügt über die größte Armee aller Zeiten. In allen Ländern, die Bühne der Militärinterventionen der imperialistischen Mächte sind, werden die dort ansässigen Menschen als Soldaten missbraucht, um Rivalitäten imperialistischer Mächte untereinander auszufechten.

Der harte Konkurrenzkampf unter den Monopolen und den imperialistischen Staaten ist eine objektive Tatsache. Er ist voll wirksam und kann sich weiter verschärfen bis zu einem neuen Weltkrieg. Nichtsdestotrotz ändert diese Konfrontation nichts am Wesen des Imperialismus, der durch stetige Akkumulation und Konzentration von wirtschaftlichem Reichtum die großen Monopole und imperialistischen Mächte entstehen lässt, die ihrerseits das Resultat der Ausbeutung der Arbeitskraft von Abermillionen Menschen sind, die über den ganzen Planeten verstreut für imperialistische Konzerne erwerbstätig sind. All dieser Reichtum ist das Produkt des Mehrwerts, der geschaffen wurde durch die Arbeiterklasse in den imperialistischen Ländern, durch die Werktätigen in den entwickelten kapitalistischen Ländern sowie durch die Arbeiter und Völker in den abhängigen Staaten.

Die zyklisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen, die seit jeher ein fester Bestandteil des Kapitalismus sind, konstituieren ein weiteres Szenario für eine Zuspitzung der inneren Widersprüche im imperialistischen Lager, deren unvermeidliche Konsequenzen in den Reihen der monopolistischen Bourgeoisie den Entschluss heranreifen lassen wird, die aus diesen Krisen resultierenden schweren Lasten zur Gänze auf den Schultern der Arbeiter auf dem ganzen Erdball abzuladen.

Durch alle Zeiten hindurch stehen die imperialistischen Mächte im ständigen Ringen mit den Arbeitern und Völkern, die in ihren Schlachten für die Freiheit das Joch von Kapital und Imperialismus abzuschütteln suchen. Die Imperialisten versprechen den Freiheitskämpfern Unterstützung beim Kampf für Unabhängigkeit und nachfolgende Entwicklung, sie bieten wirtschaftliche Hilfe, Kredite, technische Hilfsmaßnahmen, Waffen und militärische Berater und unter bestimmten Bedingungen sogar eigene Truppen. In Wirklichkeit wollen nur herrschende Mächte andere Herrscher ablösen. Die innerimperialistischen Konflikte entfalten sich in fernen Territorien weitab von den eigenen Grenzen, ganz gleich in welcher Region oder auf welchem Kontinent.

Die Völker und Nationen haben im Rahmen der sogenannten „Hilfe“ durch die imperialistischen Länder nur die bittersten Erfahrungen gesammelt. Aber heute und erst recht morgen werden die Arbeiter, die Jugend und die Frauen die Hauptkräfte des Kampfes um die Unabhängigkeit ihrer Völker sein. Sollte aber die Leitungsfunktion in diesen Kampfprozessen in den Händen von Teilen der Bourgeoisie, eventuell mit Teilhabe von Elementen des Kleinbürgertums, liegen, dann würde selbst ein siegreicher Kampf nur den Austausch einer Besatzungsmacht durch eine andere bewirken. Dies war immer ein historisches Perpetuum Mobile. Man kann aber niemals auf diese Weise wahre Unabhängigkeit, Souveränität und die Befreiung von den Ketten kapitalistischer Ausbeutung erlangen. Für einen wahren Wandel und für einen siegreichen Ausgang des Kampfes um nationale Souveränität und soziale Befreiung ist es unerlässlich, dass die Leitung dieser Kampfprozesse in den Händen der Arbeiter und des Volkes selbst liegt und dass

die Partei der Arbeiterklasse an der Spitze steht.

Die Hoffnungen für weitere Entwicklung und Fortschritt der Völker aus den politisch unabhängigen Staaten können keine Erfüllung finden bei Fortbestand des Abhängigkeitsstatus gegenüber einer imperialistischen Macht. Um diese Ziele zu erreichen, müssen sie auf ihre eigene Stärke und die internationale Solidarität der Arbeiter und Völker anderer Weltregionen bauen. Die Geschichte hat gezeigt, dass all die vorgeblich wohlmeinenden Paten sich nur des Reichtums ihres Partnerlandes bemächtigen wollen und dort nur ihr Kapital insoweit investieren wollen, um den größtmöglichen Profit daraus zu ziehen. Die Völker müssen sich widersetzen und die Strategie widerlegen, dass Entwicklung nur durch ausländische Investitionen zu verwirklichen ist.

Enver Hoxha stellt in seinem Werk „Imperialismus und die Revolution“ fest:

*„Die marxistisch-leninistische Klassenanalyse und die Tatsachen zeigen, dass die Existenz von Widersprüchen und von Rissen zwischen den imperialistischen Mächten und Gruppierungen die Widersprüche zwischen der Arbeit und dem Kapital in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern oder die Widersprüche zwischen den unterdrückten Völkern und ihren imperialistischen Unterdrückern keineswegs beseitigt und auch nicht ins zweite Glied rückt. Gerade die Widersprüche zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen den unterdrückten Völkern und dem Imperialismus, zwischen dem Sozialismus und dem Kapitalismus sind die tiefsten, sind ständig, unversöhnlich. Folglich hat die Ausnutzung der zwischenimperialistischen Widersprüche oder der Widersprüche zwischen den kapitalistischen und revisionistischen Staaten nur dann einen Sinn, wenn sie zur Schaffung von möglichst günstigen Bedingungen für die machtvolle Entfaltung der revolutionären und Befreiungsbewegung gegen die Bourgeoisie, den Imperialismus und die Reaktion dient. Die Ausnutzung dieser Widersprüche muss daher erfolgen, ohne im Proletariat und bei den Völkern Illusionen über den Imperialismus und die Bourgeoisie zu wecken.“*

Gegenwärtig kursieren Gedanken darüber, dass China und Russland zwar imperialistische Mächte seien, sie aber dennoch einen Bremsklotz bilden

könnten gegen die Ambitionen der USA und der EU und sie deswegen als eine stille Reserve zu betrachten seien im Unabhängigkeitskampf und um die Kriegsgefahr zu bannen. Merkwürdigerweise werden solche Auffassungen gerade von Repräsentanten der revisionistischen Parteien und kleinbürgerlichen linksextremen Formationen vertreten, aber auch von Persönlichkeiten aus den Reihen der nationalen Intelligenz, die sich hier ganz als Patrioten präsentieren.

Einige Länder Afrikas und des Mittleren Ostens sind durch Inanspruchnahme von Investitionen und Krediten in eine Abhängigkeitsfalle geraten, namentlich unter den militärischen Schutzschirm der Russen und Chinesen. Sie sind nunmehr in den Klauen eines neuen Kolonialismus gefangen.

Die Parteien und Bewegungen in Lateinamerika, die den „ Sozialismus des 21. Jahrhunderts „ propagieren, von denen einige an der Macht sind oder waren, gehen hier viel weiter. Sie haben unter dem Deckmantel des entschlossenen Widerstands gegen die Repressionen und dunklen Absichten der Imperialisten aus den USA und der EU enge ökonomische, diplomatische, politische und militärische Bande zu China und Russland geknüpft. De facto sind China und Russland zu den neuen imperialistischen Herren dieser Länder avanciert. Ecuador, um ein Beispiel zu nennen, hat mittlerweile gegenüber China eine Auslandsverschuldung angehäuft, die über 60% der Gesamtverschuldung des Landes gegenüber ausländischen Gebern ausmacht. Es sind drückende Kredite mit hohen Zinszahlungen (ungefähr 10%) und kurzen Laufzeiten. In Venezuela finden bedeutende Investitionen chinesischen und russischen Kapitals statt, um damit hohe Profite in der Erdölgewinnung, in der Stahlerzeugung und Platinförderung sowie im zivilen Bausektor zu generieren. Venezuelas Unabhängigkeit wurde an China und Russland veräußert. Die gesamte Erdölproduktion Ecuadors ist heute in Beschlag genommen, um aus den Erlösen die Staatsverschuldung gegenüber China zu tilgen, während die USA und die EU dort weiterhin ihre Expansionspolitik betreiben und den Abhängigkeitsgrad ihnen gegenüber immer weiter durch Investitionen, Kredite und Handelsbeziehungen auf ungleicher Ebene intensivieren.

Weder sind China und Russland und noch viel weniger die USA und die imperialistischen Länder der EU verlässliche Freunde der Menschen dieser abhängigen Staaten, noch sind sie auf irgendeine Weise an einer unabhängigen Entwicklung und am Fortschritt dieser Länder interessiert. Ihr Hauptaugenmerk richtet sich auf die Extraktion des durch die Arbeiterklasse geschaffenen Mehrwerts und den Raubbau an den natürlichen Ressourcen vor Ort.

Die Konkurrenz zwischen den USA und der EU auf der einen Seite, und China und Russland auf der anderen über Lateinamerika, Afrika, den Mittleren Osten und Südostasien hinweg wird mit äußerster Verbissenheit geführt, sei es durch die Unterzeichnung von Handelsabkommen, durch direkte Investitionen, Kredite und Handelstransaktionen. Es handelt sich um einen permanenten Versuch der Neuaufteilung der Welt. In manchen Staaten, so in Syrien, Libyen und Jemen, wird dieser Kampf in offener bewaffneter Form geführt. Militärische Interventionen zeichnen für derzeit noch örtlich begrenzte Kriege verantwortlich.

Die Auffassung, es gebe „gute“ Imperialisten, die als Freunde der Völker aufträten und dem Yankee-Expansionismus wirksam begegnen könnten, entspringt lediglich naiven Illusionen. Im Falle opportunistischer politischer Kräfte sind sie sogar ein Ausdruck des bewussten Verlangens, einen Patron durch einen anderen zu ersetzen.

Die Tatsache, dass bislang noch keinerlei bewaffnete Intervention von Seiten Chinas zu verzeichnen gewesen ist, bedeutet nicht, dass wir es hier etwa mit einem völlig anders gearteten Imperialismus zu tun hätten, der zu gänzlich neuen Methoden greifen würde und mit dem man zu einer Verständigung gelangen könnte. Wie schon Lenin bemerkte, ist in Wirklichkeit der Imperialismus die Hauptquelle der Kriegsgefahr gegen die Arbeiter und Völker. Dieser Grundsatz ist unverändert gültig. Der Imperialismus erhebt sein mörderisches Haupt, wenn reaktionäre Gewaltanwendung notwendig wird, um Expansionswünsche zu realisieren und um eigene Interessen und Privilegien zu verteidigen. Wir werden eher früher als später Invasionen chinesischer Truppen in andere Länder erleben. Dieser

Fakt widerlegt die Rolle des chinesischen Imperialismus als Freund der Menschen oder als ein Faktor im Prozess des nationalen Befreiungskampfes.

Wir proletarischen Revolutionäre müssen uns im klaren sein, dass es notwendig und möglich ist, innerimperialistische Konflikte und Widersprüche zu unserem Vorteil auszunutzen, um den Völkern die Freiheit zu bringen.

Die Differenzen unter den Feinden der Revolution und des Sozialismus können sich von Zeit zu Zeit und unter bestimmten Bedingungen verschärfen und in offenen Antagonismus ausarten. Sie können Konflikte und Kriege heraufbeschwören, die von den proletarischen Revolutionären ausgenutzt werden müssen, um im Kampf für soziale und nationale Befreiung voran zu schreiten. Die Dramaturgie des Ersten Weltkriegs, in welchen alle imperialistischen Hauptmächte verwickelt waren, hat objektiv den organisierten Kampf der Arbeiterklasse begünstigt und seine weitere Entwicklung beschleunigt.

Die Geschichte verweist auf eine ganze Reihe von Erfahrungen, wie Kommunisten mit einer richtigen Einstellung diese innerimperialistischen Widersprüche für ihren Kampf verwerten konnten. Die russischen Kommunisten unter der Führung Lenins organisierten und lenkten die erste proletarische Revolution, die Oktoberrevolution, zum Sieg. Im gesamten Verlauf ihrer Führungstätigkeit gaben sie uns wertvolle Lehren über die Handhabung einer solchen Aufgabe. Wir zitieren ein sehr bekanntes Beispiel. Lenin und eine Gruppe von Kommunisten aus dem europäischen Exil unternahmen die Reise nach Russland in einem Zug, der von der deutschen Regierung bereitgestellt wurde. Diese deutsche Regierung stellte diese Transportmöglichkeit den russischen Kommunisten deshalb zur Verfügung, damit diese die seinerzeit amtierende russische Regierung soweit destabilisieren würden, dass man Russland aus der Allianz mit Großbritannien und Frankreich herauslösen könnte. Lenin vollendete die Reise nach Moskau und führte mit seiner Arbeit die Revolution zum Sieg. Es ist allgemein bekannt, dass Lenin sich niemals dazu herabließ, der deutschen Regierung ein Lob auszusprechen. Ganz im Gegenteil verurteilte er

die deutschen Amtsträger und bezeichnete sie als die erklärten Feinde der Arbeiter in Deutschland, Russland und allen anderen am Ersten Weltkrieg beteiligten Ländern. Die Kommunisten bewährten sich unter den schwierigsten Verhältnissen, die man sich nur vorstellen kann. Sie zogen ihren Vorteil aus den gegensätzlichen Interessenlagen der kriegführenden imperialistischen Länder und verhalfen der Revolution zum Sieg. Als nach dem Triumph der Revolution die Entente unter Führung der imperialistischen Staaten direkt in den revolutionären Bürgerkrieg eingriff, wussten die Partei der Bolschewiki der daraus hervorgehenden Gefahr zu begegnen, indem sie in professioneller Manier den Kampf der Arbeiter und des Volkes, beide das Reservoir für die Rote Armee, leiteten und durch einen erfolgreichen Ausgang des Krieges die siegreiche Revolution festigen konnten.

Um die innerimperialistischen Konflikte und Widersprüche bestmöglich auszunutzen, bedarf es auf Seiten der marxistisch-leninistischen Kräfte einer eingehenden Analyse der konkreten Kampfsituation, der Bestandsaufnahme des Kräfteverhältnisses und einer Vorstellung über die unmittelbaren und mittelfristigen Ziele des revolutionären Prozesses. Ausgehend von den vorliegenden Umständen und ihrer Bewertung muss die kleinste Spaltung in den Reihen der Allianz der Feinde erkannt und umgehend ausgenutzt werden, um selbst voranschreiten zu können. In keiner Weise sollten wir aber abhängig sein von der „Hilfe“ einer imperialistischen Macht, um eine andere zu bekämpfen. In unserer Zeit ist es unangebracht, Loblieder auf China und Russland zu singen, um damit den Kampf gegen die Tyrannei und Aggression der USA und der EU aufnehmen zu wollen. In Venezuela manifestiert sich die chinesische „Unterstützung“, in der Plünderung der natürlichen Ressourcen und in der Eintreibung hoher Zinssätze für einen wachsenden Schuldenberg. Faktisch werden hier die Fesseln der Abhängigkeit vom US-Imperialismus nur durch andere Fesseln ersetzt, diesmal eben durch Anbindung an China und Russland. Die Vorgänge in Venezuela haben nichts zu tun mit der Ausnutzung innerimperialistischer Widersprüche zugunsten der Unabhängigkeit und der fortschrittlichen Entwicklung des Landes und noch viel weniger zum Wohle der Arbeiter und der Massen in Venezuela. Es ist eine

Politik, die objektiv nur zur Ersetzung der Yankees durch die Chinesen führt.

Stalin stellt in seinen „Grundlagen des Leninismus“ fest, dass es direkte und indirekte Reserven der Revolution gibt:

*„Reserven der Revolution gibt es... indirekte: a) die Gegensätze und Konflikte zwischen den nichtproletarischen Klassen des eigenen Landes, die vom Proletariat ausgenutzt werden können, um den Gegner zu schwächen und die eigenen Reserven zu stärken; b) die Gegensätze, Konflikte und Kriege (z. B. der imperialistische Krieg) zwischen den dem proletarischen Staat feindlichen bürgerlichen Staaten, die vom Proletariat ausgenutzt werden können bei seiner Offensive oder beim Manövrieren im Falle eines erzwungenen Rückzugs.“ (Stalin Werke, Bd. 6, S. 83)*

Können und sollten wir proletarischen Revolutionäre im Zuge der Steuerung einer Revolution uns auf Kompromisse mit den Feinden der Arbeiterklasse einlassen?

Es ist in den oftmals komplexen und verworrenen Situationen des revolutionären Kampfes unvermeidlich, mit Akteuren aus dem Lager der Klassenfeinde zumindest temporäre Übereinkommen und Kompromisse zu schließen. Trotzdem muss man sich über die Art der Abkommen vollkommen im klaren sein und die Umstände berücksichtigen, die sie möglich machen.

Man kann Pakte schließen, um vorwärts zu kommen oder um Hindernisse wenigstens teilweise aus dem Weg zu räumen. Man geht mitunter Bündnisse mit Kräften aus den Reihen der Sozialdemokratie ein, um Vertreter rechtsgerichteter und reaktionärer Strömungen bekämpfen zu können. Unter solchen Bedingungen wird sich jede entschlossene und tatkräftige Initiative zugunsten der Führung revolutionärer Kräfte aus dem Volk auswirken, die an solchen Übereinkünften teilhaben. Derlei Abkommen durchlaufen zwei Stadien: Der Prozess und die Ergebnisse. Wenn wir proletarischen Revolutionäre schnell und entschlossen handeln, kommen wir voran. Wenn wir uns den Sozialdemokraten unterordnen, werden die Sozialdemokraten am längeren Hebel sitzen. Im Rahmen solcher Ab-

kommen steht nicht von vorne herein fest, wer am Ende wen besiegt und welche Kräfte die besseren Resultate haben werden.

Die Vereinigte Revolutionäre Front, die notwendig ist für die siegreiche Entwicklung der sozialen und nationalen Revolution in den abhängigen Ländern, ist ein konkreter Ausdruck der Politik von Abkommen und Kompromissen. Die Kommunistische Partei muss sich neben der Arbeiterklasse auch um andere soziale und politische Kräfte bemühen, um diese in eine gemeinsame Kampffront zu integrieren. Das gilt selbst für einzelne Sektoren innerhalb der kapitalistischen Klasse, die durchaus mit dem Proletariat eine gemeinsame Plattform finden können, um sich in geschlossener Formation gegen die imperialistischen Kräfte und ihre Politik zu wehren. Die Grundlage solcher Abkommen wird definiert vom Programm der Revolution. Wie auch immer verlangt die Führung einer solchen Front eine klare Strategie von Einheit und Kampf sowie die Bereitschaft und Praxis der Partei, die Hegemonie zu erobern und zu bewahren, weil ohne diese Voraussetzungen selbst ein Sieg der kämpfenden Front nicht die Revolution und den Sozialismus vollenden wird.

Die Frage der Hegemonie ist der Dreh- und Angelpunkt bei der Bewertung der Führung des revolutionären Prozesses durch das Proletariat. Aber diese Hegemonie entsteht nicht per Dekret, sie entsteht auch nicht aufgrund gemeinsamer Verpflichtungserklärungen. Sie kommt zustande durch die Arbeit der Kommunistischen Partei in ihrem Bemühen, die revolutionären Kräfte zu stärken. Sie entsteht durch Klugheit und Fähigkeit, die die Entwicklung einer Strategie von Einheit und Kampf auch gegen die anderen teilnehmenden Kräfte innerhalb der Vereinigten Revolutionären Front in Gang setzen. Die Organisation einer Revolution kann in ihrem ganzen Verlauf die Notwendigkeit, wenn nicht die Unerlässlichkeit gewisser Übereinkommen und Kompromisse mit dem Klassenfeind erfordern. Es sind besondere Momente, in welchen das Proletariat manche Zugeständnisse machen muss, um den revolutionären Prozess abzusichern, um schwere Rückschläge oder gar die totale Niederlage zu vermeiden. Die Oktoberrevolution vermag uns anhand einiger Beispiele Aufschluss darüber zu ge-

ben, unter welchen Voraussetzungen unsere Partei derartige Abkommen im Falle der Notwendigkeit eingehen könnte. So konnte seinerzeit durch die Unterschrift unter den Vertrag von Brest-Litowsk, der der Beteiligung Russlands am Ersten Weltkrieg ein Ende setzte, das Fortbestehen der Revolution und die Einleitung der vorbereitenden Maßnahmen für den bevorstehenden revolutionären Bürgerkrieg gesichert werden, auch wenn man fürs Erste Gebietsverluste hinzunehmen hatte. Ohne jeden Zweifel war dieser Vertrag von überwältigender Bedeutung für das Überleben und die weitere Entwicklung des ersten sozialistischen Staates. Er war Teil einer richtigen Strategie von Übereinkommen und Kompromissen.

Lenin schreibt in seinem Werk „Über Kompromisse“:

*„Sollte ein Befürworter der proletarischen Revolution mit Kapitalisten oder mit der Kapitalistenklasse an sich Kompromisse schließen? Es wäre in der Tat offensichtlich dumm, diese allgemeine Frage mit Nein zu beantworten. Selbstverständlich kann ein Befürworter der proletarischen Revolution mit Kapitalisten Abkommen oder Kompromisse schließen.“*

*Es hängt nur davon ab, welche Arten von Abkommen geschlossen werden und unter welchen Umständen. Allein auf dieser gedanklichen Basis muss man den genauen Unterschied ergründen zwischen einem aus dem Blickwinkel der proletarischen Revolution legitimen Abkommen und einer aus dem gleichen Blickwinkel betrachteten treulosen hochverraeterischen Absprache.“*

Die Abkommen und Kompromisse, die von den proletarischen Revolutionären vertreten werden können, sind Bestandteil einer richtigen Strategie des Ausnutzens innerimperialistischer Widersprüche.

Abschließend betrachtet lässt sich sagen, dass innerimperialistische Widersprüche durchaus existieren, sie neigen zu weiterer Verschärfung, könnten aber auch schwächer werden. Die proletarischen Revolutionäre tragen die Verpflichtung, diese innerimperialistischen Widersprüche im Gedächtnis zu behalten als stille oder indirekte Reserven des revolutionären Prozesses, sie aber nicht als entscheidende Faktoren für den Verlauf und den Sieg der proletarischen Revolution zu verkennen.

## **MARXISTISCH-LENINISTISCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI ECUADORS (PCMLE)**

# FRANKREICH

## 150. Jahrestag der Pariser Kommune: Treten wir in die Fußstapfen der Kommunarden

**E**s ist 150 Jahre her, dass die Kommunarden, nach Marx' schönem Ausspruch, „den Himmel stürmten“. Und dieses Ereignis ist unauslöschlich in das Gedächtnis der internationalen Arbeiterbewegung eingeschrieben.

In seinem Buch „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ zog Marx die Lehren aus dieser ersten Erfahrung einer Revolution sozialistischen Charakters. Die wichtigste, wesentliche Lehre, die er daraus zog, ist: „Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eignen Zwecke in Bewegung setzen.“ Die Kommune war in der Lage, die alte staatliche Organisation zu zerstören und den Embryo einer neuen proletarischen Macht zu schaffen. Es ist diese Lehre, die durch die der russischen Revolution von 1905 und insbesondere die der Sowjets bereichert wurde, die es Lenin ermöglichte, sein Buch „Staat und Revolution“ zu schreiben und damit den Bolschewiki eine wertvolle Anleitung für den revolutionären Kampf zu geben. Zwei Misserfolge, der der Kommune in Frankreich, die sich nur wenige

Wochen halten konnte (vom 18. März bis zum 28. Mai), und der von 1905 in Russland, erlaubten es, dank der Analyse dieser beiden Erfahrungen vom Klassenstandpunkt aus, den Sieg der Oktoberrevolution 1917 zu sichern und den Kommunisten und Revolutionären der ganzen Welt eine Anleitung zu geben, die es ihnen ermöglichte, ihr Ziel zu erreichen: Die radikale Veränderung der gesamten gegenwärtigen Gesellschaftsordnung.

Deshalb sind die Lehren der Kommune auch heute noch aktuell, und deshalb dürfen unsere Parteien, die der Internationalen Konferenz der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, nicht vergessen, was sie den Kommunarden verdanken.

Das ist auch der Grund, warum wir uns nicht in den verschiedenen Demonstrationen wiederfinden werden, die die Reformisten und Revisionisten aller Couleur in Paris organisieren werden, um „die Kommune zu feiern“. Was werden diejenigen schon feiern können, die die Diktatur des Proleta-

riats aufgegeben haben, die Gewalt verabscheuen, vor allem aber die der Arbeiterklasse, und die nur davon träumen, die bestehende bürgerliche Staatsmaschine zu übernehmen?

Unsere Art, als Kommunisten diesen Jahrestag zu begehen, besteht darin, den Lehren der Kommune treu zu bleiben, uns weiterhin von ihr inspirieren zu lassen, um den revolutionären Kampf heute zu führen, wie es die jungen Kommunisten, die unsere Partei am 18. März 1979 gründeten und ihrem Gründungskongress den Namen „Pariser Commune“ gaben, tun wollten. Mit der Wahl des Datums 18. März, des Jahrestages der Machtergreifung der Kommunarden im Jahre 1871, wollte man nicht nur an einen glorreichen Moment in der Geschichte der Arbeiterbewegung unseres Landes erinnern, sondern vor allem den Wunsch zum Ausdruck bringen, sich zu verpflichten, in die Fußstapfen der Kommunarden zu treten; zu bekräftigen, dass die Partei für die Revolution und die Machtergreifung, für eine radikale Veränderung der Gesellschaft, durch und für die Arbeiterklasse und die Volksmassen geschaffen wird.

Das strategische Ziel unserer Partei, das in ihrem auf diesem Gründungskongress verabschiedeten Programm festgeschrieben ist, lautet: „Die Bourgeoisie zu stürzen, den bürgerlichen Staatsapparat zu zerstören, die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Sozialismus aufzubauen (...). Um dieses Ziel zu erreichen, müssen das Proletariat und die unterdrückten Massen, angeführt von der Partei, aufständische Gewalt anwenden.“ Diese Zeilen bekräftigen die Rolle der Arbeiterklasse und der arbeitenden Massen und bestimmen die Rolle der Partei: Es sind die Massen, die die Revolution machen, die kommunistische Partei ist nur ein Werkzeug, ein wesentliches Werkzeug sicherlich, ein Werkzeug, um den revolutionären Prozess zu leiten, um der Arbeiterklasse zu ermöglichen, sich in die richtige Richtung zu orientieren und zu gewinnen, indem sie ihr die Erfahrung der internationalen Arbeiterbewegung zurückgibt.

### **Den revolutionären Geist nähren**

Der revolutionäre Geist, der die kommunistische Organisation beseelt, muss „kultiviert“ werden,

vor allem durch die Stärkung der Kenntnisse des Marxismus-Leninismus, der Theorie der proletarischen Revolution, in unseren Reihen. Das Studium von Marx' Werk „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ ist unter diesem Gesichtspunkt ebenso unverzichtbar wie die Kenntnis anderer grundlegender Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin. Diese Kenntnis des Marxismus-Leninismus erlaubt es unseren Parteien, die konkrete Situation, in die sie eingreifen, zu analysieren und daraus ihre politische Linie, ihre Taktik auszuarbeiten, um einen konkreten Weg zur Vorbereitung der Bedingungen des revolutionären Bruchs mit dem System zu verfolgen.

Aber, wie wir wissen, kann eine gute Analyse und eine richtige, revolutionäre politische Linie nur in enger Verbindung mit den Kämpfen der Arbeiterklasse und der Volksmassen erarbeitet werden. Diese engen Verbindungen der Partei mit der Arbeiterklasse und den arbeitenden Massen sind wesentlich. Denn, wiederholen wir, es sind die Massen, die die Revolution machen. Es war das Pariser Volk, das sich massenhaft hinter die Nationalgarde gegen die Regierung Thiers stellte, die sie ent Waffen wollte; und wenn die Kommune, „eine Regierung des Volkes durch das Volk“ (nach den Worten von Marx), in der Lage war, in zwei Monaten beispiellose soziale Umwälzungen einzuleiten, dann deshalb, weil sie die Unterstützung der Massen der Arbeiter und der kleinen Leute von Paris hatte. Diese Unterstützung ging so weit, dass sie die Kommune mit Waffen verteidigten, indem sie Barrikaden errichteten, an denen sich Männer, Frauen und Kinder beteiligten, bis hin zur Bereitschaft, während der blutigen Woche für sie zu sterben.

Den revolutionären Geist in den Reihen unserer Parteien zu pflegen heißt, dafür zu sorgen, dass dieses Ziel, das der Revolution, nie aus den Augen zu verlieren, dass es immer im Blickfeld all unserer kämpferischen Tätigkeit bleibt.

Diesem Geist ist es zu verdanken, dass unsere Parteien durchgehalten haben, besonders in der Zeit der starken Dominanz des Revisionismus und Reformismus in den Reihen der Arbeiterklasse. Es ist auch ihren festen ideologischen Überzeugungen zu verdanken, dass sie den beispiellosen Angriffen der Bourgeoisie standhalten konnten, als diese Ende

der 1980er und Anfang der 1990er Jahre, nach dem Zusammenbruch der UdSSR und dem Fall der Berliner Mauer, das „Ende der Geschichte“ ausrief.

### **Die Verschärfung der Widersprüche des kapitalistisch-imperialistischen Systems**

Seitdem hat sich die Situation weiterentwickelt. In Frankreich hat die neoliberale Politik, die den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und alle Widersprüche der Gesellschaft verschärft hat, mächtige und wiederkehrende Wellen von Arbeitern auf die Straße gebracht. Seit den Mobilisierungen für die Rücknahme des El-Khomri-Gesetzes (oder Arbeitsgesetzes), im Jahr 2016, ist diese Konfrontation frontaler, gewalttätiger geworden. Und seit dieser Zeit war jedes Jahr in unserem Land von mächtigen Bewegungen des Arbeiter- und Volksprotests geprägt; von Lehrern bis zu Bahnarbeitern, von den Gelbwesten bis zu Pflegekräften, von Schülern und Studenten bis zu Rentnern, von EHPAD (Krankenheimeinrichtung für abhängige ältere Menschen) und Haushaltshilfen bis zu Fahrradzustellern, von Arbeitern ohne Papiere, von Menschen mit schlechten Wohnverhältnissen,... Millionen von Männern und Frauen und jungen Menschen sind marschiert und haben die neoliberalen Reformen und ihre katastrophalen Folgen für ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen angeprangert. Gleichzeitig mobilisiert der Protest gegen Rassismus und Polizeigewalt immer mehr junge, aber auch nicht mehr ganz so junge Menschen. Sie hat das Bewusstsein für das Wesen des Staates geschärft, eines Staates der Bosse, eines Polizeistaates, eines Staates der Waffenhändler, der eine Politik des Krieges betreibt.

Die Gesundheitskrise des Jahres 2020, die die latente Wirtschaftskrise verstärkt hat, hat den Übeln der kapitalistischen Gesellschaft einen Vergrößerungs-Spiegel vorgehalten; das Bewusstsein, dass es das wirtschaftliche, politische und soziale System ist, das dafür verantwortlich ist, ergreift immer mehr Menschen. Und dieses Bewusstsein ist das Gärungsmittel des revolutionären Geistes, das wir nähren müssen, damit es noch weiter fortschreitet und in Organisation umgesetzt wird.

Auf ihrem letzten Kongress (Januar 2020) hat unse-

re Partei in der Analyse dieser Realität als Grundlage ihrer gesamten Arbeit festgelegt:

*„das Bewusstsein für die Notwendigkeit und die Möglichkeit des revolutionären Bruchs mit dem imperialistischen kapitalistischen System wachsen zu lassen“ (1).*

Das bedeutet, bei unseren Mitgliedern den revolutionären Geist lebendig zu machen und zu entwickeln, den Geist zu unterstützen und zu ermutigen, der bereits in den Reihen der Arbeiterklasse und der Massen und vor allem in bestimmten Teilen der Jugend zum Ausdruck kommt.

Der revolutionäre Geist, der die Kommunarden vor 150 Jahren beseelte, muss heute durch eine offensive Tätigkeit umgesetzt werden, durch Initiativen, Mittel und Wege zu finden, um die Partei und ihr Programm, ihre Analysen und ihre Losungen in der Arbeiter- und Volksbewegung bekannt zu machen. Der revolutionäre Geist muss uns dazu drängen, mit jenem Teil der Jugend in Kontakt zu treten, der sich in den Kämpfen der letzten Jahre politisiert hat und der eine radikale Veränderung der Gesellschaft, eine Revolution anstrebt. Der revolutionäre Geist muss uns dazu führen, Initiativen zu ergreifen, die mit den tiefen Bestrebungen der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Einklang stehen, damit sie diese mit uns zum Ausdruck bringen können. Der revolutionäre Geist besteht heute auch darin, die internationalistischen Aufgaben gegenüber den vom französischen Imperialismus beherrschten Völkern, gegenüber den Völkern der französischen Kolonien in die Hand zu nehmen, in der Arbeiterklasse und der Jugend unseres Landes das Bewusstsein für die Notwendigkeit wachsen zu lassen, den Kampf für den revolutionären Bruch im eigenen Land mit dem der Völker der Kolonien und Neokolonien zu verbinden, um sich von der Herrschaft des französischen Imperialismus zu befreien.

### **Den internationalistischen Charakter der Kommune lebendig machen**

In den massiven Mobilisierungen, die sich in mehreren Ländern (in Lateinamerika, in Asien, in Afrika) entwickeln, sehen wir den Willen zu einer tiefgreifenden, radikalen Veränderung wachsen. Die

Jugend unserer imperialistischen Länder Europas ist sich dessen bewusst. Sie unterstützt die Bestrebungen dieser Völker, die mit den ihren übereinstimmen, und drückt ihre Solidarität mit ihnen aus. Wir erinnern uns, wie der revolutionäre Aufstand von 2011 in Tunesien ein Echo in unserem Volk und in der Jugend unseres Landes gefunden hat und das Wort Revolution wieder in das Vokabular der Kämpfe aufgenommen hat.

In „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ schrieb Marx:

*„Wenn sonach die Kommune die wahre Vertreterin aller gesunden Elemente der französischen Gesellschaft war, und daher die wahrhaft nationale Regierung, so war sie gleichzeitig, als eine Arbeiterregierung, als der kühne Vorkämpfer der Befreiung der Arbeit, im vollen Sinn des Worts international. Unter den Augen der preußischen Armee, die zwei französische Provinzen an Deutschland annexiert hatte, annexierte die Kommune die Arbeiter der ganzen Welt an Frankreich.“*

Den internationalistischen Charakter der Kommune muss man nicht mehr nachweisen, nicht

nur, weil sie in ihren führenden Gremien Kämpfer verschiedener Nationalitäten (polnisch, ungarisch, russisch, italienisch, ...) integrierte, sondern weil sich, wie Marx betont, alle Ausgebeuteten und Unterdrückten der Welt in ihr erkennen konnten.

So schrieb Marx, der sich zu dieser Zeit als Flüchtling in England aufhielt, aber in engem Kontakt mit den führenden Mitgliedern der Ersten Internationale stand, die in die Kommune gewählt worden waren (Eugène Varlin, Zéphirin Camélinat, Benoît Malon, Léo Fränkel), Dutzende von Briefen an die verschiedenen Sektionen der Internationale in aller Welt, um die Pariser Kommune bekannt zu machen, auf die Bedeutung der Ereignisse in der Hauptstadt hinzuweisen und um ihre Unterstützung zu bitten. Heute, wo in mehreren Ländern, in denen Mitgliedsparteien der Konferenz aktiv sind, revolutionäre Prozesse im Gange sind, halten wir es für einen integralen Bestandteil unserer Aufgaben als Revolutionäre und Kommunisten, diese Prozesse und die Arbeit der Schwesterparteien bekannt zu machen. So versteht unsere Partei die Praxis des proletarischen Internationalismus, wie Marx sie uns vorgelebt hat.

## **KOMMUNISTISCHE ARBEITERPARTEI FRANKREICHS**

# ITALIEN

## Ein Jahr der pandemischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise in Italien - eine katastrophale Pandemie mit klaren Verantwortlichkeiten

Das letzte Jahr war das dunkelste in Italien seit dem Zweiten Weltkrieg. Nie zuvor wurde unser Land von einer wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Krise solchen Ausmaßes getroffen. Das Zusammentreffen von Pandemie und Rezession hatte verheerende Auswirkungen auf die Arbeiter und das Volk.

Italien war das erste westliche Land, das im Januar 2020 von der Covid-19-Pandemie betroffen war. Die „erste Welle“ war durch einen raschen Anstieg der Fallzahlen gekennzeichnet, der in wenigen Wochen die Möglichkeiten der Kontaktnachverfolgung und Isolierung im Epizentrum der Epidemie (den nördlichen Regionen des Landes) überforderte.

Es wurde daher zu einer Katastrophe in Bezug auf Krankenhausaufenthalte und Todesfälle, insbesondere in Altenpflegeheimen. In dieser Phase kam praktisch keine Hilfe von der EU.

Ab Oktober 2020 gab es eine „zweite Welle“, die durch einen exponentiellen Anstieg der positiven

Fälle gekennzeichnet war, was zu Schwierigkeiten bei der regionalen Reaktionsfähigkeit führte. Die Suche nach Kontaktpersonen erlosch. Die Sterblichkeit war höher als bei der ersten Welle und es kam zu einer schnellen Überlastung der Krankenhaus- und Pflegedienste.

Jetzt - März 2021 - befinden wir uns in der „dritten Welle“. Bis heute beträgt die offizielle Zahl der Covid-19-Fälle in unserem Land mehr als 3,6 Millionen (weitgehend unterschätzt) mit mehr als 109.000 Todesfällen, darunter Hunderte von Arbeitern, insbesondere im Gesundheitswesen.

Zu dieser Zahl müssen wir weitere Zehntausende von Todesfällen aufgrund von Krankheiten hinzufügen, die in der Situation des Gesundheitsnotstands nicht behandelbar waren.

Italien hat eine der höchsten COVID-Sterblichkeitsraten der Welt. Die Ursachen für dieses hohe Niveau der Auswirkungen der Pandemie in unserem Land, die zu einer humanitären Krise führten,

sind unterschiedlich: jahrzehntelange Kürzungen der öffentlichen Gesundheitsausgaben; daher die Erschöpfung des Krankenhaussystems, das sich bereits in einem prekären Zustand befindet, und der Mangel an Gesundheitspersonal; das Massaker an alten Menschen in den „Pflegeheimen“, in die infizierte Menschen geschickt wurden; das Fehlen eines aktuellen Pandemieplans und einer rationalen Strategie; ein chaotisches, unangemessenes und oberflächliches Management seitens der Regierung; die Priorität, um jeden Preis weiter für den Profit zu produzieren; das soziale Verhalten von Teilen der Bevölkerung, die im Namen des Individualismus erzogen wurden, mit schlechter sozialer Disziplin.

Was die Impfstoffe betrifft, so wurde die Häufung von Verzögerungen bei der Auslieferung, die unzureichende Menge, um eine gute Impfquote zu gewährleisten, und die schlechte Qualität und Wirksamkeit einiger von ihnen zu einem internationalen Skandal. „Fehler“, sagen die Massenmedien. „Bürgerliche Verbrechen“, sagen die Kommunisten. Seit dem Bekanntwerden des ersten Covid-19-Falles hat sich im Gesundheitswesen nichts Grundlegendes geändert, weder in Bezug auf die Anzahl des Gesundheitspersonals noch in Bezug auf die Krankenhaus- und Pflegeeinrichtungen. Selbst nach der Entdeckung von Mutationen des Virus, die sich schneller ausbreiten und wahrscheinlich gefährlicher sind, hat die herrschende Klasse keine Bereitschaft gezeigt, den Nationalen Gesundheitsdienst zu erweitern oder ihn ganz öffentlich zu machen (zu verstaatlichen).

Die korrupten Führer der Gewerkschaftsbürokratien haben ihrerseits Verträge unterzeichnet, die die private Gesundheitsversorgung stärken.

Der „Lockdown“ ist nur für die Volksmassen hart. Die Börsen spekulieren ungehindert weiter. Die großen Unternehmen produzieren weiter für die Profite. Sektoren wie Pharmazeutika, Kommunikationsmonopole, private Gesundheitsdienste, Großvertriebe usw. sind gewachsen.

Auf der politischen Ebene ist der Gesundheitsnotstand zu einer Waffe der Bourgeoisie geworden, um Arbeiterrechte und Freiheiten zu unterdrü-

cken, soziale Errungenschaften zu demontieren, arbeiterfeindliche Maßnahmen einzuführen und die Gesellschaft zu militarisieren.

### **Eine wirtschaftliche Katastrophe**

In diesem Zusammenhang wurde die wirtschaftliche Situation immer ernster. Vor der Pandemie befand sich die italienische Wirtschaft in einer Phase der Stagnation. Im Jahr 2020 fiel das italienische BIP um etwa 9 %. Die Rezession war tiefer als in den Jahren 2008-9, trotz der geldpolitischen Stimulierungsmaßnahmen.

Im Laufe des Jahres 2020 verloren etwa 500.000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz, insbesondere Frauen, junge Menschen und Wanderarbeiter. Viele Arbeiter wurden entlassen und fristen ein kümmerliches Dasein. Die kleine Abfindung für die Arbeiter trifft mit monatelanger Verspätung ein.

Die offizielle Arbeitslosenquote in Italien beträgt 10,5 %; bei den Jugendlichen (15-25 Jahre) liegt sie bei 33 % (dreimal so hoch wie der EU-Durchschnitt). Die Abwanderung junger, oft hochqualifizierter Arbeitskräfte geht unaufhaltsam weiter.

Für Menschen, die arbeiten, haben sich die Arbeitsbedingungen immer mehr verschlechtert. Die Ausbeutung nimmt mit alten und neuen Mitteln und Techniken zu. Viele Arbeiter befinden sich in einer schrecklichen Zwickmühle: entweder arbeiten oder gesund bleiben.

Frauen haben schwer für die Folgen des Lockdowns bezahlt: zu Haus eingesperrt, Erhöhung der Arbeitsbelastung und Gewalttaten.

Ein Jahr der kapitalistischen Krise, beschleunigt durch die Pandemie, hat Millionen von Arbeitern in Arbeitslosigkeit, Prekarität und Armut gestürzt. Gleichzeitig hat eine Minderheit von Großkapitalisten ihre Profite und Einkommen gesteigert, indem sie von staatlicher und EU-Unterstützung, Krediten, Spekulationen, Steuerbefreiungen usw. profitiert haben. Die Bosse sind an allen Fronten in der Offensive. Sie wollen die Tarifverträge nutzen, um Löhne und Rechte zu kürzen, um Elend, Unsicherheit und Ausbeutung zu erhöhen; sie wol-

len freie Hand für Entlassungen und fordern das gesamte „Konjunkturprogramm“, Milliarden von Euro.

Nicht zuletzt schuf die Krise die Grundlage für die Vervielfachung der Staatsverschuldung, die 2021 mit 158,5% des BIP einen neuen Nachkriegsrekord erreichte. Das Land bewegt sich auf den finanziellen Bankrott zu und das führt zu mehr Überwachung und Kontrolle durch die EU-Kommission-EZB-IMF.

### **Eine politische Krise, die von der Oligarchie gesteuert wird**

In diesem Szenario agierte während der ersten und zweiten Welle der Pandemie die Regierung Conte „2“, die von der populistischen 5-Sterne-Bewegung, der liberal-reformistischen Demokratischen Partei und einer kleinen sozialdemokratischen Partei (LEU) unterstützt wurde. Diese Regierung hatte eine kleine parlamentarische Mehrheit.

Diese Regierung handelte durch ständige Notstandsdekrete, setzte Verfassungsrechte außer Kraft und marginalisierte die Rolle des bürgerlichen Parlaments. Seit dem 31. Januar 2020 befindet sich Italien in einem permanenten „Ausnahmestand“.

Die politische Linie der Regierung und die von ihr beschlossenen Maßnahmen sind weitgehend von den Interessen der großen Verbände der Bosse beeinflusst und an ihnen ausgerichtet, die die Produktion und Zirkulation von nicht lebensnotwendigen Gütern nicht stoppen wollen.

In der „zweiten Welle“ der Pandemie verabschiedete die Regierung im Oktober schrittweise Maßnahmen mit wenig Erfolg, bevor sie am 3. November, als die Infektion bereits sehr hoch war, ein neues Paket von Restriktionen vorstellte.

Die Regierung Conte 2 verabschiedete mehrere Dekrete mit einem Maßnahmenpaket zur Unterstützung des Kapitals, wie z.B. Liquidität, Zuschüsse, Kredite, Steuerbefreiungen usw., das sich auf insgesamt 750 Milliarden Euro (fast die Hälfte des BIP) belief. Der Großteil ging an das Großkapital und ein wenig an die kleinen Kapitalisten.

Angesichts der Straßenproteste des Kleinbürgertums und einiger Sektoren der Arbeiterschaft gegen die Auswirkungen der Maßnahmen, wie die Ausgangssperre und die Schließung von Geschäften ohne wirtschaftliche Hilfe, stand die Regierung unter Druck, die wirtschaftlichen Auswirkungen auf ein Minimum zu beschränken und die Folgen der Ausgangssperre zu mildern, indem sie einigen Sektoren half.

Diese Politik der „halben Maßnahmen“ zugunsten einiger Sektoren der Mittelklasse irritierte die Großbourgeoisie.

Die politische Auseinandersetzung zwischen den verschiedenen bürgerlichen Fraktionen führte dazu, dass die europäischen Gelder des „Sanierungsplans“ (209 Mrd. € für Italien) genutzt wurden. Verschiedene Sektoren, vor allem die Großindustriellen, bemühten sich, den größten Teil dieser Mittel zu ergattern. Ein weiteres Problem waren die Maßnahmen zum Abbau der Staatsschulden, ohne den großen Reichtum anzutasten.

Im Januar 2021 trieb die Schwere der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krise die herrschenden Kreise in eine politische Krise, um Conti durch Draghi (ehemaliger Präsident der EZB, ehemaliger Vizepräsident von Goldman Sachs, Mitglied der Trilateralen Kommission und der Bilderberg-Gruppe) zu ersetzen und dieser Persönlichkeit eine größere parlamentarische Mehrheit zur Unterstützung der neuen Regierung zu geben.

Die Bildung der Draghi-Regierung konfrontiert die Arbeiterklasse und die Volksmassen mit einer konzentrierteren, furchterregenderen und zynischeren Exekutivmacht. Sie hat eine große Mehrheit in einem delegitimierten Parlament, aber breite Schichten der Bevölkerung haben kein Vertrauen in diese Regierung des Großkapitals.

Alle politischen Parteien der herrschenden Klasse sind geschwächt, einschließlich der Populisten und der Sozialdemokraten, unfähig, irgendeine progressive oder reformistische Aufgabe zu erfüllen. Die Maßnahmen, die Draghis reaktionäre Regierung ergreifen wird, werden Misstrauen wecken und Proteste hervorrufen. Die Bourgeoisie wird

größere Schwierigkeiten haben, große Teile der arbeitenden Massen in der Stadt und auf dem Land politisch an sich zu binden.

### **Perspektiven des Klassenkampfes**

Die Pandemie und die wirtschaftliche und soziale Krise haben alle Probleme und Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft deutlich gemacht und verschärft: die Schäden, die der jahrzehntelange Liberalismus im Gesundheitswesen angerichtet hat, die beispiellosen sozialen Ungleichheiten (in Italien besitzen die 3% Reichen 34% des Reichtums), die chronischen Mängel des italienischen kapitalistischen Systems, die kritikwürdigen Zustände und Schwachstellen der Wirtschaft, die Korruptions- und Bankrottspolitik der herrschenden Klasse usw.

In dieser Situation entwickeln sich zwei Phänomene:

**1)** Das Niveau der sozialen Unzufriedenheit ist sehr hoch unter den Arbeitern, der Jugend und weiten Teilen des Kleinbürgertums. Das könnte mit massiven Demonstrationen auf den Straßen explodieren;

**2)** Ein wachsendes Misstrauen in die bürgerlichen Institutionen, in die Regierung, in das Justizsystem, in die alten und neuen bürgerlichen politischen Parteien.

Die auf dieser Grundlage wachsende Unzufriedenheit spielt eine sehr wichtige Rolle bei der Vorbereitung der subjektiven Bedingungen für den Sturz des Kapitalismus durch die sozialistische Revolution. Es fehlt natürlich noch der wichtigste subjektive Faktor: die Organisation der Arbeiterklasse in einer unabhängigen und revolutionären Partei.

Doch die Pandemie hat viele Illusionen zerstört und die Bourgeoisie hat ihre Unfähigkeit offenbart, die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben. In der nächsten Periode wird keine gesellschaftliche Klasse in der Lage sein, wie in den alten Tagen weiterzuleben. Die „neue Normalität“ wird für die große Mehrheit der Arbeiter, Frauen und jungen

Menschen schlimmer sein als die „alte Normalität“. Bis jetzt verhindern die Risiken der Pandemie, die Repressionen der Regierung und die Politik der reformistischen und gewerkschaftlichen Führung eine große Mobilisierung der ArbeiterInnen. Dennoch bereitet die Situation eine Eskalation des Klassenkonflikts vor.

Die Frage „Wer muss für die Krise und die Schulden zahlen?“ wird sich erneut und schärfer stellen. In diesem Szenario arbeiten wir daran, die Unzufriedenheit in eine politische Opposition gegen die Regierung umzuwandeln, in den Fabriken, an den Arbeitsplätzen, in den Schulen, auf den Straßen, mit der Einheit der Aktion für die vitalen und dringenden Interessen des Proletariats.

Um Einfluss auf Sektoren der fortgeschrittenen Arbeiter zu gewinnen, verbreiten wir unsere Parolen:

**Nein zu Entlassungen!**

**Arbeit und Lohn, Würde und Rechte, Gesundheit und Sicherheit an den Arbeitsplätzen!**

**Nieder mit der Regierung der Finanzoligarchie!**

**Die Krise und die Schulden müssen von den Bossen, den Bankern und den Reichen bezahlt werden!**

**Einheit und Kampf für den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei!**

Die Situation eröffnet Möglichkeiten für die Kommunisten, die die Notwendigkeit des revolutionären Auswegs aus der Krise des imperialistisch-kapitalistischen Systems, des revolutionären Übergangs zum Sozialismus fordern, um Ausbeutung und Wirtschaftskrisen abzuschaffen, die Pandemien zu verhindern und zu bewältigen und die Wirtschaft im Gleichgewicht mit der Natur zu entwickeln.

Deshalb ist der Kampf um die Einheit der Kommunisten in einer einheitlichen marxistisch-leninistischen Organisation die Aufgabe, die die Situation auf die Tagesordnung setzt und die wir lösen müssen.

# NORWEGEN

## Energie und Elektrifizierung – Schlüssel zum Erfolg des Sozialismus

*„Ohne Elektrifizierungsplan können wir nicht übergehen zum wirklichen Aufbau“*

Das sagte Lenin in seinem Bericht über die Arbeit des Rates der Volkskommissare vom 22. Dezember 1920 (S.512, LW, Bd. 31).

*„Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.“ (ebenda, S.513),*

sagte Lenin, bevor er mit den Worten:

*„Wir müssen es dahin bringen, daß jede Fabrik, jedes Kraftwerk zu einer Stätte der Aufklärung wird, und wenn Rußland sich mit einem dichten Netz von elektrischen Kraftwerken und mächtigen technischen Anlagen bedeckt haben wird, dann wird unser kommunistischer Wirtschaftsaufbau zum Vorbild für das kommende sozialistische Europa und Asien werden.“ (ebenda, S.515),*

endete.

Fast genau ein Jahrhundert später ist die Bedeutung dieser Worte eindrücklicher und umfassender, als selbst Lenin ahnen konnte. Es wäre töricht von uns Kommunisten, ihre Bedeutung zu vernachlässigen, da der Imperialismus vielen Nationen ihre Energie und ihr Potenzial für elektrische Energie raubt.

Elektrifizierung und effizientere Energienutzung stehen heute weltweit ganz oben auf der politischen Agenda. Energie und ihre Kontrolle sind für die fortgeschrittene kapitalistische Produktion ebenso wie für den Sozialismus eine Notwendigkeit. Das Stromnetz ist in der heutigen kapitalistischen Welt längst zu einer grundlegenden Infrastruktur geworden, auch wenn weite Teile der südlichen Hemisphäre noch buchstäblich im Dunkeln gelassen werden. Jetzt wird dem globalen Süden gesagt, er solle seine natürlichen Vorteile wie Kohle, Öl oder Wasserkraft nicht nutzen, um seine eigene Elektrifizierung und Industrialisierung zu beschleunigen. Stattdessen müssen sie „dem Klima zuliebe“ weiterhin kostbare und knappe Mineralien wie Kassiterit, Coltan und Kupfer fördern und an die High-

tech-Auto- und Siliziummonopole abgeben. Oder sie verschwenden die elektrische Energie, die sie möglicherweise haben, für das „Mining“ von Kryptowährungen als neuen spekulativen Zweig des Finanzkapitals.

Doch selbst auf der industrialisierten Nordhalbkugel hinken Stromerzeugung und Netzkapazität in fast allen Bereichen hinter der stark steigenden Stromnachfrage zurück; von modernen Industrieanlagen über Elektrofahrzeuge, Haushalte bis hin zu Kryptowährungen.

### **Die Täuschung der Grünen Agenda**

Mit der Behauptung, dass Klimaveränderungen die alleinige Verantwortung der Menschheit und des kohlenstoffbasierten Kraftstoffs sind, hat die imperialistische Welt den US-amerikanischen „Green New Deal“ und den europäischen „Green Deal“ vorgeschlagen. Dies wird als die wunderbare und gleichzeitige Lösung der Klimakrise und der schlimmen Wirtschaftskrise befürwortet.

Politisch ist es ein verdeckter Angriff auf die Arbeiter und das Volk sowie auf imperialistische Rivalen wie China.

Der westliche Imperialismus sieht seine Grüne Agenda als Chance, insbesondere im Hinblick auf den chinesischen und russischen Imperialismus wirtschaftlich und politisch einen Vorsprung zu gewinnen. Die Europäische Union plant, Zölle auf importierte Produkte zu erheben, die nicht ausreichend „grün“ sind. Andererseits ist bekannt, dass die EU von riesigen Einfuhren von russischem (und teilweise norwegischem) Gas abhängig ist, um ihre Industrie am Laufen zu halten. Einige „grüne“ Parteien unterstützen das Bürgertum, indem sie an das städtische Kleinbürgertum appellieren und dafür plädieren, dass Energie viel zu „billig“ ist. Für Sprit und Strom sollen die Bürgerinnen und Bürger noch mehr bezahlen. Wie immer beschuldigen sie die Menschen, nicht den Kapitalismus, für die Zerstörung des Planeten verantwortlich zu sein.

Der schrittweise Ausstieg aus deutschen und anderen Atom- und Kohlekraftwerken übt zusätzlichen Druck auf das EU-Projekt zur Vollendung

seiner „fünften Freiheit“ aus. Die Energieunion ist die jüngste Erweiterung des freien Waren-, Kapital-, Arbeitskräfte- und Dienstleistungsverkehrs (die vier „Kapitalfreiheiten“). Die Idee ist, einen freien Strom-, Gas- und Ölfluss innerhalb des Binnenmarktes und der Partnerländer sicherzustellen, wobei jedem Land verboten ist, seine eigene Industrie zu subventionieren oder einen Großteil seiner Energiekapazitäten und Ressourcen für den eigenen Bedarf zu reservieren. Dies betrifft insbesondere die Stromerzeugung. Das Gesamtpaket wurde fälschlicherweise als „grün“ bezeichnet, basierend auf einem Energiemix, bei dem Wind-, Solar- und Wasserkraft eine größere Rolle spielen. Im europäischen Netz dominiert jedoch Strom aus Atom-, Kohle- und Gaskraftwerken. Erneuerbare Energien machen in der EU nur etwa 20 Prozent des Energiebedarfs aus, auch wenn sie auf dem Vormarsch sind.

In einem verwobenen europäischen Netzwerk kann niemand sagen, ob die Elektronen einen „grünen“ oder einen „braunen“ Ursprung haben. Elektronen haben keine Farbe. Trotzdem wird Strom mit sogenannten „grünen Zertifikaten“ verkauft.

### **Gefahren und Möglichkeiten**

Welche Auswirkungen hat in unserem Kontext eine Energieunion, bei der die Regeln von der supranationalen Europäischen Union und ihrer Energieagentur ACER festgelegt und verwaltet werden? Die Folgen sind, dass die Länder Europas ihre Souveränität verlieren, wenn es darum geht, die Energieressourcen und Möglichkeiten, die ihnen die Natur bietet, frei auszubeuten und von ihnen zu profitieren. Manche Länder haben Kohlereserven, andere haben Öl, wieder andere sind mit Wasserkraft, viel Sonne oder sogar Wind gesegnet. Die europäischen Monopole wollen Zugang und Kontrolle über alles.

Gemäß ihrer Grünen Agenda fördern die Monopole stark Wasser- und Windkraft. Investorengruppen und Kommunen bauen im Ausland gigantische Windparks, oft mit Zuschüssen der Länder oder der EU. In Europa verfügt der Balkan über das wohl größte verbleibende Wasserkraftpotenzial Europas, auf das die EU ein Auge hat.

Im Gegensatz zur Wasserkraft ist Windenergie sehr instabil und kann nicht gespeichert werden. Um effektiv zu sein, braucht Windenergie daher zusätzlich „Regelenergie“ wie Kohle oder Wasserkraft. Ein weiteres Problem ist, dass Windenergie die Landschaft ruiniert und Vögel und Insekten massenhaft tötet. Mit anderen Worten, auf diese Weise wird das Klima „gerettet“, indem die Umwelt verwüstet und Arten getötet werden.

Wasserkraft war vor mehr als hundert Jahren die Wiege der Industrialisierung Norwegens, 70 Jahre bevor die Offshore-Öl- und Gasfelder erschlossen wurden. Entgegen der landläufigen Meinung wurde das moderne Norwegen auf Wasserkraft gebaut, nicht auf Öl. Es war billige und reichlich vorhandene Wasserkraft, die Investitionen in der Schwerindustrie in fernen Fjorden anzog.

Am wichtigsten ist, dass die Gründerväter des norwegischen Staates nach dem Bruch der Union mit Schweden im Jahr 1905 dafür sorgten, dass Investitionen in Wasserkraftwerke und Wasserfälle nach einer bestimmten Anzahl von Jahren als öffentliches Eigentum an den Staat zurückgegeben würden. Dies war zu einer Zeit, als unsere Bourgeoisie noch einige progressive Züge hatte, bevor sie imperialistisch wurde und begann, nationale Interessen im weltweiten Wettlauf um Monopolprofite zu verkaufen. Noch heute spielen Öl und Gas in der norwegischen Eigenproduktion praktisch keine Rolle, etwa 98 Prozent unserer Energie stammen aus erneuerbarer und sauberer Wasserkraft. Öl und Gas werden fast ausschließlich für den Export produziert, was enorme Einnahmen in Form von Grundrente einbringt. Aber wenn es um die Eigenproduktion und den Energieverbrauch geht, ist die Wasserkraft führend.

Die imperialistische Bourgeoisie verschiedener europäischer Länder verkauft eifrig Bodenschätze, die früher weder als Waren noch als kommerzielle Dienstleistungen galten. Neben Land und Wäldern steht auch Wasser auf der Agenda. Dies kann Wasser sein, wie es in Wasserfällen für Wasserkraft verwendet wird, oder es könnte Trinkwasser sein. Die Privatisierung von Trinkwasser ist in Ländern Lateinamerikas und anderswo bekannt, während der Widerstand der Bevölkerung die meisten ähn-

lichen Versuche in Europa verhindert oder rückgängig gemacht hat, wie in Slowenien und Städten wie London und Berlin. Aber dieser Kampf ist keineswegs ein für alle Mal beigelegt. Im Gegenteil, die EU hat ihre Richtlinie zur Wasserprivatisierung nur vorübergehend zurückgezogen.

### **Potenzial für antikapitalistischen Kampf**

Im Kampf um das Recht auf freien oder billigen Zugang zu Wasser und Strom (und natürlich auch zur Gesundheitsversorgung) für jeden Bürger liegt ein großes Potenzial für den Volkskampf und Widerstand gegen die Monopole und ihre bürgerlichen Regierungen. In Norwegen ist der Widerstand der Bevölkerung gegen den Ausverkauf von Wasserkraft und anderen Teilen unserer Infrastruktur (wie der Eisenbahn) erbittert und heftig.

Die Marxisten-Leninisten unterstützen diesen Kampf aktiv, nicht auf nationalistischer Basis in dem Sinne, dass wir unsere Energie nicht mit unseren Nachbarländern teilen wollen. Im Gegenteil, wir tun dies seit mehr als sechzig Jahren. Aber sie muss auf dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechts jeder Nation über der Verwendung der eigenen Ressourcen beruhen.

Es gibt eine wachsende Opposition unter den Völkern, sogar in größeren imperialistischen Staaten wie dem Vereinigten Königreich, eine Forderung, die den Interessen der kosmopolitischen imperialistischen Bourgeoisie entgegentritt. „Take back control“ („Hol die Kontrolle zurück“) ist ein guter und mobilisierender Slogan, ungeachtet der Tatsache, dass er von den Tories in Britannien für ihre spezifischen Ziele benutzt wurde. Die wichtige Frage ist, welche Kräfte, ob fortschrittlich oder chauvinistisch, in der Lage sind, eine solche Parole mit Inhalt und Kraft zu füllen.

Es ist zwingend erforderlich, dass Revolutionäre am Kampf um die nationale Souveränität teilnehmen und ihn beeinflussen, denn sonst würde das Feld für reaktionäre, chauvinistische und sogar faschistische Kräfte offenbleiben, die wie Aasgeier um die nationalen Gefühle der Menschen kreisen. Wir stellen uns daher der Vorstellung von Strom als Ware ebenso entgegen, wie der Behandlung von

Wasser als Ware oder kommerzieller „Dienstleistung“. Anders ausgedrückt akzeptieren wir nicht, dass solche Notwendigkeiten in den Bereich des Wertgesetzes fallen sollten. In Wirklichkeit sind solche Forderungen mit dem Kapitalismus vereinbar. In der sozialdemokratischen Nachkriegszeit in den nordischen „Wohlfahrtsstaaten“ war keiner von ihnen tatsächlich eine Ware. Strom- und Wasserdienstleistungen waren nicht Teil des kapitalistischen Marktes; sie waren Teil des Gesellschaftsvertrages zwischen dem Staat und seinen Bewohnern. Von Staat und Politik wurden Höchsttarife festgelegt, auch auf Wasser und Strom gab es lange Zeit keine indirekte Besteuerung (Mehrwertsteuer).

Unsere Forderung, Strom (und gegebenenfalls Wasser) dem kapitalistischen Markt zu entziehen, ist eine Forderung, die von der Bevölkerung unterstützt wird und ein noch größeres politisches Potenzial hat. Solche Forderungen stehen dem System nicht direkt gegenüber und sind als solche „reformistisch“. Sie verleiten jedoch dazu, den geheiligten „Markt“ und den Kapitalismus als solchen in Frage zu stellen.

### **Strategisch zwingend erforderlich**

Die vielleicht wichtigste Frage schließlich ist die Vorbereitung des Weges für die Revolution und den Übergang zum Sozialismus auf wirtschaftlichem Gebiet. Infrastruktur und Energie werden immer von erheblicher strategischer Bedeutung sein. Maximale nationale Kontrolle und Eigenverantwortung, auch in Form von Staatskapitalismus in diesen Bereichen, wären unter gegebenen Umständen als strategische Reserve für die revolutionäre Klasse und Kräfte von größter Bedeutung. Es würde den revolutionären Übergangsprozess zu einer sozialistischen Wirtschaft erheblich erleichtern.

Dieser kurze Abriss erlaubt es uns nicht, tief in dieses Thema und seine weitreichenden Auswirkungen auf viele Bereiche einzutauchen. Was wir betonen möchten, ist, dass die Frage der maximalen nationalen Kontrolle über die Infrastruktur und die Ressourcen jedes Landes bei Ausbruch einer revolutionären Situation von strategischer Bedeutung ist. Ob diese Ressourcen in den Händen der (bürgerlichen) nationalen Institutionen liegen oder ob sie von ausländischen Monopolen oder supranationalen Staaten kontrolliert werden, könnte in manchen Ländern ein entscheidender Faktor für den Erfolg und das Überleben einer sozialistischen Revolution sein. Dies würde es den imperialistischen Mächten erschweren, lebenswichtige Infrastrukturen „abzuschalten“, und es könnte auch Versuche einer imperialistischen Intervention verzögern. Kurz gesagt, es würde ein postrevolutionäres Land weniger anfällig für Angriffe der Konterrevolution machen.

Wir müssen das Banner der nationalen Unabhängigkeit erheben. Die „nationalen“ Parolen der Bourgeoisie und der Faschisten sind selbst in imperialistischen Ländern hohl und falsch. Erinnern wir uns an das, was Stalin 1952 in seiner Rede auf dem 19. Parteitag der KPdSU(b) sagte:

*„Früher galt die Bourgeoisie als das Haupt der Nation. sie trat für die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation ein und stellte sie „über alles“. Jetzt ist vom „nationalen Prinzip“ auch nicht eine Spur geblieben. Jetzt verkauft die Bourgeoisie die Rechte und die Unabhängigkeit der Nation für Dollars. Das Banner der nationalen Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität ist über Bord geworfen. Ohne Zweifel werden Sie, die Vertreter der kommunistischen und demokratischen Parteien, dieses Banner erheben und vorantragen müssen, wenn Sie Patrioten Ihres Landes sein, wenn Sie die führende Kraft der Nation werden wollen. Es gibt sonst niemand, der es erheben könnte.“*

*(Stalin Werke, Bd. 15, S. 247)*

## **REVOLUSJON NORWEGEN**

# PAKISTAN

## Pakistans Arbeiterbewegung in der Vergangenheit und Gegenwart

Shaukat Ali Chaudhry, Generalsekretär

Der größte Teil der industriellen Entwicklung in Britisch-Indien vor 1947 fand in den Gebieten statt, die durch die Teilung 1947 Indiens zufielen. Zu den Gebieten, die Pakistan umfasste, gehörten neben Eisenbahnen und Werften auch ein lokales Kraftwerk, einige Zucker- und Zementfabriken sowie Textilfabriken.

Zur Zeit der Teilung bestand Pakistan aus zwei Teilen, von denen der eine Westpakistan und der andere Ostpakistan hieß. Die Entfernung zwischen den beiden Teilen betrug eintausend Kilometer, und alle Verbindungswege zwischen den beiden Teilen führten durch Indien. Sowohl Ost- als auch Westpakistan waren industriell rückständig, und in beiden Teilen des Landes waren große landwirtschaftliche Flächen in der Hand von Feudalherren. Ein großer Teil des Landes stand unter dem Einfluss von Stammeshäuptlingen, wo große Armut und Rückständigkeit herrschten.

Westpakistan war aufgrund seiner geografischen Lage von besonderer Bedeutung. Die Entdeckung

von Öl im Nahen Osten steigerte die Bedeutung der Region erheblich, da Pakistan dieses nach Japan und in andere Länder des Fernen Ostens lieferte. Für die Ölhandelsmonopole war es notwendig, ihren Einfluss in der Region zu vergrößern, um ihre Versorgung aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus gab es eine Landverbindung zwischen Pakistan und dem aufstrebenden sozialistischen China und von hier aus war der Zugang zur Sowjetunion sehr einfach.

Das Land, das 1947 entstand, hatte fast keine industrielle Infrastruktur, aber das „Land der fünf Flüsse“ genannte Gebiet hatte riesige landwirtschaftliche und fruchtbare Flächen. Diese gehörten den Feudalherren und Großgrundbesitzern, von denen die meisten zu Britisch-Indien gehörten. Sie waren Verteidiger der Herrschenden.

Von Anfang an konzentrierten sich die pakistanischen Machthaber auf die Stärkung ihrer politischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich, um ihre Handels-

Wirtschafts- und Verteidigungsangelegenheiten zu unterstützen, und bald nach 1953 war Pakistan vollständig dem Einfluss der USA.

Die Kommunistische Partei wurde 1954 in Pakistan verboten, und Hunderte von kommunistischen Führern, Gewerkschaftsführern und Aktivisten sowie Studentenführern wurden in beiden Teilen des Landes verhaftet. Die Verfassung wurde ausgesetzt, die verfassungsgebende Versammlung aufgelöst und im Mai 1954 wurde über einen Teil des Landes das Kriegsrecht verhängt.

Zur Zeit der Gründung war die Zahl der Industrien oder Unternehmen, die im Geltungsbereich von Pakistan lagen, nicht groß. Es gab insgesamt 209 registrierte Gewerkschaften im öffentlichen und privaten Sektor mit 393.137 Mitgliedern. Es gab den Eisenbahn-, Werft- und Textilsektor. Abgesehen von der Fluggesellschaft war die Führung der Postgewerkschaft, der Lehrgewerkschaft und anderer Unternehmen größtenteils in den Händen der Kommunisten. Sie waren auch bei den kommunistischen Studenten und Bauern sehr beliebt. Im Jahr 1953 streikten die Studenten in Karachi. Sie kämpften viele Tage lang. Hunderte von Studenten wurden bei dieser Studentenbewegung getötet und verletzt.

Die Arbeiter der Orient Airways, einer Fluggesellschaft, die nach der Formierung Pakistans gegründet wurde, streikten an denselben Tagen ebenfalls. Das war der erste Arbeiterstreik in Pakistan. Später musste Orient Airways, die die volle Kontrolle über BOAC [British Overseas Airways Corporation] hatte, diese aufgeben und eine nationale Fluggesellschaft gründen, damit die Einnahmen der Fluggesellschaft im Lande blieben. Die Arbeiter des Unternehmens unter der Führung von Genosse Tufail Abbas kämpften hart, und nach unzähligen Opfern gelang es ihnen 1955, die Pakistan International Airlines zu gründen. Die Airways Employees Union, die unter der Führung von Genosse Tufail Abbas gegründet wurde, spielte eine sehr wichtige Rolle bei der Organisation von Gewerkschaften, der Studentenbewegung und der Frauenbewegung in Pakistan. Darüber hinaus spielten auch die Pakistan Railways und Shipyard Unions eine bedeutende Rolle bei der Organisation der Arbeiterbewe-

gung und der Kommunistischen Partei unter der Führung von Sajjad Zaheer und Mirza Muhammad Ibrahim.

Pakistans Kommunisten gründeten eine bedeutende Widerstandsbewegung gegen den wachsenden Einfluss der USA in Pakistan und den Beitritt Pakistans zu den US-Verteidigungsabkommen.

Es ist wichtig, hier zu erwähnen, dass die sozialistische Revolution von 1917 in Russland schnell die Arbeiter, Bauern und Ausgebeuteten der Welt anzog und die Stimmen der Revolution aus allen Ländern zu hören waren. Dies war die Zeit, in der 1919 die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) gegründet wurde und die Industrienationen der Welt eine Schlüsselrolle bei deren Organisation spielten. Die ILO hatte seit ihrer Gründung den Plan gefasst, die Arbeiter daran zu hindern, einen revolutionären Kampf zu führen, und alle ihre Programme basierten auf der Idee, dass Industrielle und Regierungen Arbeitsgesetze erlassen sollten, die die Arbeiter bis zu einem gewissen Grad zufrieden stellen würden. Es ging darum, ihre Rechte auf die Gründung von Gewerkschaften zu schützen und es den Industriellen, Regierungen und Arbeitern zu ermöglichen, ihre Arbeitskonflikte durch Dialog und Verständigung zu lösen. Zu diesem Zweck arbeitet die ILO seit 1919 bis heute unermüdlich und es wurden „Konventionen“ ausgearbeitet, die von den UNO-Mitgliedsländern ratifiziert wurden und zu deren Umsetzung sie verpflichtet sind.

Der All India Trade Union Congress (AITUC) begann seine Arbeit im Vereinigten Indien im Jahr 1920. Er war eine revolutionäre Arbeiterorganisation. Nach seiner Entstehung verabschiedete die indische Regierung den Indian Trade Union Act 1926 und den Trade Disputes Act 1929, in denen beschlossen wurde, dass die Probleme der Arbeiter durch den Dialog zwischen den beiden Parteien, den Arbeitern und den Arbeitgebern, friedlich gelöst werden sollten. Im Rahmen der ILO-Konventionen 87 und 98 wird den Arbeitern das Recht eingeräumt, Gewerkschaften zu organisieren und Tarifverhandlungen zu führen.

Unmittelbar nach der Gründung Pakistans unterstützte die ILO die Rechte der pakistanischen Ar-

beiter voll und ganz. Ob man es nun als Ironie oder etwas anderes betrachtet, sowohl die aufstrebenden Industriellen Pakistans als auch die pakistanische Bürokratie waren gegen die Gründung von Gewerkschaften. Die Regierung Pakistans gründete die Industrial Development Corporation (PIDC) für die industrielle Entwicklung des Landes.

Die Mehrheit der Bürokraten und Industriellen war nicht nur gegen die Bildung von Gewerkschaften, sondern begannen, die Einheit der Organisationen zu schwächen und die Gewerkschaften zu spalten. Wenn man die Situation in dieser Periode untersucht, erlaubten die Entlassung von Arbeiterführern und ihre täglichen Verhaftungen nie, dass die Situation friedlich blieb, und dies führte zu einer Radikalisierung der Arbeiterbewegung. Warum war das so?

Der Hauptgrund dafür war, dass der Einfluss der Kommunisten auf die pakistanischen Gewerkschaften von Tag zu Tag stärker wurde. Die Auswirkungen waren im ganzen Land zu spüren und die Gewerkschaften waren auch bei der Lösung der Probleme des Volkes aktiv. Es ist wichtig, hier zu erwähnen, dass die pakistanische Regierung nach der Gründung Pakistans die gleichen Arbeitsgesetze wie in Britisch-Indien eingeführt hat, und diese gelten, abgesehen von ein paar neuen, bis heute.

Die herrschende Klasse Pakistans ist seit der Gründung Pakistans Teil des US-Lagers, und die US-Entscheidungsträger haben pakistanisches Territorium ausgewählt, um die Sowjetunion und China einzukreisen. Wie war es unter diesen Umständen möglich, mit den US-Herrschern und ihren Verbündeten, den pakistanischen Herrschern, der von den Briten ausgebildeten Bürokratie und der mit US-Hilfe entstehenden Kapitalistenklasse die kommunistische Bewegung in dieser Region auf einer starken Basis zu organisieren?

Vor der Gründung Pakistans waren die beiden größten Gewerkschaftsverbände in Indien der All India Trade Union Congress (AITUC), der unter der Kontrolle der Kommunisten stand, und die Indian Federation of Labour (IFL), die unter dem Einfluss der Reformisten stand. Nach der Gründung Pakistans wurden die Pakistan Trade Union

Federation (PTUF) und die All Pakistan Federation of Labour (APFOL) gegründet. Die PTUF stand unter dem Einfluss der Kommunisten und hatte seinen Haupteinfluss in großen Unternehmen wie der pakistanischen Eisenbahn, 30 weitere Unternehmens-Gewerkschaften waren ebenfalls angeschlossen. Der APFOL, die unter dem Einfluss der Reformisten stand, schlossen sich 49 weitere Gewerkschaften an. Die PTUF war international mit dem Weltgewerkschaftsbund verbunden und wurde von Kommunisten wie Mirza Muhammad Ibrahim, Faiz Ahmed Faiz und Fazal Allahi Qurban geführt. Als die Kommunistische Partei 1954 verboten wurde, wurde auch die PTUF verboten und seine Führung inhaftiert. Die PTUF wurde 1970 wiederbelebt.

Im Gegensatz dazu änderte die All Pakistan Federation of Labour ihren Namen in All Pakistan Confederation of Labour (APCOL). APCOL war international dem IGB (International Trade Union Confederation) angeschlossen und konkurrierte mit kommunistischen Gewerkschaften und Verbänden. Organisationen wie APCOL standen unter der Schirmherrschaft der Regierung, da international der IGB, die ILO und andere Organisationen Verbindungen zu den USA, Großbritannien und anderen antikommunistischen Organisationen und Ländern haben. Die Föderation hat eine bedeutende Rolle in der pakistanischen Arbeiterbewegung gespielt. Die Organisation firmiert derzeit unter dem Namen Pakistan Workers Federation und ist eine Partnerorganisation der ILO in Pakistan. Die Föderation ist eher daran interessiert, die Regierung in Fragen wie der Gesetzgebung und der Umsetzung von IAO-Übereinkommen zu beraten. Sie bleibt aktiv, hat aber nichts mit der Organisation der Arbeiter auf revolutionärer Basis zu tun.

Seit 1986 haben auch in Pakistan Nichtregierungsorganisationen (NRO) damit begonnen, die Arbeiter über das Arbeitsrecht aufzuklären und ihnen bei der Gründung von Gewerkschaften zu helfen. An Geldmitteln mangelt es ihnen nicht. Sie bezahlen Arbeiterführer für Auslandsreisen im Namen der Ausbildung. Sie führen Bildungs- und Ausbildungsprogramme für Arbeiter in 5-Sterne-Hotels durch und zahlen ihnen einen angemessenen Betrag unter dem Namen der Reisekosten. Diese

NGOs haben der fortschrittlichen Arbeiterbewegung in Pakistan viel Schaden zugefügt. Der größte Teil der Führung dieser NGOs liegt in den Händen von Leuten, die in verschiedenen Perioden von der progressiven Bewegung getrennt wurden und gegen die proletarische Revolution und die Herrschaft der Arbeiterklasse sind. Die meisten sind von der Ideologie Trotzki beeinflusst und glauben nicht an eine revolutionäre Organisation. Seit ihrer Gründung haben die Railway Workers Union, Airways Employees Union PIA, Karachi Shipyards and Port Trust eine wichtige Rolle bei der Organisation der fortschrittlichen Arbeiterbewegung in Pakistan gespielt. Die Airways Employees Union PIA war sowohl in West- als auch in Ostpakistan aktiv. In Pakistan bildeten sowohl Arbeiter als auch Studenten eine landesweite revolutionäre Organisation namens National Students Federation (NSF). Genosse Tufail Abbas begann seine Arbeit unter dem Namen „Karachi Coordinating Committee“, mit Hilfe der Airways Employees Union PIA. Später organisierte er eine Qaumi Mazdoor Mahaz (Nationale Arbeitsfront), eine revolutionäre Organisation. Trotz aller Razzien und Verhaftungen durch die Regierung startete das pakistanische Volk eine massive Protestbewegung gegen das Kriegsrecht, das dem Land in den letzten 10 Jahren auferlegt worden war, um das Kriegsrecht abzuschaffen. In der Bewegung gegen die Regierung von General Ayub Khan spielten alle namhaften Verbände und Gewerkschaften des Landes, einschließlich der Eisenbahnen, sowie die Studenten eine enorme revolutionäre Rolle. Es war das erste Mal in der Geschichte Pakistans, dass die Parolen des Sozialismus im ganzen Land erklangen.

Nach dem Abgang von General Ayub Khan von der Macht in Pakistan ging diese wieder an General Yahya Khan über, der zum ersten Mal in der Geschichte Pakistans die Durchführung von Wahlen ankündigte. Inzwischen sind zwei politische Parteien auf der Bildfläche erschienen. Die eine war die Pakistanische Volkspartei unter der Führung von Zulfikar Ali Bhutto und die andere war die Awami-Liga unter der Führung von Sheikh Mujibur Rahman. Beide Parteien traten mit einem fortschrittlicheren politischen Programm als die anderen politischen Parteien des Landes auf die politische Bühne. Sie hatten auch die Unterstützung einer großen Anzahl von Arbeitern.

1970 wurden im Land Wahlen abgehalten, bei denen Mujibur-Rahmans Awami-Liga in Ostpakistan und Zulfikar Ali Bhuttos Pakistanische Volkspartei in Westpakistan eine klare Mehrheit errangen. Es gab jedoch ungerechtfertigte Verzögerungen bei der Machtübergabe und viele andere internationale Faktoren, aufgrund derer Pakistan in zwei Teile geteilt wurde. Die Macht in Westpakistan wurde der PPP von Zulfikar Ali Bhutto übertragen. Die Macht in Ostpakistan ging an die Awami-Liga von Mujibur-Rahman, die die Trennung von Pakistan verkündete. Es entstand ein neues Land namens Bangladesch.

Zulfikar Ali Bhutto kam im Namen des Sozialismus an die Macht und er verstaatlichte den privaten Sektor.

Die Politik der Verstaatlichung durch staatliche Institutionen brachte keine positiven Ergebnisse, da die Regierung die Kontrolle über diese Institutionen an die Bürokratie statt an die Arbeiterkomitees übergab, was die Leistung dieser Institutionen stark beeinträchtigte. Die von der Regierung geförderten Führer des Arbeiterflügels vergaßen auch ihre klassenmäßige und politische Rolle und förderten die „Anarchie“, was sich sehr negativ auf die Arbeiterbewegung in Pakistan auswirkte. Das Bhutto-Regime war gegen die progressive und unabhängige Arbeiterführung. Alle solchen Arbeiterführer wurden aus allen Unternehmen entlassen. Die Gewerkschaft PIA wurde unter der Schirmherrschaft der Regierung übernommen und der Gewerkschaftsführer und Präsident der Qaumi Mazdoor Mahaz (Nationale Arbeitsfront), Tufail Abbas, wurden verhaftet und für 13 Monate ins Gefängnis gesteckt. Den Gewerkschaften vieler Unternehmen wurden zahlreiche gesetzliche Beschränkungen auferlegt.

Die Industriellen des Landes und regierungsfeindliche politische Parteien starteten eine Bewegung gegen die PPP-Regierung, in deren Folge General Zia-ul-Haq das Kriegsrecht verhängte, die Arbeiterbewegung im ganzen Land praktisch verboten wurde. Tausende von Arbeitern wurden aus ihren Jobs entlassen. Zusätzlich zu den Zwangsräumungen wurden mehr als 200 Arbeiter der Colony Tex-

tile Mills in Multan bei Protesten getötet. Während dieser Zeit des Kriegsrechts begann allmählich der Aufstand in Afghanistan im Namen des islamischen Dschihad gegen die revolutionäre Regierung von Noor Muhammad Taraki. Der Krieg brach zwischen den Stellvertretern der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten aus, die pakistanische Regierung übergab im Einklang mit der US-Politik pakistanisches Territorium an die US-Planer, und die Talibanisierung begann. Die pakistanische Regierung schlug alle fortschrittlichen Gewerkschaften im Lande nieder und gründete unter dem Banner der Nationalen Arbeiterföderation Arbeiterorganisationen mit rückschrittlicher und islamischer Ideologie. Sie zwang diese vielen Unternehmen auf, einschließlich der Eisenbahnen. Der Prozess der Privatisierung der Banken begann. Mehr als 6.000 Angestellte wurden durch das Verbot von Gewerkschaften bei der PIA entlassen. Tausende von Angestellten aus dem Bankensektor wurden ebenfalls zwangspensioniert, und die Gewerkschaften im Bankensektor wurden verboten. Der Afghanistankrieg beschädigte die industrielle Infrastruktur Pakistans schwer und legte unzählige Industrien in Belutschistan und Khyber Pakhtunkhwa still, was der Gewerkschaftsbewegung schweren Schaden zufügte.

Der Schaden, den der Afghanistankrieg in der pakistanischen Politik und Wirtschaft anrichtete, wirkte sich auch auf die fortschrittliche pakistanische Arbeiterbewegung aus. Gewerkschaftliche Aktivitäten wurden durch Kriegsrechtsverordnungen unterdrückt. Trotz Verhaftungen, Gewalt und Strafen streikte die pakistanische Arbeiterbewegung bei der Eisenbahn und anderen Einrichtungen, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Es wurden Demonstrationen und Kundgebungen abgehalten. Viele fortschrittliche Arbeiterführer ließen in diesem Kampf ihr Leben. Aber der Weg des Kampfes ging weiter.

Die Zahl der Arbeiter in Pakistan beträgt derzeit 61,04 Millionen. Gegenwärtig gibt es 12 nationale und 58 industrielle Gewerkschaftsvereinigungen. Vereinigungen und zwei Arbeiterkonferenzen sind

auf nationaler Ebene tätig. Die Zahl der registrierten Arbeiter in den Gewerkschaften in Pakistan beträgt nur 3 % der Gesamtzahl der Arbeiter.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Machthaber und Industriellen die Gründung von Gewerkschaften trotz bestehender Arbeitsgesetze verhindern. Dem pakistanischen Agrarsektor wurde bis heute das Recht auf die Gründung von Gewerkschaften vorenthalten. All dies sind negative Maßnahmen der Regierung gegenüber der Arbeiterbewegung. Trotz der Schwächung des Einflusses der Kommunisten haben Tausende von Regierungsangestellten und Arbeiterinnen im Gesundheitswesen aus ganz Pakistan in den Jahren 2020 und 2021 vier Sit-Ins in der Hauptstadt Islamabad abgehalten, um eine Erhöhung ihrer Gehälter und Dienstvorschriften zu fordern. Die 15 Gewerkschaften und Verbände der Eisenbahnen haben von der Plattform der All Pakistan Railway Trade Unions Grand Alliance aus eine Protestbewegung gegen die Gewalt der Regierung und für die Erfüllung ihrer Forderungen sowie gegen die Privatisierung und den Personalabbau bei den pakistanischen Eisenbahnen gestartet. Das National Labour Movement, eine sehr mächtige Organisation von Webstuhlarbeitern, und die Organisation der Möbelbauer arbeiten unter dem Namen Furniture Karegar Mazdoor Mahaz (Furniture Workers' Front). Darüber hinaus gibt es eine mächtige Föderation der Bergarbeiter im ganzen Land, die Pakistan Machine Workers Federation. Es gibt auch Gewerkschaften der Transportarbeiter.

In Pakistan ist der Einfluss der Kommunisten auf die Arbeiterbewegung schwächer als in der Vergangenheit. Neben vielen anderen Gründen sind die versöhnliche und opportunistische Rolle von Organisationen wie NGOs und ILOs und die anti-kommunistische Politik der Regierungen zu nennen.

Aber trotz all dieser Faktoren geht der Kampf in Pakistan weiter in dem Glauben, dass die Zukunft den Arbeitern, Bauern und Revolutionären gehört.

Arbeiter der Welt, vereinigt euch!

## ARBEITERFRONT

# SERBIEN

## Ist China ein sozialistisches Land?

Die revolutionäre und demokratische Bewegung in Serbien durchläuft eine Periode der Neuordnung, und dieser Prozess wirft im Zentrum dieser inneren und äußeren Kämpfe viele Fragen auf, von denen einige sehr theoretisch sind. Die Frage der Haltung gegenüber China erscheint als eine der wichtigsten. Dafür gibt es viele handfeste Gründe: Der Aufstieg des Kapitalismus in China im Allgemeinen und speziell seine größere Präsenz in Serbien auf wirtschaftlicher, politischer und kultureller Ebene. Die modernen Revisionisten, die sich mit Asche bedecken, um einer Bestrafung zu entgehen, versuchen auch, im heutigen China eine Gelegenheit zu finden, ihren Bankrott hinauszuschieben. Obwohl die Internationale marxistisch-leninistische kommunistische und Arbeiterbewegung bereits ihre Antworten auf die Frage des Charakters des chinesischen Systems und seiner Rolle in einem imperialistischen Weltsystem gegeben hat, möchten wir im Lichte unserer regionalen Entwicklung und auch um den aufkommenden modernen Revisionisten in der Periode der verschärften allgemeinen kapitalistischen

Krise den Kopf abzuschlagen, unseren Beitrag zu diesen marxistischen Argumenten vorlegen. Der Titel ist eine Hommage an den sehr wichtigen antirevisionistischen Text, den die Kommunistische Partei Chinas in ihren glorreichen Tagen mit revolutionärer Führung verfasst hat, mit dem Titel „Ist Jugoslawien ein sozialistisches Land?“

Viele angebliche „Kommunisten“ versuchen heute zu beweisen, dass die Volksrepublik China ein Land des Sozialismus ist, und nicht des Staatsmonopolkapitalismus. „China und Russland werden uns retten, wie einst Stalin“ - sagen diese verlorenen Seelen...

### Staatsmonopolistischer Kapitalismus in China

Trotz aller eindeutigen Hinweise auf die kapitalistische Produktionsweise, das Vorhandensein von privatem, insbesondere Finanzkapital in der chinesischen Wirtschaft - ein gängiges „Argument“, das von Anhängern der chinesischen Version des modernen Revisionismus und Sozialimperialis-

mus<sup>1</sup> benutzt wird, um China mit roten Farben zu malen - ist, dass „in China die meisten Produktionsmittel dem Staat gehören“; obwohl auch diese Daten trügerisch und relativ sind, und die Privatwirtschaft mehr als die Hälfte der Investitionen tätigt und auch etwa die Hälfte des chinesischen Arbeitsmarktes umfasst (China ist das Land mit den meisten Arbeiterstreiks der Welt, und da diese meist illegal sind, ist China auch das Land mit den meisten wilden Streiks der Welt)...

Dieses naive Argument zerfällt, wenn wir die bekannte Tatsache erwähnen, dass im Zuge der „Reformen“ in China das staatliche Außenhandelsmonopol - das nach Lenins Worten eine wesentliche Voraussetzung für die Existenz und Entwicklung einer sozialistischen Wirtschaft ist - liquidiert wurde. Somit ist der staatliche Sektor der Wirtschaft in China ein Sektor des kapitalistischen Monopols, reduziert auf ein kapitalistisches Management.

Auch in kapitalistischen Ländern hat der Staat eine entscheidende Rolle in der Wirtschaft. Es ist bekannt, dass imperialistische Länder in Zeiten der Wirtschaftskrise große Banken und Industrien retten oder verstaatlichen. Auch die Produktionsplanung ist ein Merkmal multinationaler Unternehmen, für das es zahlreiche Beispiele gibt. Generell ist die engere Verflechtung, die Verschmelzung von Finanzkapital und Staat, d.h. das Verschlucken des zweiten durch den ersten, ein Merkmal des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus.<sup>2</sup>

Staatliches Eigentum an Produktionsmitteln wäre sozialistisch, wenn der Staat revolutionär, proletarisch ist; mit der obligatorischen Bedingung der Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und des Systems der Lohnarbeit; und schließlich durch die Produktion der Produktionsmittel, die nicht auf Warenproduktion beruhen darf.<sup>3</sup> Aber der chinesische Staat ist ein revisionistisch-bürgerlicher mit Milliarden in der Führung, mit wachsender Flexibilität des Arbeitsmarktes. Die gesamte Produktion in China ist ausschließlich Warenproduktion.

Es gibt keinen einzigen sozialistischen Produktionszweig in China. Das Staatseigentum in China sowie einige Aspekte der zentralen Planung sind die Form und Organisation des staatsmonopolisti-

schen Kapitalismus, von dem bekannt ist, dass er die chinesische Arbeiterklasse brutal ausbeutet, ebenso wie die Völker der Welt, besonders in Asien, Afrika, Lateinamerika und auf dem Balkan.

### **Der moderne Revisionismus, egal welcher Couleur, ist Antikommunismus**

Die erwähnten nicht-marxistischen, „Traditions-Kommunisten“ versuchen zu beweisen, dass einige der heutigen revisionistischen Maskottchen, die kubanischen Machthaber, auch die Träger des Sozialismus sind. Jedoch in Kuba, wie auch in China, wurde die Kollektivierung der Landwirtschaft bis heute nie durchgeführt. Die kapitalistische Produktionsweise sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande wurde bewahrt, die, in den Worten Lenins, den Kapitalismus ständig, spontan und massenhaft erneuert. Die chinesische Entwicklung ist ein klassisches Beispiel für die kapitalistische Industrialisierung, die die Bauern vernichtet und sie als billige Arbeitskräfte benutzt, und nicht für die stalinistisch-sozialistische Industrialisierung, die sowohl das Land als auch die Stadt sozialisiert und entwickelt (und damit Bedingungen für die Überwindung der Unterschiede zwischen Land und Stadt schafft). Die herrschenden korrupten kubanischen Funktionäre bauen auch nicht den Sozialismus auf, sondern stützen sich auf die Sozialimperialisten, stürzen sich in Krisen und vertiefen die kapitalistischen „Reformen“ und bedrohen damit die Errungenschaften der heldenhaften Revolution und die Unabhängigkeit ihres Landes und halten die kubanische revolutionäre Jugend in Gefangenschaft. Das ist das Ergebnis der revisionistischen internationalen Bindungen und „Freundschaften“: Unterordnung der revolutionären Energie der unterdrückten und kleinen Nationen.

Es gibt auch jene „Maoisten“, die behaupten, dass China während der revolutionären Führung von Mao Zedong ein sozialistisches Land war. Aber auch das ist einfaches idealistisches Denken, das im historischen Materialismus keine Grundlage hat. Die neue demokratische Revolution des chinesischen Volkes, angeführt von der Kommunistischen Partei, fand in der bürgerlich-demokratischen, nicht aber in der sozialistischen Phase statt. Das neue China durchlief nie eine Phase der

proletarischen Diktatur, sondern eine verlängerte Form des Bündnisses der nationalen Klassen, einschließlich der Bourgeoisie - die mit der Zeit zu einer monopolistischen, imperialistischen Klasse gestärkt wurde und alle Macht übernahm. Einst die Fahne der Revolution und des proletarischen Internationalismus hochhaltend, vollendete Mao Zedong mit der Zeit seinen „Gedanken“ in der Formulierung der revisionistischen „Theorie der drei Welten“, die zur Grundlage der Außen- und Innenpolitik des bürgerlichen Nationalisten<sup>4</sup> Deng Xiaoping wurde: einer Politik der Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus und der Restauration des Kapitalismus. Die chinesischen Revisionisten, wie sie selbst gerne betonen, wenn sie sich mit Vertretern unseres Landes treffen, haben vor allem vom jugoslawischen Beispiel gelernt;<sup>5</sup> oder, wie Marxisten-Leninisten sagen würden: „Maoismus“, das ist ausgereifter Titoismus.

Erinnern wir uns zum Abschluss der Diskussion über den Charakter des chinesischen Herrschaftsystems an diese so anschaulichen Worte von Nikolai Bucharin: „Wenn man meinen Programmstandpunkt praktisch formulieren würde, dann wäre das in der wirtschaftlichen Sphäre der Staatskapitalismus, das blühende Muzhik-Individuum (Muschik; Kleinbauer in Russland), die Beschneidung der Kolchosen, die ausländischen Konzessionen, die Aufgabe des Außenhandelsmonopols und als Ergebnis die Wiederherstellung des Kapitalismus im Lande.“ Das sagte in seiner letzten Rede der berühmte Bucharin, ein Vertreter der verurteilten rechten Gefahr in der bolschewistischen Partei, ein konspirativer Mitarbeiter des trotzkistischen Terrorismus im Dienste der imperialistischen Kräfte. Dieser notorische Karrierist, Kriegsliebhaber und degenerierte Verbrecher ist heute unter der neuen chinesischen revisionistischen bürgerlichen Intelligenz wieder populär geworden, seit Deng Xiaoping Bucharins Losung „Werdet reich!“ in die Tat umsetzte.<sup>6, 7, 8</sup> In der ganzen Genese des modernen Revisionismus aller Farben - von Titos Bande über die Chruschtschow-Gangster bis zu den verkommenen chinesischen kapitalistischen Wegbereitern - ist Karrierismus, Verrat und Mord inbegriffen.

## Was ist die Rolle des modernen Revisionismus im heutigen imperialistischen Weltsystem?

Wenn ein Land behauptet, sozialistisch zu sein, es aber nicht ist, heißt das, dass wir es als feindlich betrachten? Lügner ist nicht zu trauen. Aber die Völker Vietnams, Kubas, Koreas, Venezuelas, Rohingyas gewinnen weiterhin die Sympathie der Marxisten-Leninisten, als kleine Länder, die den imperialistischen Mächten trotzen und nach nationaler Unabhängigkeit und Volkssouveränität streben. Die marxistisch-leninistische Kritik an den revisionistischen und opportunistischen Fehlern der Führer dieser Länder und Bewegungen ist Teil der internationalistischen Pflicht und wird mit dem Ziel des siegreichen Widerstandes und des Kampfes der Völker der Welt gegen den Imperialismus formuliert. Die modernen internationalen Bedingungen und die Dekadenz der allgemeinen kapitalistischen Krise machen die Frage der Volksrevolution und des Aufbaus des Sozialismus nicht nur zu einer Angelegenheit von Bestrebungen und Debatten, sondern zu einem Problem, das gelöst werden muss.

Es ist bekannt, dass die Marxisten-Leninisten auf die Widersprüche und gegensätzlichen Interessen unter den imperialistischen Mächten setzen. Außerdem könnten in den spezifischen Momenten auf den Höhepunkten der imperialistischen Weltkrise und des kapitalistischen Zerfalls sowie des Aufstiegs des Sozialismus einige weniger aggressive imperialistische Länder die Anstrengungen der revolutionären Kräfte erleichtern. Der imperialistische Charakter des Ersten und der Befreiungscharakter des Zweiten Weltkriegs<sup>9</sup> veranschaulichen diese These. Nach dem Ersten Weltkrieg sahen sich die siegreichen und tyrannischen imperialistischen Länder später selbst einer aggressiven Politik der kurz zuvor besiegten, aber mit ihrer Hilfe wachsenden imperialistischen, faschistischen Kräfte ausgesetzt und schlossen sich dann der demokratischen antifaschistischen Weltfront an, die sich um die Sowjetunion und die internationale kommunistische Bewegung scharte, um den Zweiten Weltkrieg zu gewinnen.

Manche sagen, dass China oder Russland heute weniger aggressiv sind als die USA oder die europäischen Imperialisten. Aber wie viel entwickelte demokratische Tendenzen kann man angesichts

des unverhohlenen Antikommunismus des modernen Revisionismus im Schoß der sozialimperialistischen Länder erwarten? Der moderne Revisionismus hinterlässt seinen berüchtigten Stempel in der Geschichte und ist immer noch ein frisches historisches Phänomen, das mit dem heutigen Bild des wieder komplexer gewordenen imperialistischen Weltsystems verbunden ist.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass unsere Position und wissenschaftliche marxistische Analyse Chinas als Land der kapitalistischen Monopole, als revisionistisch-imperialistische Supermacht - noch immer keine antichinesische Position bedeutet. In der gegenwärtigen internationalen Situation müssen wir die Fragen beantworten: Welche Rolle spielt das revisionistische China im zerfallenden Kapitalismus und was wäre der Ursprung und Charakter der Bedingungen für einen neuen Krieg?

### **Proletarischer Internationalismus oder eine Supermacht?**

„Wenn China eines Tages seine Farbe ändern und sich in eine Supermacht verwandeln sollte,<sup>10</sup> wenn es auch in der Welt den Tyrannen spielen und überall andere seiner Tyrannei, Aggression und Ausbeutung unterwerfen sollte, dann sollten die Völker der Welt es als Sozialimperialismus erkennen, es entlarven, ihm entgentreten und mit dem chinesischen Volk zusammenarbeiten, um es zu stürzen.“ - Deng Xiaoping vor den Vereinten Nationen, 1974

„Der philosophische Eklektizismus machte Mao zu dem, was man einen Moderator für die verschiedenen Strömungen nennen kann, die in China ständig existierten, die er zuließ, ermutigte und in eine vermeintlich dialektische ‚Kollision‘ brachte. So etwas konnte nur so lange funktionieren, wie Mao selbst lebte. Nun ist er tot. Wird China rot bleiben?“ - Enver Hoxha, aus „Betrachtungen über China“, 1976  
Wer glaubt noch, dass China eine Politik des proletarischen Internationalismus und der Unterstützung für die revolutionären Bewegungen und Völker pflegt? Wer hat jemals eine solche Unterstützung von chinesischen Revisionisten erhalten? Das vietnamesische Volk erinnert sich gut an diese typisch chinesische revisionistische kalkulierende

„Unterstützung“, die mit einem Messer im Rücken endete und die zitierten Worte von Deng Xiaoping offiziell in die Tat umsetzte. Wir sehen diese Art der kalkulierten „Unterstützung“ durch die chinesischen Sozialimperialisten in den gegenwärtigen internationalen Beziehungen im Zusammenhang mit der Gesundheitskrise, die zu einem festen Bestandteil des korrupten geopolitischen Spiels geworden ist. Eine solche Unterstützung wurde nicht einmal von jenen Revisionisten empfangen, die opportunistisch nicht darauf verzichten wollten. Die Revisionisten setzen vergeblich auf eine Einigung mit dem Imperialismus, denn, wie Enver Hoxha sagen würde: Die Bourgeoisie wird die falschen Kommunisten zwar benutzen, aber niemals akzeptieren.

China exportiert Kapital, es ist der größte Investor der Welt, das ist der Gegenstand seines Interesses, nicht die proletarische Revolution und der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus. Keines der kapitalistischen Länder, weder die jungen noch die aufstrebenden, konnte die angehäuften Widersprüche eines solchen Systems überwinden, also wird es auch China nicht können, egal wie geschäftstüchtig seine kapitalistische Führungsspitze in Form einer „kommunistischen“ Partei ist.

Lenin stellte die Tendenzen zu Verfall und Fäulnis als das wichtigste, entscheidende, bestimmende Merkmal des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus fest und fügte hinzu, dass dieser Verfall nicht dahingehend missverstanden werden dürfe, dass er die Möglichkeit eines schnellen Wachstums bestimmter Produktionszweige, Schichten der Bourgeoisie oder sogar „einzelner Länder“ ausschließe.<sup>11</sup> Die gegenwärtigen Erfolge der chinesischen kapitalistischen Wirtschaft sind nur ein Prolog zur neuen Krise, die Teil der allgemeinen Weltkrise des Kapitalismus ist. „Die Stabilisierung verschärft die Krise des Kapitalismus.“ - So sprach Stalin in einer Diskussion mit Bucharin kurz vor der berüchtigten „Großen Depression“ über den damals aufsteigenden Superstar des Kapitalismus, die USA, Ende der 20er Jahre.

In dem Maße, wie die allgemeine Krise des Kapitalismus eskaliert und die Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten wachsen, wird der chinesische Imperialismus, der immer mäch-

tiger werdende Eroberer neuer Weltmärkte, als eine neue Supermacht: als eine der schwankenden Mauern eines überlebenden dekadenten imperialistischen Systems gesehen werden, mit dem er eng verbunden ist und das Nationen und den Planeten in die Katastrophe führt.

### **Die internationale Lage, die Rolle der Monopole und unsere Aufgaben**

„Die internationale kapitalistische Ordnung ist auch durch die Verschärfung der zwischen-imperialistischen Konflikte gekennzeichnet, durch die Anstrengungen, die die Mächte - wie USA, China, Russland, Deutschland, Großbritannien, Frankreich... - unternehmen, um Positionen in der Weltgeopolitik zu erlangen, um ihre Zonen des wirtschaftlich-politischen Einflusses zu schützen und/oder zu erweitern. Ihre Widersprüche haben verschiedene Erscheinungsformen, aber den gefährlichsten Ausdruck finden sie in ihren millionenschweren Militärausgaben.“ - aus der Deklaration der XXVI. Plenartagung der Internationalen Konferenz der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen, IKMLPO, Februar 2021.

Wo sind Serbien und der Balkan in dieser dunklen imperialistischen Landkarte? Unabhängigkeit, Demokratie, Sozialismus! - das ist die grundlegende, patriotische Losung unseres Revolutionären Bundes der Arbeit Serbiens. Arbeiter und unterdrückte Völker der Welt, vereinigt euch! - wird ergänzt

durch den unvermeidlichen proletarisch-internationalistischen Aufruf der Internationalen Konferenz marxistisch-leninistischer Parteien und Organisationen, der IKMLPO. Unter diesen Bannern, geleitet von der unbesiegbaren revolutionären wissenschaftlichen Theorie von Marx, Engels, Lenin, Stalin, marschieren wir vorwärts gegen die unvorstellbaren aktuellen Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

Volksdemokratische, antiimperialistische und antifaschistische Front gegen die kapitalistische Krise: Eine Front der ausgebeuteten Arbeiter, Frauen, Jugend, der verarmten besitzenden und gebildeten Klassen und der unterdrückten, kleinen und brüderlichen Balkanvölker, im Bündnis mit der internationalen Arbeiterbewegung und den revolutionären und demokratischen Völkern der Welt - ist eine Chance für das Volk Serbiens im Kampf für den Fortschritt und ein würdiges Leben.

Wir brauchen die demokratische Macht des Volkes, um die Korruption und Spekulation, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und die Arbeitslosigkeit zu zerstören, um alle Imperialisten und ausländischen Monopole zu vertreiben, das staatliche Monopol auf den Außenhandel und den Binnenhandel ohne Monopolisten zu entwickeln, um so die Ressourcen für die sozialistische Reindustrialisierung und den Aufbau des Sozialismus in unserem Land zu akkumulieren und von der kapitalistischen Katastrophe gerettet zu werden.

## **REVOLUTIONÄRER ARBEITERBUND SERBIEN**

- 
- 1) Enver Hoxha, Imperialismus und Revolution, 1978
  - 2) Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, 1917
  - 3) Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, 1952
  - 4) Um mehr über die Gefahren des bürgerlichen Nationalismus in der kommunistischen Bewegung zu erfahren, kann man die „Resolution der Kominform über den Zustand der Kommunistischen Partei Jugoslawiens“ lesen.
  - 5) „Ist Jugoslawien ein sozialistisches Land?“, Kommentar zum offenen Brief des ZK der KpdSU“ von der KPCh, 1963
  - 6) Chinesische Studien Bucharins, James D. White, in: Sovjet Studies, Vol. 43, Nr.4, 1991
  - 7) Bucharin inspirierte Deng Xiao Ping, China zu verändern, ICS, 2021
  - 8) Die Wurzeln der ökonomischen Theorie des Modernen Revisionismus: Bogdanows und Bucharins Theorie des Gleichgewichts, von Rafael Martinez in Revolutionary Democracy, Vol. XVI, Nr.2, September 2010
  - 9) Stalin, Ursprung und Charakter des 2. Weltkrieges (Für friedliche Koexistenz: Nachkriegsinterviews), 1946
  - 10) Um mehr über die heutigen Großmächte zu erfahren, hier einen Auszug aus Enver Hoxhass „Imperialismus und Revolution“; 1979:  
 „An der Politik, die China verfolgt, zeigt sich noch klarer, dass es versucht, die Stellungen des Kapitalismus im Land zu festigen und seine Hegemonie auf der Welt zu errichten, zu einer imperialistischen Großmacht zu werden, um ebenfalls, wie man sagt, den ihm «gebührenden Platz» einzunehmen.  
 Die Geschichte zeigt, dass jedes große kapitalistische Land darauf abzielt, eine große Weltmacht zu werden, die anderen Großmächte einzuholen und zu überholen, mit ihnen um die Weltherrschaft zu konkurrieren. Die Wege, auf denen die gossen bürgerlichen Staaten zu imperialistischen Mächten wurden, waren unterschiedlich, sie sind durch bestimmte historische und geographische Umstände, durch die Entwicklung der Produktivkräfte u.a. bedingt. Der Weg der Vereinigten Staaten von Amerika unterscheidet sich von dem der alten europäischen Mächte wie England, Frankreich und Deutschland. Letztere bildeten sich als imperialistische Mächte auf der Grundlage kolonialer Eroberungen heraus.  
 Nach dem Zweiten Weltkrieg blieben die Vereinigten Staaten von Amerika die größte kapitalistische Macht. Auf der Grundlage des gewaltigen wirtschaftlichen und militärischen Potentials, über das sie verfügten, und durch die Entwicklung des Neokolonialismus verwandelten sie sich in eine imperialistische Supermacht. Es dauerte jedoch nicht lange, und zu dieser Supermacht kam eine weitere Supermacht hinzu, die Sowjetunion, die sich nach Stalins Tod und nachdem die chruschtschowsche Führung den Marxismus-Leninismus verraten hatte, in eine imperialistische Supermacht verwandelte. Sie nutzte zu diesem Zweck das durch den Sozialismus geschaffene grosse wirtschaftliche, technische und militärische Potential.  
 Jetzt sind wir mit den Anstrengungen konfrontiert, die ein anderer großer Staat unternimmt, um zur Supermacht zu werden, das heutige China, da sich nun auch dieses Land rasch auf dem Weg des Kapitalismus bewegt. China fehlt es jedoch an Kolonien, an einer entwickelten Großindustrie, an einer starken Wirtschaft im allgemeinen, an einem großen thermonuklearen Potential auf jener Stufe, wie es die beiden anderen imperialistischen Supermächte besitzen.  
 Um zur Supermacht zu werden, sind eine entwickelte Wirtschaft, eine mit Atombomben ausgerüstete Armee, die Sicherung der Märkte und Einflusszonen, die Investition von Kapitalien in fremden Ländern usw. unbedingt erforderlich. China ist bestrebt, diese Voraussetzungen möglichst schnell sicherzustellen. Dies wurde in der Rede, die Tschou En-lai im Jahr 1975 auf dem Nationalen Volkskongress hielt, ausgesprochen und auf dem 11. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas wiederholt, auf dem verkündet wurde, China werde noch vor Ende dieses Jahrhunderts zu einem mächtigen und modernen Land werden, mit dem Ziel, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion einzuholen. Jetzt ist dieser ganze Plan in dem, was man die Politik der «vier Modernisierungen» nennt, erweitert und präzisiert worden.  
 Welchen Weg aber hat China gewählt, um ebenfalls zur Supermacht zu werden? Gegenwärtig sind die Kolonien und die Märkte auf der Welt von den anderen besetzt. Innerhalb von 20 Jahren, wie sich die chinesischen Führer anmaßen, aus eigener Kraft ein Wirtschafts- und Militärpotential zu schaffen, das dem der Amerikaner und der Sowjets gleichkommt, das ist unmöglich.  
 Unter diesen Bedingungen muss China, um zur Supermacht zu werden, zwei Hauptphasen durchlaufen: erstens, den amerikanischen Imperialismus und die anderen entwickelten kapitalistischen Länder um Kredite und Investitionen ersuchen und moderne Technologie kaufen, um die Schätze des eigenen Landes zu nutzen, von denen ein großer Teil als Gewinnanteil an die Kreditgeber gehen wird. Zweitens wird China den auf Kosten des chinesischen Volkes erzielten Mehrwert in Staaten der verschiedenen Kontinente investieren, ebenso wie es die amerikanischen Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten gegenwärtig tun.  
 Die Anstrengungen Chinas, zur Supermacht zu werden, bestehen vor allem in der Wahl der Verbündeten und in der Schaffung von Bündnissen...“
  - 11) The Question of Fascism and Capitalist Decay, R. Palme Dutt (The Communist International, Vol. XII, No. 14, July, 1935.)
-

# TÜRKEI

## Was ist Faschismus, was nicht?

### Klassencharakter des Faschismus

Es gab Zeiten, in denen wurde der Klassencharakter des Faschismus mehr als genug diskutiert. Auch wenn die Diskussion eine gewisse Klarheit erreicht hat, so ist sie noch lange nicht vorbei. Aktuell existieren verschiedene Analysen des Faschismus nebeneinander. D.h. Die einen betrachten den Faschismus heutzutage als Zeichen des Wahnsinns, während er ebenso als gewaltsame Unterdrückung unerwünschter Gedanken und Forderungen angesehen wird. Weiter wird gesagt, dies gehe einher mit der Übernahme, Förderung und Verherrlichung von Begriffen, Linien und Tendenzen wie „eine Nation mit einer Stimme“, „ein starker Staat“, „ein überlegenes Individuum“, Führerkult, Chauvinismus, Fremdenfeindlichkeit usw. Sowohl der Sozialreformismus als auch der Trotzkismus versuchen, den Faschismus als eine klassenübergreifende Plage oder als eine Herrschaft der Kleinbourgeoisie und von außerhalb der Klassen stehenden Elementen beziehungsweise von einzelnen Personen/Führern darzustellen, wodurch sie die Bezie-

hung zwischen Faschismus, den Monopolen sowie dem Finanzkapital zu leugnen oder zu verschleiern versuchen.

Gerade unter den Bedingungen, unter denen die Stagnation des Kapitalismus deutlicher wird, unter denen sich die Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Proletariat, den Völkern und den Monopolen sowie dem Imperialismus und zwischen den Imperialisten selbst verschärfen, wird es unabdingbar, die Klassenbasis aufzuzeigen, das Faschismusproblem aufzugreifen und den antifaschistischen Kampf zu stärken.

Gerade in Zeiten der Krise sehen immer mehr Arbeiter, dass der Kapitalismus ihnen nichts bringt. Sie lösen sich von den traditionellen bürgerlichen Parteien rechts und links der „Mitte, die sie für die neoliberale Politik und die Regierungen, die ihr folgen, verantwortlich machen. Und obwohl sie dem Kapitalismus nicht direkt die Schuld geben, sondern nur seinen negativen Folgen und den Parteien, die sie für diese Folgen verantwortlich machen,

entfernen sich die arbeitenden Massen nicht nur von den traditionellen Parteien des bürgerlichen Systems, sondern auch von der Einflussosphäre des Parlamentarismus, in dem voneinander kaum unterscheidbare Parteien die Regierungsposten tauschen.

Der Parlamentarismus ist die Grundform der heutzutage abgestumpften bürgerlichen Demokratie. Die Massen lösen sich im Grunde eigentlich von dieser bürgerlichen Herrschaftsform. Dies lässt sich in so ziemlich allen Ländern am Abfall der Stimmen für die alteingesessenen Parteien sowie der Wahlbeteiligung erkennen.

Es zeigt sich, dass – wieder einmal – frisch aus der Taufe gehobene Parteien und Personen, die sowohl die altbürgerlichen als auch neugegründeten Parteien und das bestehende „demokratische“ Herrschaftssystem nicht nur kritisieren, sondern auch für schuldig erklären, sogar „Wahlwunder“ vollbringen können. Ein Beispiel ist Frankreich: Während Mitte links und rechts, die Sozialistische Partei und die Republikaner massenhaft Stimmen eingebüßt haben, ist der parteilose Macron aufgestiegen. So waren es allerdings auch er und die später von ihm gegründete Partei „Republik in Bewegung!“, die bei den Kommunalwahlen bei einer Wahlbeteiligung von 40% letztes Jahr verloren haben.

Auf der von den Krisen in den Jahren 2001 und 2008 geschaffenen Grundlage schafft es die faschistische Bewegung, Kräfte zu sammeln. Dies tut sie, indem sie die bestehenden bürgerlichen Parteien sowie den Parlamentarismus beschuldigt, auf die Forderungen der Massen nicht einzugehen, und indem sie ebenjene Forderungen ausnutzt, während sie manche von ihnen durch die Beschuldigung von Migranten, inneren und ausländischen Feinden, etc. verwischt.

Die Hauptstützen der Stärkung der faschistischen Bewegung sind zum einen die Betrügereien des traditionellen Parlamentarismus und sowie das Herumtrampeln der bürgerlichen Parteien auf den Forderungen der Massen im Glauben, dass sich ohnehin nie etwas ändern wird, und zum anderen, dass Fremdenfeindlichkeit, Nationalismus und Chauvinismus heraufbeschworen werden.

Die Praxis des Klassenkampfes ist voll von Beispielen. Wir sahen, wie in Bolivien ein faschistischer Staatsstreich vollzogen wurde, der später auseinandergejagt wurde. In der Türkei wird noch immer eine faschistische Diktatur errichtet. In Brasilien ist der offen faschistisch auftretende Bolsonaro zum Präsidenten gewählt worden, sowie in Indien Modi und in Ungarn Orban. Diese Beispiele und dass in den USA Trump am 6. Januar zum Sturm auf das Kapitol aufgerufen hat, zeigen deutlich, dass die Diskussion über den Faschismus ihre Aktualität nicht verloren haben. Dass zudem neofaschistische und rechtsextreme faschistoide Bewegungen in vielen Ländern an Stärke gewinnen sowie die rechtspopulistische Bewegung sich entwickelt, unterstreicht die Bedeutung einer richtigen Herangehensweise und Haltung.

## Ist Faschismus gleich Bonapartismus?

In der Vergangenheit war die Hauptthese der Sozialdemokraten, dass der Faschismus eine bonapartistische Herrschaft ist. Auch heute gibt es noch Verfechter dieser Auffassung. Diese Phantasterei, die schon nicht mehr als politische Blindheit gelten kann, ist Resultat einer innigen Verstrickung mit der Bourgeoisie, die eine Verbindung von ihr mit dem Faschismus nicht zulässt.

Eine zur Theorie erhobene Blindheit ist es allerdings, zu glauben, dass die mittleren Klassen, oder gar die rückständigen Schichten der Arbeiterklasse und besonders die sozial abgesunkenen Individuen die Klassenbasis des Faschismus bilden. Denn diese Schichten machen nur von Nationalismus geblendet im Trott der kapitalistischen Herrschaft mit, welche aufgrund der Krise von Vernichtung bedroht ist und sich deshalb nach einem Ausweg sucht.

In seinem Artikel „Über den Faschismus“ vom Jahre 1920 schreibt A. Thalheimer, einer der Führer des rechten Flügels der KPD, über die faschistische Herrschaft in Italien:

*„Unverkennbar sind wesentliche Züge gemeinsam mit der bonapartistischen Form der Diktatur: wieder die ‚Verselbständigung der Exekutivgewalt‘, die politische Unterwerfung aller Massen, einschließlich der Bourgeoisie selbst, unter die faschistische Staatsmacht bei sozialer Herrschaft der Groß-*

*bourgeoisie und der Großgrundbesitzer. [...] Die faschistische Partei ist ein Gegenstück zu der ‚Dezemberbande‘ Louis Bonapartes. [...] Im Falle des italienischen Faschismus, wie in dem des Bonapartismus, ein gescheiterter Ansturm des Proletariats, darauffolgende Enttäuschung in der Arbeiterklasse, die Bourgeoisie erschöpft, zerfahren, energielos nach einem Retter ausschauend, der ihre soziale Macht befestigt.“*

Der „Vater des österreichischen Marxismus“, Otto Bauer, war ähnlicher Ansicht:

*„Wie der Bonapartismus des 19. Jahrhunderts das Resultat jenes zeitweiligen Kräfteausgleichs zwischen der Bourgeoisie und dem Adel einerseits, zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie andererseits gewesen ist, [...] so ist auch der neue, der faschistische Absolutismus das Ergebnis eines zeitweiligen Gleichgewichtszustandes, in dem weder die Bourgeoisie dem Proletariat ihren Willen [...] aufzwingen, noch das Proletariat sich von der Herrschaft der Bourgeoisie befreien konnte und beide Klassen daher unter die Diktatur der Gewalthaufen gerieten, die die Kapitalistenklasse gegen das Proletariat benutzt hat, bis sie sich schließlich selbst ihrer Diktatur unterwerfen musste.“*

Einige charismatische Führer von organisierten Haufen und angriffslustige Terrormilizen nutzen die Pattsituation zwischen Bourgeoisie und Proletariat aus, um beide Klassen unter ihre Herrschaft zu zwingen! Eine maßlose Übertreibung der Autarkie der Politik von der Wirtschaft und des Staates von der herrschenden Klasse: Die Bourgeoisie ist wirtschaftlich und sozial herrschend, aber politisch unter der Knute der faschistischen Diktatur,

*„die faschistische Diktatur löst auch kapitalistische Organisationen auf oder stellt sie doch unter ihre Vormundschaft“!*

Kurz gesagt: Die faschistische Diktatur ist zumindest politisch weder eine Diktatur der Bourgeoisie noch ihre Staatsform – dies ist die heute weiterhin noch von einigen vertretene lausige Formel, die die Sozialdemokraten erfanden, um den antifaschistischen Kampf vom Kampf gegen die Herrschaft von Finanzkapital und Monopolen abzubringen!

In der Tat gibt es heutzutage rechtspopulitische, dem Faschismus zugeneigte „Führer“. Diese haben bereits Massen hinter sich bringen können, indem sie die Forderungen der Massen ausnutzten, als diese sich nicht mehr durch die bestehenden bürgerlichen Parteien regieren ließen und ihre systemablehnende Haltung zunahm, die sich durch Desinteresse und sinkende Teilnahme an Parlament und Wahlen zeigte, jedoch nicht durch einen organisierten Kampf. Abseits vom Erscheinungsbild haben diese jedoch mit Bonaparte nichts gemeinsam; sie vertreten ganz klar die Interessen des Finanzkapitals und der Monopole.

### **Der Faschismus gehört zur Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen**

Im Monopolkapitalismus herrschen Finanzkapital und Monopolbourgeoisie. Der Faschismus, der eine Strömung der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen ist, ist die rückständigste, aggressive und terroristische Strömung der Monopolbourgeoisie. Mit ihrer blutdürstigen Qualität ist die faschistische Diktatur als bürgerliche Staatsform wiederum die reaktionärste der von die Rückständigkeit vertretenden Monopole geprägten Staatsformen.

Nach Lenins Worten hat das Monopol mit seiner Tendenz, alles zu monopolisieren und zu kontrollieren, seinen Platz sowohl neben als auch über der Dynamik der kapitalistischen Entwicklung, der Konkurrenz, eingenommen. Denn sie hat die Möglichkeit geschaffen, Investitionen, Produktionsmengen und Märkte mit dem Ziel des Maximalprofits zu beeinflussen.

*„Imperialismus [ist] überhaupt Drang nach Gewalt und Reaktion.“ Denn „der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überallhin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet - das ist das Ergebnis dieser Tendenzen.“*

*„Zu den politischen Besonderheiten des Imperialismus [gehören] die Reaktion auf der ganzen Linie so-*

*wie die Verstärkung der nationalen Unterdrückung in Verbindung mit dem Druck der Finanzoligarchie [...]“ Und „der Imperialismus widerspricht, widerspricht ‚logisch‘ der ganzen politischen Demokratie schlechthin.“*

*„Das ökonomische Monopol - das ist der Kern der ganzen Sache. Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus ist monopolistischer Kapitalismus) ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion. Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie. Dem Monopol entspricht die politische Reaktion. [...] Sowohl in der Außenpolitik wie auch gleichermaßen in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion. In diesem Sinne ist unbestreitbar, dass der Imperialismus ‚Negation‘ der Demokratie überhaupt, der ganzen Demokratie ist, keineswegs aber nur einer demokratischen Forderung, nämlich der Selbstbestimmung der Nationen. [...] D.h., er ist bestrebt, [die Demokratie] zu verletzen.“*

Der Faschismus ist der konzentrierte Ausdruck sowohl der Herrschaft des Finanzkapitals als auch der Tendenz der Monopole, die Demokratie anzugreifen und die Reaktion zu errichten. Eine faschistische Diktatur ist wiederum die reaktionärste Version des politischen Überbaus, der bürgerlichen Staatsorganisation.

Selbstredend lässt sich von diesem Punkt ausgehend nicht sagen, dass die reaktionäre Tendenz des Finanzkapitals automatisch und zwingend zur faschistischen Diktatur führt. Ob diese Tendenz zu einer faschistischen Staatsstruktur führt, hängt von den Bedürfnissen der Monopole genauso ab wie von objektiven Umständen und dem Kräfteverhältnis zwischen den Klassen.

Nicht die Klassenzugehörigkeit der von der faschistischen Bewegung mitgezogenen Massen oder der Führer charakterisieren die faschistische Diktatur, sondern die Rückschrittlichkeit des wirtschaftlich herrschenden Finanzkapitals und der Monopole sowie ihre objektiven Klasseninteressen.

### **Der Faschismus ist eine internationale Erscheinung**

Der internationale Charakter der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen

ist offenkundig. Der ihr entspringende Faschismus kann folglich auch nicht einer oder einigen Nationen eigen sein, noch lässt er sich als lokales Resultat einzelner Länder erklären.

Der als Strömung, Bewegung und Staatsform in einigen Ländern entstandene Faschismus ist hinsichtlich seines jeweiligen von ihm verherrlichten und verbreiteten chauvinistischen Nationalismus oder gar seines Rassismus national. So sind unter den ausgenutzten Werten die nationalen weit oben. Zugleich trägt die Entstehungsgeschichte des Faschismus in den jeweiligen Ländern unterschiedliche nationale Züge.

Er nutzt nationalen Werte werden jedoch nur aus. Für die imperialistischen Länder und deren Monopolbourgeoisie hat der Faschismus nicht nur die internationale Tendenz, die die vorherrschende Tendenz des fortgeschrittenen Kapitalismus ist. Er bringt durch die Anwendung monopolistischer Aggression, Ausplünderung, brutale Gewalt und Krieg als legitime Methoden sowie mit dem Kapitalexport sowie der wirtschaftlich und geopolitischen Aufteilung der Welt diese internationale Tendenz zugleich am besten zum Ausdruck.

In den vom Imperialismus abhängigen Ländern wirkt dieselbe internationale Tendenz. Diejenigen, die ein gewisses Maß an Entwicklung, Größe und Stärke erreicht haben, schwingen entweder im Namen ihrer eigenen Monopole oder als Handlanger der Imperialisten im Ausland ihre Nationalfahnen, um die Völker hinter sich zu versammeln, wodurch sie zugleich den Nationalismus fördern. Auf diesem Wege versuchen sie, im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst Kapitalexport zu betreiben – obwohl sie selbst ein Vielfaches importieren – und sich an der regionalen ökonomischen und territorialen Aufteilung zu beteiligen.

So wie die Größe eines Landes und der Entwicklungsstand des Kapitalismus zunehmen, so nehmen auch die Aktivitäten im Ausland zu – was u.a. auch den Faschismus gedeihen lässt. Dies geschieht aber mit dem Unterschied, dass während sie gegenüber unterdrückten Nationen und ihren schwachen Nachbarvölkern Rechtlosigkeit, Expansionismus und Zwang an den Tag legen, sie gegenüber den

Imperialisten Schwierigkeiten haben, ihre Interessen als Handlanger zu verteidigen, weshalb sie die Ausnutzung der zwischenimperialistischen Widersprüche zur Grundlage ihrer Strategie machen.

### **Der Faschismus hängt mit der kapitalistischen Krise zusammen**

Die faschistische Bewegung entstand am Anfang des letzten Jahrhunderts, als die Verwüstungen des imperialistischen Kriegs, die Machtergreifung des Proletariats in Russland, das eine alternative Welt aufzubauen vermochte, und der Zerfall des kapitalistischen Markts die kapitalistische Krise noch weiter verschärften.

Im Zusammenhang mit den Zerstörungen des Krieges und der Krise 1922-23 kam sie in Italien und nach der Krise 1929 in Deutschland nach einer raschen Entwicklung an die Macht.

Die zu Massenarbeitslosigkeit und -armut führenden Krisen des Kapitalismus haben, auch wenn ihnen kein sozialistischer Staat gegenübersteht, durch die Erschwerung der Ausbeutungsverhältnisse sowie ihrer Fortführung auch einen Negativeffekt auf die Bourgeoisie inklusive der Monopole; besonders wenn diese auf eine Grundsatzkrise treffen, in der die Hauptwidersprüche des Kapitalismus verschärft und ihre Folgen drastischer werden. Ebenjene Faktoren führen zuallererst durch die Verschärfung von Arbeitslosigkeit und Elend dazu, dass das Leben besonders für Arbeiterinnen und Arbeiter untragbar wird. Während die Monopolbourgeoisie versucht, die Krisenbedingungen durch das günstige Abstoßen von untergehenden Firmen und Besitztümern in eine Vorbereitung für einen neuen Aufschwung zu verwandeln, hat sie mit der zunehmend unzufriedenen und kampfbereiten Opposition der Arbeiter und des Volkes zu kämpfen. Wann immer die inneren und äußeren Bedingungen die Fortsetzung der Kapitalherrschaft und ihrer Ausbeutung im alten politischen Rahmen verunmöglichen, tritt der Faschismus als Versuch der Monopole, „den Kapitalismus und ihre Herrschaft fortzusetzen und zu stabilisieren“, auf den Plan.

Es sei beiseite gelassen, dass der Faschismus eine

trügerische, antikapitalistische Agitation nutzt, um unter Ausnutzung ihrer Forderungen die werktätigen Massen und Mittelschichten, die sich vom System zu lösen suchen, für sich zu gewinnen. Denn der Faschismus ist die direkte, sich im In- und Ausland auf Gewalt stützende organisierte Form des Machtkampfs der Monopole und des Kapitalismus, was auch die Eroberung neuer Märkte mit einschließt.

Man kann nicht zwischen jeder kapitalistischen Krise und dem Faschismus eine direkte und mechanische Beziehung deuten. Wir wissen aus der Praxis, dass der Kapitalismus in der Lage ist, seine normalen Krisen mit normalen Mitteln zu bewältigen. Für den Faschismus ist es zusätzlich erforderlich, dass weitere Faktoren hinzukommen und dass jene Krisen solch eine Gewalt besitzen, dass sie auch eine politische Krise zur Folge haben.

Der spanische Faschismus beispielsweise hängt sowohl mit dem Aufstand der Generäle und ihrer faschistischen Bewegung als Reaktion auf den Wahlsieg der „Volksfront“ in der auf die Gründung der Republik von 1931 folgende Wahl im Jahr 1936, als auch mit der berüchtigten Krise im Jahr 1929 zusammen. Genauso in Chile: 1971 verursachte die im Alleingang von den USA durchgeführte Entkopplung des US-Dollars den Kollaps des Geldsystems. Hinzu kamen eine Lebensmittel- sowie Energiekrise und schlussendlich die Krise von 1973.

Während internationale Krisen starke faschistische Wellen ermöglichten, waren die Auswirkungen schwächerer oder nur regionaler bzw. nationaler Krisen begrenzter, aber dennoch vorhanden. So führten auch in jüngster Zeit die Krisen von 2001 und 2008 zu einer Stärkung der faschistischen Bewegungen.

### **Die Gefahr einer möglichen Revolution treiben die Monopole zum Faschismus**

Die Erfahrungen des Klassenkampfes des letzten Jahrhunderts zeigen, dass faschistische Diktaturen im Allgemeinen auf den Plan treten, wenn revolutionäre Situationen entstehen und die Bewegungen der Arbeiter und der werktätigen Massen die Machtfrage aufbringen oder die Spannung zwi-

schen den kämpfenden Klassen sich dem nähern. Das „höchste Stadium des Kapitalismus“, den Monopolkapitalismus, ordnete Lenin als einen „Übergangskapitalismus, noch richtiger einen ums Überleben kämpfenden Kapitalismus“ ein. Das Auftreten der Machtfrage bedeutet für das Finanzkapital und ihre Herrschaft Leben oder Tod. Nachdem die Monopolbourgeoisie eine definitive Erfahrung mit der Oktoberrevolution 1917 gemacht hat, hat sie bei jeglichem Auftauchen der Machtfrage oder gar beim Erkennen der kleinsten Möglichkeit weder davor zurückgeschreckt, extrem hart darauf zu reagieren, noch die reaktionärsten Maßnahmen anzuwenden.

Der Faschismus sowie die faschistische Diktatur sind die konterrevolutionäre Reaktion und Antwort der Monopole auf Situationen, in denen die Revolution heranwächst oder die Wahrscheinlichkeit einer Revolution offen zutage tritt und somit ihre Herrschaft in Frage gestellt wird. Diese Antwort auf die Revolution und ihre Stützen tritt als Konzentration der reaktionären Tendenz der Monopole im Zusammenhang mit der Machtfrage in Erscheinung.

Und so lief es in Italien, Deutschland und Spanien, Polen, Bulgarien und Griechenland, später Chile, Brasilien, Uruguay, Guatemala und anderen lateinamerikanischen Ländern ab. Es ist also ein allgemeines Phänomen. Es ist mehr als verständlich, dass die Monopolbourgeoisie, die die gesamte Macht in ihren Händen hält und ihre Strukturen in jede Ecke der Gesellschaft ausgeweitet hat, in der Epoche der sozialen Revolutionen bei Konfrontation mit möglichem Machtverlust nicht davor zurückschreckt, grenzenlose Reaktion anzuwenden, um ihre bürgerliche Diktatur unter reaktionärsten Bedingungen anzupassen.

### **Faschismus ist ein Produkt des Widerspruchs zwischen Monopolen, Arbeiterklasse und Volk**

Die außerordentliche Verschärfung des Widerspruchs zwischen den Imperialisten spielt mit einer Rolle dafür, dass der Faschismus für die Herrschenden notwendig wird. Dabei drückt sie sich dadurch aus, dass jene imperialistischen Monopole, die mit der vorherigen Aufteilung der Welt unzufrieden

waren und daher jetzt eine Neuaufteilung wollen, damit anfangen die „hintere Front“ zu verfestigen, zur Kriegsökonomie überzugehen und in der Militarisierung Fortschritte erzielen.

So wie der Widerspruch zwischen Imperialisten und Reaktionären eine gewisse Rolle in Bezug auf die Errichtung als auch Zerstörung des Faschismus und ihrer Diktatur spielt, so ist der ausschlaggebendste Faktor der Widerspruch und der damit zusammenhängende Kampf zwischen Imperialismus und Reaktion auf der einen Seite und den Arbeitern und werktätigen Massen auf der anderen Seite. Unbeachtet ihrer internationalen Bedürfnisse und Neigungen ist der Faschismus nicht ein Mittel zur Lösung des Kampfes zwischen den Herrschenden, sondern ein Produkt des Bedürfnisses des Finanzkapitals und der Monopole, unter erschwerten Herrschaftsbedingungen die Arbeiter und werktätigen Massen unter Kontrolle zu bringen und sich der Gefährlichkeit ihres Kampfes zu entledigen.

### **Die Aufhebung der bürgerlichen Demokratie**

Der Faschismus und die faschistische Diktatur sind nicht nur der konzentrierte Ausdruck der reaktionären Tendenz der Monopole, sondern auch eine konkrete Form, auf die in Krisenzeiten zurückgegriffen werden kann, insbesondere in nationalen politischen Krisen, wenn die Monopole „Wege suchen“, um „die Demokratie zu verletzen“, oder im Zusammenhang mit der Möglichkeit einer sozialen Revolution.

Die bürgerliche Demokratie oder die bürgerliche Diktatur in demokratischer Hülle ist hauptsächlich durch den Parlamentarismus gekennzeichnet, der hervorragend zur freien Konkurrenz passt. Doch wenn dieses System es nicht schafft, mit den aus den inneren Streitigkeiten der Bourgeoisie resultierenden Problemen umzugehen, noch die Opposition der Arbeiter und werktätigen Massen zu unterdrücken, um die wirtschaftliche und politische Krise des Kapitalismus zu überwinden, so führt diese Herrschaftsunfähigkeit dazu, dass als Weg der Verletzung der Demokratie die Änderung der Form zur Diktatur auf die Tagesordnung tritt, wodurch die demokratischen Rechte und Freiheiten beseitigt werden.

Es ist eine Situation erreicht, in der die Bourgeoisie mit dem Parlamentarismus, der die Wahrnehmbarkeit demokratischer Rechte mit einschließt, ihre Herrschaft nicht mehr fortsetzen kann. So geben Finanzkapital und Monopole, die die Neigung zur Verletzung der Demokratie innehaben, was wiederum Quelle der Reaktion ist, den bürgerlichen Parlamentarismus mitsamt der demokratischen Rechte und Wahlen, die ihnen zum Klotz am Bein geworden sind, auf.

Das Parlament, das ohnehin nicht der Ort ist, an dem die Staatsangelegenheiten entschieden werden, erschwert die Herrschaft durch die Länge des Entscheidungsprozesses. So kann es dem Bedürfnis der Monopole nach schneller Zentralisierung von Entscheidungen oder Verordnungen nicht entsprechen und wird überflüssig. Die demokratischen Rechte erschweren die Verwirklichung der Interessen der Monopole, machen sie sogar unmöglich, wenn sie stark und vollständig genutzt werden. Außerdem helfen sie dem Proletariat, seine sozialistische Erziehung zu vervollständigen, indem es sie bei seinem Eingreifen in die Politik nutzt. Deshalb sind weder diese Rechte noch lange und ergebnislose Diskussionen notwendig, sondern Zwang, Verbot, rohe Gewalt und Terror.

### **Der Faschismus ist ein Politikmonopol**

Arbeiter- und volksfeindliche Entscheidungen, die bei der Umsetzung der Monopolinteressen nicht durch schnelle und demokratische Einwände behindert werden, erfordern eine politische Zentralisierung, die der ökonomischen Zentralisierung des Monopols entspricht: Ein politisches Monopol, ein Politikmonopol. Der Faschismus ist ein Politikmonopol.

Die Monopolbourgeoisie erfordert eine Struktur, die die vollständige und rasche Umsetzung ihrer Interessen garantiert. Diese Zentralisierung durch die Übertragung der Entscheidungsgewalt auf einen Führer, die Nutzung von Ernennungen statt Wahlen, die Erhebung von Diktaten zur Regel und die gewaltsame Unterdrückung jeglicher Opposition führt zur Umwandlung des bürgerlichen Staats in eine faschistische Diktatur.

Dass die Leiter faschistischer Organisationen und von Staatsorganen durch den Führer ernannt werden, ist eine Selbstverständlichkeit des Faschismus. Phänomene der alten demokratischen Staatsform wie der „Volkswille“ und die Prinzipien von Wahlen und Wählbarkeit werden kurzerhand beseitigt.

### **Die faschistische Diktatur vertreibt die Massen aus der Politik**

Der Feudalismus stützt sich auf außerökonomische Zwänge und ist auf diesen errichtet: Die Hauptstütze der Feudalgesellschaft sind Abhängigkeiten zu Personen und Boden. Der Kapitalismus andererseits kennt abseits weniger Ausnahmen nur wirtschaftliche Zwänge. Auch wenn es im Endeffekt zur Frage des Verhungerns wird, hat der Arbeiter die Freiheit darüber zu entscheiden, ob er seine Arbeitskraft verkaufen möchte und darüber zu verhandeln, für wie viel er das tut.

Das Kapital ist zuallererst wirtschaftlich herrschend. Und solange die wirtschaftliche Herrschaft des Kapitals fortbesteht, wird sich an dieser Tatsache nichts ändern. Daran ändert auch die Form des politischen Regimes nichts. Unter der wirtschaftlichen Herrschaft des Kapitals wird immer ein Teil der Arbeitskraft von ihr unentgeltlich eingesackt. Deshalb war bis zum Erreichen des Monopolkapitalismus die bürgerliche Demokratie der übliche Überbau.

Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die bürgerliche Demokratie dennoch eine Form der bürgerlichen Diktatur ist. Gegen diese organisierte Unterdrückung nutzen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen in ihrem Kampf im Rahmen der bürgerlichen Demokratie nicht nur ihre demokratischen Rechte, sondern kämpfen auch um den Erhalt dieser und werden zu ihren Garanten. Zugleich treiben sie ihre sozialistische Erziehung voran und gründen und organisieren sich obendrein in gewerkschaftlichen und politischen Massenorganisationen.

Die mit Krisen einhergehende Wahrscheinlichkeit einer sozialen Revolution und die Gefahr, die ihre praktische Umsetzung schafft, drängt die Bourgeoisie

sie zwecks Festigung ihrer Herrschaft in Richtung Demokratiezerstörung, wozu der außerökonomische Zwang, also der politische Zwang, zur kapitalistischen Notwendigkeit wird. Die faschistische Diktatur bedeutet die Verstärkung des wirtschaftlichen Zwangs durch die Vereinigung mit dem politischen Zwang, indem

**1.** Zur Durchsetzung der dem ökonomischen und sozialen Leben aufoktroierten Maßnahmen die ausgebeuteten Massen durch die Zerschlagung ihrer Organisationen aus der Politik gedrängt werden, und

**2.** Neben durch politischen Druck zur Akzeptanz von Hungerlöhnen gezwungenen Arbeitern und Werktätigen Kriegsgefangene und wie bspw. in Deutschland (und den von ihm besetzten Ländern) Juden zur „Sklavenerarbeit“ gezwungen wurden.

Entsprechend ist der Faschismus im Grunde die Negation des auf wirtschaftlichem Zwang aufbauenden Kapitalismus, was sich an der Neigung zeigt, erneut Reichtum auf Grundlage von politischem Zwang zu schaffen. Ein weiterer Faktor und weiteres Beispiel dafür, dass der Faschismus als eine kapitalistische Herrschaftsform auf politischem Zwang aufbaut, sind die Massenvernichtungen, die eine regelmäßige Praxis gegen die sowjetische Bevölkerung war, besonders in den Besatzungsgebieten sowie durch die Gaskammern.

### **Die faschistische Diktatur ist die offen terroristischste bürgerliche Staatsform**

Bis hier sollte klar sein, dass die faschistische Diktatur weder die Herrschaft der Kleinbourgeoisie, dessen Forderungen von den Monopolen ausgenutzt werden, noch der, besonders durch Kriege und Krisen hervorgebrachten, außerhalb der Klassen stehenden Elemente, noch der bonapartistischen „Anführer“ ist, denen die Monopolbourgeoisie in einer Pattsituation der Klassenkräfte das Ruder überlässt.

Die faschistische Diktatur ist eine bürgerliche Dik-

tatur. Als eine bürgerliche Diktatur im Zeitalter des Monopolkapitalismus ist die faschistische Diktatur eine Form des bürgerlichen Staates, der, indem alle nichtmonopolistischen bürgerlichen Schichten ausgeschlossen werden, zu einem Werkzeug der oligarchisch gewordenen Herrschaft des Finanzkapitals wird: Seine reaktionärste, durch kein Gesetz begrenzte, blutrünstigste, terroristische Form.

Er repräsentiert die Interessen der Monopolbourgeoisie, ist ein Werkzeug ihrer Herrschaft und schafft und sichert die äußeren Bedingungen der monopolistischen Ausbeutung und Plünderung. Er betreibt eine ihren Bedürfnisse entsprechende Politik, sodass seine Maßnahmen auf die Befriedung dieser Bedürfnisse ausgerichtet sind. Die faschistische Diktatur ist ein Werkzeug der Herrschaft des Finanzkapitals; sie ist die organisierte Form der Gewalt und des offenen Terrors der Monopolbourgeoisie.

Es wird behauptet, dass in der Komintern und besonders im Bericht von Dimitroff an den 7. Kongress Thesen vertreten werden, dass die faschistische Diktatur nicht die des Finanzkapitals und der Monopole ist, sondern die Diktatur der „reaktionärsten“, „gewalttätigsten“ etc. Schichten oder Gruppen. Das ist nicht richtig.

Dimitroff, der sprach ausdrücklich davon, dass

*„der Faschismus im Zeitalter des Imperialismus und der Volksrevolutionen das Klassenherrschaftssystem der kapitalistischen Bourgeoisie und ihrer Diktatur ist“.*

Er schrieb weiterhin im Bericht:

*„Die faschistische Diktatur der Bourgeoisie ist eine grausame, aber keine feste Macht.“*

Damit nicht genug, schrieb er auch:

*„Der Faschismus proklamierte sich zum einzigen Repräsentanten aller Klassen und Schichten der Bevölkerung [...]. Er tut so, als ob er die Interessen aller dieser Schichten, die Interessen der Nation verteidigt. Da aber der Faschismus die Diktatur der Großbourgeoisie ist, so muss er unvermeidlich mit seiner sozialen Massenbasis in Konflikt geraten“*

[...].“

So war es derselbe Dimitroff, der im politischen Bericht des Zentralkomitees an den fünften Kongress der Bulgarischen Arbeiterpartei im Jahre 1948 schrieb:

*„Der Faschismus ist nichts anderes als die rücksichtslose, terroristische Diktatur des Großkapitals.“*

Dass die faschistische Diktatur eine Staatsform ist, bedeutet andererseits zugleich, dass die Machtergreifung des Faschismus und die Änderungen an der Form des bürgerlichen Staates nicht mit einem üblichen Regierungswechsel gleichzusetzen sind:

*„Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie - der bürgerlichen Demokratie - durch eine andere Form - durch die offene terroristische Diktatur.“*

So darf entsprechend nicht jede Regierung, die einfach reaktionär, faschistoid ist oder im allgemeinen dem Faschismus den Weg bereitet, als „faschistisch“ gebrandmarkt werden.

## Monopole und faschistische Diktatur

Andererseits ist es auch nicht ohne Grund, dass Dimitroff mal den deutschen Faschismus als „Faschismus an der Macht“ und mal faschistische Diktaturen im Allgemeinen als „Diktatur der imperialistischsten, aggressivsten Elemente des Finanzkapitals“ bezeichnet. Sowie das Dasein der faschistischen Diktatur als Herrschaftsinstrument der Monopole und als reaktionärste und offen terroristische Staatsform der Bourgeoisie nicht automatisch bedeutet, dass in allen reaktionären Abenteuern des Faschismus alle Monopole und Finanzkapitalgruppen die gleiche Stellung zu ihm einnehmen, so kann dies auch nicht als Bedingung aufgefasst werden.

Die Praxis der Faschisierung zeigt ganz im Gegenteil offen die Unterschiede zwischen den Finanzkapitalgruppen und den Monopolen in ihrer Herangehensweise an den Faschismus und ihre Befürwortung für diesen. Es ist nicht nur normal,

sondern gar unvermeidlich, dass während die Monopole und Finanzkapitalgruppen in Bezug auf ihre gemeinsamen Interessen gegenüber der Arbeiterklasse und der werktätigen Völker zusammenkommen, sich ihre Interessen unterscheiden und ihre besonderen Interessen sich nicht überlappen, da sie, abseits der Monopol Konkurrenz, in verschiedenen Sektoren durch unterschiedliche Investitionen, Produktion, Rohstoffe, Märkte und Kredite usw. unterschiedliche Positionen einnehmen. Aus diesen Interessenunterschieden resultieren unterschiedliche Herangehensweisen der verschiedenen Monopole und Monopolgruppen zum Entstehungs- und Aufbauprozess des Faschismus.

Ein anderes Problem ist, wie sich Monopole und Monopolgruppen voneinander unterscheiden. Allerdings werden oft bspw. die „Industriemonopole“ und die Banken bzw. die „Finanzmonopole“, oder die „Leichtindustriemonopole“ und die „Schwerindustriemonopole“ gegenübergestellt, was mit einer Unkenntnis über die Entstehung und Eigenschaften des durch die Verflechtung der Monopole und des Industriekapitals mit dem Bankkapital entstandenen Finanzkapitals erklärt werden kann.

Dabei ist es sowohl bei Lenin offen zu erkennen als auch in der kapitalistischen Praxis. Lenin sagt,

*„[...] Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie - das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.“*

und belässt es nicht bei einem verallgemeinerten „Verwachsen“:

*„Drei bis fünf Großbanken einer beliebigen der kapitalistisch fortgeschrittensten Nationen haben zwischen Industrie- und Bankkapital eine „Personalunion“ hergestellt und in ihrer Hand die Verfügungsgewalt über Milliarden und aber Milliarden konzentriert, die den größten Teil der Kapitalien und der Geldeinkünfte des ganzen Landes ausmachen.“*

So sieht auch die Praxis kapitalistischer Länder aus. Finanzinstitute wie Banken, Versicherungen, Investmentfonds etc. bilden das Herz des Finanzkapitals. Das Wirtschaftsleben der Welt wie auch der kapitalistischen Gesellschaften wird von einer

Gruppe des Finanzkapital kontrolliert, in deren Zentrum eine kleine Anzahl von Banken steht. Die kapitalistischen Staaten sowie die monopolkapitalistische Ökonomie, die unter der Herrschaft von Finanzkapitalgruppen organisiert ist, repräsentieren die politische Dominanz derselben Gruppen, die zudem untereinander konkurrieren, manchmal bei bestimmten Themen zusammenarbeiten und sich bei anderen bekämpfen.

Auch wenn bei fortschreitender Globalisierung miteinander mehr oder weniger verflochten sind, gibt es zwischen den Finanzkapitalgruppen, die sich aus „nationaler“ Sicht auf verschiedene Märkte stützen (wie heutzutage USA, China, Russland, Deutschland etc.) grundsätzlich wichtige Unterschiede und langfristig eine Konfrontation unausweichlich machende Interessenunterschiede und Konkurrenz. Diese Interessenunterschiede und Konfrontationen sind in abnehmendem Ausmaß, zum Beispiel bei amerikanischen (und zweifellos auch anderer Länder) Finanzkapital- und Monopolgruppen wie Rockefeller, Morgan, Dupont, Amazon, Apple, Microsoft, Facebook und ähnlichen ebenfalls unvermeidlich und sichtbar.

Auch die Unterschiede bei den Bereichen, in denen Investitionen getätigt werden, spielen bei diesen Interessenunterschieden eine Rolle. Aber Finanzkapitalgruppen unterscheiden sich von den kleinen Herstellern und Händlern der Ära des freien Wettbewerbs dadurch, dass sie in mehreren Bereichen investieren und tätig sind, statt in einem. Mit diesen daraus resultierenden Interessenunterschieden und Tendenzen zeigen Finanzkapitalgruppen und Monopole unterschiedliche Einstellungen zum Faschismus.

In den frühen 1920er Jahren erhielt die faschistische Bewegung eine gewisse finanzielle Hilfe und Unterstützung von den Monopolbossen, da sie revoltierende Arbeiter in Deutschland angriff und den Klassenfeind angriffen. Die Arbeitslosigkeit, die 1927 zu steigen begann, explodierte mit der Krise von 1929, als die Industrieproduktion um die Hälfte zurückging und die Finanzkrise einsetzte, worauf die Arbeiter wieder aufständisch wurden, begannen zunehmend größere Kreise der Monopole, deren Bedürfnisse und Unterstützung für

faschistische Banden wieder zunehmen, sich dem Faschismus zuzuwenden.

Hitler und seine Partei begannen, stark von Monopolen unterstützt zu werden, insbesondere von E. Kirdorf, Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG, der Chef von Thyssen, der Medien-, Schifffahrts-, Bergbau- (Kohle) und Bankenboss sowie Rüstungsproduzent H. Stinnes, Lokomotivbauer Borsig, der 1931 mit der AEG fusionierte und später Kriegsmaterial herstellte sowie von Elektrochemie-Monopolist IG Farben und Banken. Nach 1930 kamen auch Krupp und andere hinzu, die anfänglich keine Unterstützung gaben.

Es gibt jedoch auch eine beträchtliche Anzahl von Monopolen und Banken, die für ihre Investitionen in die Chemie-, Pharma- und Lebensmittelbereiche bekannt sind, die Hitler nicht unterstützten. Mit seinem Programm schaffte es der Faschismus aber, eine beträchtliche Zahl an Anhängern zu gewinnen, die Monopole um sich zu versammeln und schlussendlich an die Macht zu kommen.

Die Schlussfolgerung ist, dass während der Faschismus und die Errichtung einer faschistischen Diktatur als Lösung von einigen Monopolen besonders bevorzugt und unterstützt werden, es von anderen, ebenfalls reaktionären Monopolen möglicherweise nicht bevorzugt wird. Es ist schließlich bekannt, dass, während die Monopole in Ländern wie Italien und Deutschland um das Programm des Faschismus vereint waren, die Monopole von Ländern wie England, Frankreich und den USA den Faschismus unter den damaligen Bedingungen nicht bevorzugten.

Unter konkreten Umständen können und werden gewisse Finanzkapitalgruppen und -monopole, die statt der alten Formen sich am dringendsten terroristische Methoden herbeisehnen, sich als Vorreiter dem Faschismus zuwenden. Während die Betonung auf den „Faschismus an der Macht“ hauptsächlich auf den deutschen Faschismus abzielt, spiegelt die zuerst auf der 13. Sitzung der Komintern im Jahre 1934 und danach auf ihrem 7. Kongress 1934 festgestellte Definition als „offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzka-

pitals“ diese Situation wider.

Abgesehen von den Interessenunterschieden zwischen den Monopolen gibt es Widersprüche zwischen den speziellen und allgemeinen Interessen des Monopolkapitalismus mit seinen einzelnen Monopolen auf der einen Seite und des in der Geschäftsführerrolle befindlichen bürgerlichen Staates auf der anderen Seite. So ist die Politik auch relativ unabhängig von der Wirtschaft.

Die Unterschiede, die sich aus beiden ergeben, sind jedoch nicht auf die Bedingungen der faschistischen Diktatur beschränkt, wie anhand von Beispielen von hohen kartellrechtlichen Geldstrafen, die gegen bestimmte Monopole in den USA und europäischen Ländern verhängt wurden und dem Ausschluss einiger traditioneller Holdings wie Koç von öffentlichen Ausschreibungen in der Türkei zu sehen ist.

Und die Tatsache, dass die faschistische Diktatur insbesondere in Bezug auf die Konkurrenz und den Widerspruch zwischen den Monopolen eher den Interessen bestimmter Monopole entspricht, bedeutet weder, dass sie nicht die reaktionärste Form des von den Monopolen beherrschten bürgerlichen Staates ist, noch, dass sie eine (bonapartistische) Diktatur der „Faschisten“ oder der „faschistischen Führer“ oder eine „halbe“ (beispielsweise „kleinbürgerliche“) Diktatur ist, in denen gewisse Monopole mehr herrschen.

Der Widerspruch zwischen Monopolen und das Autonomieverhältnis zwischen Wirtschaft und Politik führte in Deutschland unter der faschistischen Diktatur zu blutigen Abrechnungen zwischen Monopolen, Generälen und faschistischen Führern, zur Zerschlagung eines Teils der SA und SS und der vollständigen Eingliederung des Rests in den Staat und zu zahlreichen Anschlägen gegen Hitler. Auf den letzten (vom 20. Juli 1944) folgte die Hinrichtung vieler Generäle, Bourgeois und Grundbesitzer.

### **Faschismus von oben und unten und die Faschisierung des Staates**

*„Die Entwicklung des Faschismus und die faschistische Diktatur selbst nehmen in den verschiedenen*

*Ländern verschiedene Formen an, je nach den historischen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, je nach den nationalen Besonderheiten und der internationalen Stellung des betreffenden Landes.“*

In der Geschichte gibt es Parallelen, aber keine Wiederholungen. Dennoch kann der Faschismus in seiner Vielfalt und seinen Entwicklungsmerkmalen in zwei allgemeine Gruppen eingeteilt werden: „Faschismus von oben“ und „von unten“.

Im ersten Fall gelangt der Faschismus an die Macht, indem er sich zusammen mit paramilitärischen Organisationen zu einer Massenbewegung entwickelt. Die Zweite ist ihre Organisation von oben nach unten durch eine faschistische (oder in der Faschisierung befindliche) Organisation/Partei, die einen Platz in der Regierung einnimmt und Staatsgewalt einsetzt oder sich ausschließlich auf sie, also hauptsächlich die Armee (und andere bewaffnete staatliche Kräfte), stützt. Bei jeder Entwicklung „von unten“ kommt es aber ohnehin an einem bestimmten Punkt, meist nach der Regierungsübernahme, zu einem Prozess der Faschisierung eines Staates (Errichtung des Faschismus), wodurch die beiden Entwicklungsprozesse oft ineinandergreifen.

Italien und Deutschland sind Beispiele der 20er und 30er Jahre des letzten Jahrhunderts für eine Entwicklung „von unten“. Bei den Militärputschen vom 11. September 1973 in Chile und 12. September 1980 in der Türkei wurde der Faschismus auf die eroberte Regierung und staatliche Institutionen wie Armee, Polizei und Spezialeinheiten gestützt von oben „errichtet“.

Es sei erwähnt, dass die Vielfalt der Prozesse der Faschisierung und des Aufbaus der faschistischen Diktatur die Vermischung von Formen von oben und unten sowie das Verhältnis des Faschismus zum bürgerlichen Parlamentarismus umfasst. Ob der Aufbau einer faschistischen Diktatur mit bürgerlichem Parlamentarismus verbunden wird und ob der Faschismus das Parlament nutzen wird oder wie lange das Parlament genutzt wird, hängt ganz von den gegebenen Klassenmachtverhältnissen ab. Dies und ob die Errichtung des Faschismus gelingt,

hängt davon ab:

1. ob die Unzufriedenheit und das Aufbegehren der Arbeiter und ausgebeuteten Massen und ihrer Organisationen unterdrückt und inwieweit sie unter Kontrolle gebracht werden können,
2. inwieweit die Mittelschichten für ihn gewonnen werden können und
3. wie zusammengeschlossen oder zerfahren die Bourgeoisie mit ihren Interessenwidersprüchen ist.

Bedingt durch die relative Schwäche der sozialen Basis des Faschismus blieb das Parlament im Italien der 1920er Jahre lange bestehen, während es in der Türkei vom 12. März 1971 nie angetastet wurde. Dafür wurde es 1967 in Griechenland, 1973 in Chile, in Hitlerdeutschland und in der Türkei vom 12. September 1980 zerschlagen.

Die konkreten Klassenmachtverhältnisse werden darüber entscheiden, ob in der Türkei eine faschistische Diktatur errichtet werden kann, ebenso wie in Brasilien unter Bolsonaro, dessen faschistische Einstellung heutzutage unzweifelhaft ist.

### **Was ist die Alternative?**

Die faschistische Herrschaft der Monopole, die die offene terroristische Form des bürgerlichen Staates ist, kann man nicht loswerden, indem man zu anderen Formen derselben Herrschaft (Parlamentarismus u.ä.) zurückzukehren sucht.

Der Faschismus blühte im Schoß des Parlamentarismus; und sowohl Parlamentarismus als auch Faschismus sind Formen der Monopolherrschaft und des gleichen bürgerlichen Staates. Daher ist es ohne das Finanzkapital und die Monopole, ihre Klassenherrschaft und den bürgerlichen Staat, der das Instrument dieser Herrschaft ist, ins Visier zu nehmen, weder möglich, einen konsequenten Kampf gegen Faschismus und die faschistische Diktatur zu führen, noch den Faschismus zu vernichten.

Die Alternative zur faschistischen Diktatur, die

nicht aus dem Konflikt zwischen den Herrschenden, sondern aus dem zwischen den Monopolen auf der einen und der Arbeiterklasse und den Werktätigen auf der anderen Seite entsteht und zu der die Monopole zwecks Unterdrückung der Arbeiter- und Volksoption greifen, um ihre Herrschaft zu sichern, ist jenseits der verschiedenen Herrschaftsformen der Monopole zu suchen. In diesem Jenseits des Monopolkapitalismus, der höchsten Stufe des Kapitalismus, findet sich der Sozialismus und nicht irgendwelche Stufen wie die „soziale Marktwirtschaft“.

So kann die Alternative zur faschistischen Diktatur die Diktatur des Proletariats oder aber Übergangsformen dazu sein, wie bspw. eine „Volksfrontregierung“ oder Volksdemokratien.

Dass der antifaschistische Kampf sich die Volkssouveränität statt der Wiederbelebung des Parlaments zum Ziel setzt, darf aber nicht dazu führen, untätig zu sein, wenn der Faschismus dazu neigt, demokratische Rechte und Freiheiten zu verletzen und das Parlament zu entmachten und abzuschaffen. Ganz im Gegenteil gehört die Erlangung politischer Freiheiten zu den Zielen des Kampfes, und dieser Kampf kann sich weiterentwickeln, indem er das Parlament als bürgerlich-demokratische Institution gegen den faschistischen Angriff verteidigt. Andererseits kann, genau wie ihre Errichtung, das Zerstören der faschistischen Diktatur und der Übergang zur Demokratie ebenso verschiedene Formen annehmen.

Es ist unbestreitbar, dass die Errichtung einer faschistischen Diktatur ein konterrevolutionäres Anliegen ist, wie ihre Vernichtung ein Anliegen der Revolution (eine Machtfrage) ist, und dass der antifaschistische Kampf für einen soliden Sieg aus dieser Perspektive geführt werden muss. Daraus folgt jedoch weder, dass es keine antifaschistischen Auffassungen liberaler, sozialdemokratischer Natur geben kann, welche nicht auf die Monopole und deren Herrschaft abzielen, sowie reformistisch und inkonsistent sind und nicht mit dem Faschismus abrechnen, noch, dass der antifaschistische Kampf diejenigen ausschließen muss, die solche Auffassungen vertreten.

Eine Perspektive des revolutionären Kampfes mit dem Ziel des Sozialismus gegen Faschismus und Monopole zu haben und die Bevölkerung mit dieser Perspektive vereinen zu wollen, schließt nicht aus, mit denen, die einen „Kampf“ auf Plattformen innerhalb des Systems führen wollen, langfristige oder kurzfristige Aktions- oder Kräftebündnisse einzugehen, sondern setzt es im Gegenteil voraus, wenn dies dazu dient, die werktätigen Massen gegen den Faschismus zu vereinen.

Andererseits kann aus der Notwendigkeit, dass der Sturz der faschistischen Diktatur ein Anliegen der Revolution ist und der Kampf gegen den Faschismus als revolutionärer Kampf zur Überwindung der Monopolherrschaft geführt werden muss, nicht die Schlussfolgerung gezogen werden, dass der Faschismus ausschließlich durch eine Revolution überwunden werden kann, noch dass der Faschismus niemals beispielsweise einer bestimmten Form des demokratischen Staates weichen wird.

- Auch wenn der antifaschistische revolutionäre Kampf, der auch auf die Herrschaft des Finanzkapitals abzielt, einen Machtwechsel nicht vollziehen kann, kann er, unter Hinzuziehung anderer Faktoren außerhalb seiner selbst – wie die nationalen und internationalen Bedürfnisse der Bourgeoisie – als Nebenprodukt den Sturz des Faschismus hervorbringen. So wie es gegen Ende des Zweiten Weltkriegs in Frankreich, Italien und Griechenland geschah.
- Andererseits kann ein spontaner Aufstand des Volkes zu ähnlichen Ergebnissen führen. Ein Beispiel dafür ist Ägypten.
- Auch ist es unter günstigen Bedingungen

nicht ganz ausgeschlossen, dass der systemkonforme antifaschistische Kampf des nichtmonopolistischen Bürgertums, der Mittelschicht und insbesondere des Kleinbürgertums, einen gewissen Erfolg erzielen wird, wenn es die Massen hinter sich bringt.

- Und schließlich zeigt uns die Geschichte eine andere Form des Verschwindens der faschistischen Diktatur, nämlich die des „Rückzugs“. Beispiele dafür sind die Diktaturen vom 12. September in der Türkei, Pinochets in Chile etc., die durch schwache Demokratien ersetzt wurden: Sowie der Massenkampf der Arbeiterklasse und des Volkes Brüche in den Mauern der faschistischen Diktatur schafft und die Diktatur zunehmend machtlos werden lässt, während zugleich demokratische Rechte zunächst faktisch und zunehmend legal ausgeübt werden, während zugleich aufgrund der Zersplitterung der bürgerlichen Cliquen die Anwendung faschistischer Methoden erschwert wird, wenngleich auch ihre Stützen wie die Armee und dergleichen noch solide erscheinen, so kann ein relativ „friedlicher“ Übergang zum bürgerlichen Parlamentarismus – auf Grundlage eines faschistischen Grundgesetzes stattfinden. Klassenmachtverhältnisse sind das einzige Kriterium, das bestimmt, wie der Faschismus von der Bildfläche vertrieben wird.

Es gibt keine Patentlösung, aber der Ansatz der revolutionären Partei der Arbeiterklasse ist klar und unverzichtbar: Der Kampf gegen den Faschismus als Bestandteil der proletarischen Revolution ist

## **PARTEI DER ARBEIT TÜRKEI (EMEP)**

untrennbar mit dem Kampf gegen Imperialismus und Monopolherrschaft verbunden.

- 
- 1) Thalheimer, August: Über den Faschismus, in: Marxists' Internet Archive, 1928, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/thalheimer/1928/xx/fasch.htm> (abgerufen am 04.06.2021).
  - 2) Bauer, Otto: Der Faschismus, in: Marxists' Internet Archive, 1936, <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1936/zwischen/faschismus.html> (abgerufen am 04.06.2021).
  - 3) Ebd.
  - 4) Lenin, Wladimir Iljitsch: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Lenin Werke, Bd. 22, 2. Aufl., Berlin, DDR: Dietz Verlag Berlin, 1972, S. 273.
  - 5) Ebd., 302.
  - 6) Lenin, 1972, S. 292.
  - 7) Lenin, Wladimir Iljitsch: Über eine Karikatur auf den Marxismus und über den „imperialistischen Ökonomismus“, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der SED (Hrsg.), Lenin Werke, Bd. 23, 7. Aufl., Berlin, DDR: Dietz Verlag Berlin, 1975, S. 38.
  - 8) Ebd., 34.
  - 9) Vgl. „[...] Beide Krupps [...] beschäftigten Zwangsarbeiter [...] und zwangen Kriegsgefangene, Waffen und Munition, die gegen ihre eigenen Länder eingesetzt wurden, herzustellen. [...] Erbeutete Aufzeichnungen zeigen, dass im September 1944 54.990 ausländische Arbeiter und 18.902 Kriegsgefangene in den Krupp-Werken beschäftigt waren.“ Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Gerichtshof Nürnberg. Nürnberg 1947, Bd. 1, S. 146-152.
  - 10) Abseits der Kriegsberichterstattung liegt die Zahl der ermordeten Sowjetbürger, deren überwältigende Mehrheit der zur „Sicherung des Hinterlandes“ angewandten Politik der „verbrannten Erde“ zum Opfer fielen, bei mindestens 20 Millionen.
  - 11) Dimitroff, Georgi: Faşizme Karşı Birleşik Cephe, 7. Aufl., Ankara, Türkei: Ekim Yayınları, 1975, S. 57.
  - 12) Dimitroff, Georgi: Arbeiterklasse gegen Faschismus, in: Bibliothek der revolutionären Bewegungen unserer Zeit, 02.08.1935, [http://www.mlwerke.de/gd/gd\\_001.htm](http://www.mlwerke.de/gd/gd_001.htm) (abgerufen am 06.06.2021).
  - 13) Dimitroff, 1935.
  - 14) Dimitroff, Georgi: Report to the V Congress of the Bulgarian Workers' Party (Communists), in: Revolutionary Democracy, 19.12.1948, <https://revolutionarydemocracy.org/archive/DimitCong5.htm> (abgerufen am 06.06.2021).
  - 15) Dimitroff, 1935.
  - 16) Wilhelm Pieck stellte in seinem dem 7. Kongress der Komintern vorgelegten Arbeitsbericht der EKKI fest, dass die KPD damals diesen Fehler begangen habe: „In Deutschland vertreten die Kommunisten lange Zeit die Ansicht, dass die sozialdemokratische Regierung Hermann Müller die Faschisierung durchführte, dass die Regierung Brüning bereits eine Regierung der faschistischen Diktatur war.“ Pieck, Wilhelm: The Activities Of The Executive Committee Of The Communist International, in: Foreign Languages Publishing House Moscow (Hrsg.), VII Congress Of The Communist International: Abridged Stenographic Report Of Proceedings, 1939, <https://www.bannedthought.net/International/Comintern/Congresses/7/VII-CongressCominternAbridgedStenographicReport-1939-OCR-sm.pdf> (abgerufen am 13.06.2021), S. 43.
  - 17) Lenin, 1972, S. 230.
  - 18) Ebd., 304 f.
  - 19) Dimitroff, 1935.
  - 20) Dimitroff, 1935.

# USA

## Wahlen werden den Faschismus nicht besiegen, das können nur wir

*Hinweis: Dieser Artikel wurde am Vorabend der US-Präsidentenwahlen 2020 verfasst. Ein kurzer Nachtrag nach den Wahlen ist am Ende angefügt.*

**D**er größte Feind des Faschismus war und ist schon immer eine vereinte Bewegung der Arbeiterklasse.

Die ganze Welt blickt auf die bevorstehenden Wahlen in den Vereinigten Staaten. Auch wenn es in der Welt nach dem Kalten Krieg noch andere mächtige imperialistische Nationen gibt, bleiben die USA in ihrem Zentrum. Die Spekulationen über die Wahl wirken sich direkt auf die tägliche Ebbe und Flut von Investitionen auf dem globalen Markt aus, da die Kapitalisten die Möglichkeiten in Betracht ziehen, die sich durch die über 1.000.000 Todesopfer des COVID-19-Ausbruchs und die größere Instabilität im imperialistischen Kernland ergeben. Für die Amerikaner hat die erste Amtszeit von Trumps Präsidentschaft die radikale Rechte erheblich gestärkt, die Unterdrückung von Einwanderern verschärft und grundlegende bürgerliche Rechte wie

das Wahlrecht beschnitten. Die Gewalt der Rechten gegen die unterdrückten Völker wurde nicht nur durch die Repressionskräfte des Staates fortgesetzt, sondern auch durch die militante rechte Bewegung, die aus dem Schatten von Charlottesville hervortritt. In vielerlei Hinsicht wirft diese Wahl einen langen Schatten auf das Leben aller in den Vereinigten Staaten lebenden Menschen.

Viele auf der Linken haben beschlossen, dass Trump besiegt werden muss und dass die Unterstützung für Biden der logische Aufruf zum Handeln ist. Es lässt sich nicht leugnen, dass Trump besiegt werden muss und dass seine Präsidentschaft eine große Bedrohung für die Arbeiterklasse in den USA darstellt. Aber in dieser Dringlichkeit können wir uns nicht weigern, die einfache Wahrheit anzuerkennen, dass diese faschistische Politik und die Bewegungen schon vor Trump existierten und nach Trump stärker denn je existieren werden. Es besteht keine Notwendigkeit für Trump, eine paramilitärische Gruppe zu bilden, wenn die reaktionäre Bürgerschaft über Generationen hinweg zu die-

ser Kraft herangezuchtet wurde. Die Polizei ist von Anfang an mit der gewaltsamen Unterdrückung der unterdrückten Völker durchgekommen. Der amerikanische Staat hat trotz seines Geredes über die Freiheit des Bürgers kein Problem damit, große autoritäre Macht auszuüben, wenn es den Bedürfnissen der Herrschenden im In- und Ausland entspricht. All das gab es schon vor Trump, es gibt dies auch unter Trump, und es wird es auch nach Trump geben.

*„Unser Leben als arbeitende Menschen ist zu sehr gefährdet, als dass wir uns weigern könnten, zu erkennen, wie es das ganze Land während der Debatte in dieser Woche getan hat, dass wir in jedem Fall verlieren - ohne eine echte Volksbewegung.“*

Keine kommunistische Gruppe in den Vereinigten Staaten hat einen nennenswerten Einfluss auf die öffentliche Meinung. Dennoch haben viele Organisationen ihren Hut in den Ring der Befürwortung geworfen und sich für die Wahlen engagiert. Dahinter verbirgt sich Pragmatismus, aber nicht viel mehr. Man könnte sogar argumentieren, dass eine kommunistische Gruppe in den Vereinigten Staaten, die einen Kandidaten unterstützt, diesem Kandidaten mehr schaden würde als alles andere. Schließlich hassen die Liberalen die radikale Linke und insbesondere die Kommunisten um ein Vielfaches mehr als die Rechte und den Faschismus, wie der Angriff auf die sozialdemokratische Kampagne von Bernie Sanders zeigt.

Angesichts der sich abzeichnenden Wahlen in den USA - von den Arbeitslosenzonen über die von Obama und Biden errichteten Haftanstalten für Einwanderer, die von Trump zu einem Ort der Eugenik und Familientrennung gemacht wurden, bis hin zu den wohlhabenden Vorstädten, auf die Biden und Trump ihren Wahlkampf konzentrieren - sagen wir, dass der Slogan „Besiege Trump“ nicht ausreicht. Wie Malcolm X 1964 sagte und wie die Bolschewiki 1917 argumentierten, kann der Stimmzettel ein Werkzeug für Revolutionäre sein, das nicht ignoriert werden sollte. Aber wir sollten niemals, vor allem nicht, wenn der Faschismus in den Vereinigten Staaten an Macht gewinnt, unsere Slogans auf die alten Wahlspielchen des „diese Wahl ist zu wichtig“ reduzieren. Unser Leben als

arbeitende Menschen ist durch das Wiederaufleben staatlicher und rechter Gewalt zu sehr bedroht, als dass wir uns weigern könnten zu erkennen, wie es das ganze Land während der Debatte in dieser Woche tat, dass wir in jedem Fall verlieren - ohne eine echte Volksbewegung.

### **Der lange Verfall hin zum amerikanischen Faschismus**

Bei der Behandlung jeder Erkrankung ist es notwendig, die Ursache der Krankheit zu finden. Die Behandlung der Krankheitssymptome ist zwar wichtig, aber keine Heilung, sondern nur eine vorübergehende oder teilweise Linderung für den Leidenden. Trump ist nicht die Krankheit, er ist ein Symptom der Krankheit, der eiternde Ausschlag, den die Krankheit hervorgebracht hat. Die Krankheit ist der Kapitalismus. Aber es reicht nicht aus, die Krankheit zu erkennen. Es ist auch notwendig, ihre Pathologie zu verfolgen.

Der Faschismus ist im politischen Leben Amerikas nichts Neues. Vom Ku-Klux-Klan der zweiten Generation in den 1920er Jahren über Pater Coughlin, den Deutsch-Amerikanischen Bund und die Silberhemden in den 1930er Jahren bis hin zur amerikanischen Nazi-Partei in den 60er und 70er Jahren und der Alt-Right von heute waren offen faschistische Organisationen und Ideen in der amerikanischen politischen Szene stets präsent. Neu ist, dass diese Gruppen und die von ihnen vertretene ultrareaktionäre Ideologie von den Rändern und aus dem Schatten in die Mitte der Gesellschaft gerückt sind. Es ist offensichtlich, dass sie durch die Trump-Präsidentschaft ermutigt und gestärkt wurden.

Es muss jedoch mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass der eindeutige und offene Faschismus zwar erst vor kurzem aus der Kloake ans Tageslicht gekrochen ist, faschistische Tendenzen und der Prozess der Faschisierung jedoch schon seit Jahrzehnten ein Merkmal der amerikanischen Gesellschaft sind. Der Faschismus ist die Krise des niedergehenden Kapitalismus. Der Faschismus ist die Uniform eines Kapitalismus, der nicht mehr in der Lage ist, den Klassenkampf wirksam zu führen und auf „die alte Art“ weiter zu herrschen. Er ist die terroristische Diktatur der reaktionärsten Elemen-

---

te des Finanzkapitals. So gesehen ist der Faschismus in den Vereinigten Staaten keine Frage dieser oder jener verrückten Randgruppe. Vielmehr ist er Teil der Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus in seiner letzten, imperialistischen Phase. Die Verschmelzung des monopolistischen Finanzkapitals mit dem Staatsapparat wird seit den 1950er Jahren beobachtet und kommentiert - der viel gepriesene „militärisch-industrielle Komplex“ übernimmt die wirtschaftliche Vorherrschaft. Im sozialen Bereich ist seit langem ein kontinuierlicher Prozess der Militarisierung des amerikanischen Lebens zu beobachten, der mit einem zunehmenden Maß an Polizeigewalt und Repression einhergeht. Die Polizeipräsenz in Einwanderergemeinden und farbigen Gemeinden nimmt den Charakter einer Besatzungsarmee an. An der ideologischen Front lösten die Bürgerrechts-, Frauen-, Antikriegs- und sozialen Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre eine konservative Gegenreaktion aus, die bis heute anhält. Die Präsidentschaft Reagans in den 1980er Jahren beschleunigte den Versuch, viele der in den vorangegangenen zwei Jahrzehnten eingeführten liberalen Maßnahmen rückgängig zu machen. In den 1990er Jahren verschoben sich sowohl die angeblich liberale Demokratische Partei als auch die offen konservative Republikanische Partei nach rechts. Dieser Trend nach rechts hat nicht nachgelassen, sondern sich sogar noch verstärkt. Dies ist in der Struktur der amerikanischen Politik tief verwurzelt.

Daher muss der Trumpismus als Teil und besondere Ausprägung dieses tief verwurzelten, andauernden Prozesses gesehen werden.

### **Die historischen Verbrechen des Trump-Regimes**

Bei der Verfolgung und dem Verständnis dieser Geschichte sollten wir jedoch nicht dem Voranschreiten und der Beschleunigung der vom Trump-Regime begangenen Verbrechen aus den Augen verlieren. Die Verbrechen der Trump-Regierung gegen die Bevölkerung der Vereinigten Staaten sind schwerwiegend und zahllos. Seine Reaktion auf die COVID-19-Pandemie war ein völliges Versagen, da er Profiten Vorrang vor der menschlichen Gesundheit einräumte und Wissenschaftlern und Experten im Allgemeinen misstraute, was zu mehr

als 200.000 Todesfällen führte. Das Coronavirus hat die afroamerikanische Bevölkerung unverhältnismäßig stark betroffen und unzählige Todesfälle unter den Amerikanern verursacht, die keinen Krankenversicherungsschutz haben, von denen über 10.000.000 während der COVID-19-Rezession ihre Versicherung verloren haben. Die offiziellen Zahlen zur Arbeitslosigkeit in den USA belaufen sich derzeit auf über 30 Millionen Menschen, und es ist keine Abhilfe in Sicht, abgesehen von einer kläglichen Konjunkturprämie von 1200 Dollar, die kaum einen Monat Miete und Lebenshaltungskosten für die meisten US-Bürger abdeckt.

Seine Regierung war von Anfang an ausgesprochen rassistisch und einwanderungsfeindlich, und jetzt manifestiert sich die Politik der USA darin, dass sie Kinder ihren Eltern entreißt und sie auf unbestimmte Zeit in Einrichtungen sperrt, die man als Konzentrationslager bezeichnen muss. Diese Grausamkeit wird durch die jüngsten Berichte über erzwungene Hysterektomien (Gebärmutterentfernung) in diesen Internierungslagern noch verschlimmert - eine geradezu genozidale Aktion. Das Trump-Regime hat eine kontinuierliche Aushöhlung und Einschränkung der demokratischen Rechte der Menschen auf Meinungsfreiheit, Versammlung, Protest und Rede hervorgebracht, indem es mörderischen Polizeiterror und Aufrufe zur Gewalt gegen friedliche Demonstranten einsetzte, politische Gegner ins Visier nahm und versuchte, die breiten antifaschistischen Kräfte und Black-Lives-Matter-Aktivistinnen als Terroristen einzustufen, weil sie sich der rechten Reaktion widersetzen und für Bürgerrechte kämpfen. All dies deutet auf ein größeres Programm der Unterdrückung von Andersdenkenden und der demokratischen Rechte des Volkes hin.

*„Alle Historiker, alle Experten, alle Überlebenden autoritärer Regime der Vergangenheit, alle Massenorganisationen, alle Menschenrechtsgruppen, alle Working Poor dieses Landes und der Rest der Welt sind sich in diesem einen Punkt einig: Wir müssen bereit sein, den Aufstieg des Faschismus in den Vereinigten Staaten um jeden Preis zu stoppen.“*

Darüber hinaus hat Trump selbst seine Absicht deutlich gemacht, die noch verbliebenen Reste der

bürgerlichen Demokratie zu zerstören und zu sabotieren, indem er der Post absichtlich Mittel vorenthält, um die Briefwahl zu sabotieren, und Reden mit falschen Behauptungen über Wahlbetrug hält, um die Amerikaner zu entrechteten, die Einführung einer Reihe von Lohnsteuern, die darauf abzielen, die Sozialversicherung zu streichen und zu demonstrieren (was in erster Linie den älteren Menschen und den arbeitenden Armen schadet), und die offene Ankündigung, dass er „verhandeln“ wird, um eine dritte Amtszeit zu bekommen, trotz der Androhung eines Amtsenthebungsverfahrens und der Forderung nach Abschaffung des Wahlmännerkollegiums, das es ihm überhaupt erst ermöglicht hat, die Wahl 2016 zu gewinnen. All dies ist Teil eines klaren Plans von Trump, sich zu einem autokratischen Herrscher zu entwickeln.

Die Trump-Regierung arbeitet aktiv daran, das zu zerstören, was von den Menschenrechten und der verfassungsmäßigen bürgerlichen Demokratie in den Vereinigten Staaten übrig geblieben ist, sowie Sozialprogramme für das Gesundheitswesen und die öffentliche Bildung, das Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper durch „Roe v. Wade“\*, das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, den Mindestlohn und den Schutz für Arbeiter, das grundlegende allgemeine Wahlrecht zurückzudrängen, während sie gleichzeitig den Weg für die reichen Besitzer von Monopolen und Konzernen freimacht, um mehr Macht in der Gesellschaft als je zuvor zu ergreifen, ganz zu schweigen von der Ignorierung und Verschärfung der Naturkatastrophen durch die existenzielle Umweltkrise des Klimawandels. Die rassistische Unterdrückung von Einwanderern und die Sabotage der Demokratie erinnern an den Faschismus der Vergangenheit. Alle Historiker, alle Experten, alle Überlebenden autoritärer Regime der Vergangenheit, alle Massenorganisationen, alle Menschenrechtsgruppen, alle Working Poor dieses Landes und der Rest der Welt sind sich in diesem einen Punkt einig: Wir müssen bereit sein, den Aufstieg des Faschismus in den Vereinigten Staaten um jeden Preis zu stoppen.

### **Die besonderen Merkmale des amerikanischen Faschismus und unsere Antworten**

Viele linke Kommentatoren haben diese faschis-

tische Entwicklung in den USA seit 2016 nur allmählich erkannt, weil sie den Faschismus als eine rationale, objektiv identifizierbare ideologische Bewegung begreifen. Im Jahr 2016, als die American Party of Labor Trump als Protofaschisten identifizierte, wurden wir oft angegriffen und des Reformismus bezichtigt, weil wir Hillary Clinton nicht genug angriffen. Linke und Liberale griffen uns an, weil wir ein Transparent zeigten, das Trump mit Mussolini gleichsetzte.

Aber wir wissen, dass der Faschismus sich historisch in vielen verschiedenen Mustern bewegt hat und in jedem Land, in dem er grassiert, seinen eigenen Charakter hat. Anstelle einer reinen arischen Rasse haben wir eine allgemeinere weiße Vorherrschaft, anstelle des japanischen faschistischen Wunsches nach einem pazifischen Imperium haben wir den amerikanischen Exzeptionismus\*\* und die internationale Hegemonie, die sowohl von Blau als auch von Rot\*\*\* unterstützt wird. Doch all diese explizit amerikanischen Konzepte haben ein gemeinsames Thema: Sie sind antirationale Manifestationen des allgemeinen faschistischen Wunsches, eine despotische Diktatur der chauvinistischsten Kräfte im Land zu errichten. Es gibt wenig, was man tun kann, um einen White Supremacist zu beeinflussen, denn die gesamte Geisteshaltung beruht auf der Ablehnung der Realität, wie die jüngste Debatte zweifelsfrei bewiesen hat. Aus diesem Grund ist der übliche politische Diskurs nicht in der Lage, den Faschismus von der Macht zu entfernen. Jean Paul Sartre sagte über die Faschisten:

*„Sie wissen, dass ihre Äußerungen frivol und anfechtbar sind. Aber sie amüsieren sich, denn es ist ihr Gegner, der verpflichtet ist, Worte verantwortungsvoll zu gebrauchen, da er an Worte glaubt. Die Antisemiten haben das Recht, zu spielen.“*

Die Anerkennung der Bedrohung durch den amerikanischen Faschismus kann uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Demokraten sich immer wieder als unfähig oder unwillig erwiesen haben, diese faschistische Bedrohung zu bekämpfen, ja, dass sie deren Bestrebungen im Kongress oder direkt mit staatlich geförderter Gewalt gegen Demonstranten und dem Zusammentreiben von Menschen ohne Papiere, die in Konzentrationsla-

---

ger geschickt werden sollen, unterstützt haben. Die Zeit, „blau zu wählen, egal wen“, ist schon lange vorbei. Jetzt ist es an der Zeit, ausdrücklich und bewusst die Einheit aller Arbeiter unabhängig von den bürgerlichen Institutionen herzustellen. Nur wir können uns selbst retten. Wie Malcolm X in seiner berühmten „Ballot or the Bullet“-Rede sagte, ist es jetzt an der Zeit, nicht morgen, nicht bei der nächsten Wahl, sondern jetzt, eine Einheitsfront aufzubauen, die die Forderungen der Arbeiter nicht in den Hallen der Macht, sondern vor Ort in jeder Stadt dieses Landes durchsetzt.

### **Aufbau einer echten Alternative für die Arbeiterklasse**

Angesichts dieser historischen Bedingungen und der Herausforderungen, denen sich die US-amerikanische Arbeiterklasse in der Ära des wiederauflebenden Faschismus gegenüber sieht, ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir dieses gemeinsame Banner der Solidarität gegen den Hass, der echten Demokratie und des allgemeinen Zugangs zu Gesundheitsversorgung, Arbeitsplätzen, Wohnraum und den für ein erfülltes Leben erforderlichen Mitteln in jeden Winkel des Landes tragen. Es ist das Geschäft der Wahlreformisten, das Land in „rote und blaue Staaten“ aufzuteilen. Zu lange hat die US-Linke ausschließlich in städtischen Enklaven gelebt und nationalen Themenkampagnen den Vorzug vor lokaler Organisation gegeben.

*„Die US-Linke ist oft schnell dabei, die Arbeit der CPUSA der Zwischenkriegszeit bei der Organisation des Südens und der schwarzen Gemeinden zu loben, aber in der heutigen Praxis verleugnet sie oft den tiefen ideologischen Kampf, der erforderlich ist, um solche Dinge zu tun, und weigert sich, sich auf die Widersprüche innerhalb der US-Arbeiterklasse einzustellen, manchmal weigert sie sich sogar, die Existenz der US-Arbeiterklasse anzuerkennen.“*

Überall, wo es Reaktion und Hass gibt, müssen wir da sein, um ihm mit Arbeiterorganisationen, Journalismus und gegenseitiger Hilfe zu begegnen. In Orlando, Alabama, New Jersey, New York City und darüber hinaus hat die American Party of Labor Erfolg damit gehabt, sich durch lokale Arbeiterorganisationen zu organisieren und mit ihnen zu verbünden, die ein nationales Programm der Ar-

beiterdemokratie und des Sozialismus einbringen. Stärkere lokale Organisationen bringen den arbeitenden Menschen die große Dringlichkeit unserer Plattform nahe und orientieren sie mit größerer Genauigkeit auf die Bedürfnisse, Sorgen und Forderungen der Arbeiterklasse.

In dieser Ära der roten, blauen und violetten Staaten müssen die Kommunisten diese Grenzen bewusst überschreiten. Dabei müssen wir jedoch bereit sein, mit den Menschen vor Ort zu sprechen, ihre Sorgen anzusprechen und bereit zu sein, diejenigen, die reaktionäre Positionen vertreten, aufzuklären und mit ihnen zu diskutieren. Die US-Linke ist oft schnell dabei, die Arbeit der CPUSA der Zwischenkriegszeit bei der Organisation des Südens und der schwarzen Gemeinden zu loben, aber in der heutigen Praxis verleugnet sie oft den tiefen ideologischen Kampf, der für solche Dinge erforderlich ist, und weigert sich, sich auf die Widersprüche innerhalb der US-Arbeiterklasse einzustellen, und weigert sich manchmal sogar, die Existenz der US-Arbeiterklasse anzuerkennen. Um den Faschismus zu besiegen, müssen wir uns denjenigen stellen, die von der Faschisierung der US-Politik beeinflusst sind, und mit ihnen diskutieren und sie aufklären.

In dem Maße, wie der Faschismus in den USA zunimmt, könnte sich die Weigerung, die harte Arbeit der revolutionären Organisation zu leisten, als fataler Fehler erweisen. Aus diesem Grund sagen wir, dass wir den Aufstieg des Faschismus mit radikaler Organisation der Arbeiterklasse besiegen müssen, nicht nur Trump, und nicht nur mit zynischem, pragmatischem und „taktischem“ Wahlkampf. Mehr als alles andere müssen wir die Macht der Arbeiterinnen und Arbeiter der Welt stärken, die sich oft machtlos fühlen und von der faschistischen Politik und dem wissenschaftsfeindlichen Fanatismus im Jahr 2020 verblendet werden. Wir alle haben gespürt und gesehen, wie entfremdet sich ein Großteil des Landes, sowohl rechts als auch links, durch die jüngste Debatte fühlte. Das ist die Kraft der sozialistischen Bewegung, die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse in Organisation und Macht umzuwandeln. Eine nationale Organisation der Arbeiterklasse, die eng mit lokalen Organisationen verbunden ist, kann, wie die revolutionären

Bewegungen der Vergangenheit, die Gesellschaft grundlegend umgestalten und den Faschismus ein für alle Mal besiegen.

### **Nachtrag**

Trump wurde besiegt. Wie jedoch der ganzen Welt bekannt ist, weigerte sich Trump, seine Niederlage einzugestehen, und tat alles in seiner Macht Stehende, um den in den Wahlergebnissen zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes zunichte zu machen, bis hin zu einem Angriff auf das

US-Kapitol, bei dem Menschen ums Leben kamen. Am 20. Januar 2021 trat die Regierung Biden/Harris ihr Amt an. Obwohl er sich vehement gegen eine Änderung des Wahlergebnisses aussprach, wenn seine eigenen Interessen auf dem Spiel stehen, unterstützte Biden die illegalen, putschistischen Ansprüche von Juan Guaido auf das venezolanische Präsidentenamt. Am 25. Februar bombardierten die Vereinigten Staaten Syrien.

Der Kampf bleibt derselbe: Kapitalismus und Faschismus müssen ein für alle Mal ausgerottet werden.

## **PARTEI DER ARBEIT USA**

---

Anmerkungen des Übersetzers:

\* Mit dem Urteil vom Januar 1973 im Verfahren „Roe versus Wade“ wurden Schwangerschaftsabbrüche bis zur 28. später 24. Woche erlaubt. Dagegen machten die Rechten und auch Trump mobil.

\*\* Wikipedia: „Der Amerikanische Exzeptionalismus (englisch American Exceptionalism) ist eine nationalistische Ideologie, die auf dem Postulat basiert, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine Sonderstellung gegenüber allen anderen Nationen einnehmen.“



